



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

GZ-Interview mit GVB-Präsident Dr. Jürgen Gros:

Genossenschaften sind Krisenlöser

Corona und kein Ende. Die Rolle der Kredit- sowie der Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften während der Krise sowie weitere aktuelle politische Herausforderungen standen im Zentrum eines Gesprächs von GZ-Chefredakteurin Constanze von Hassel mit dem Vorstandsvorsitzenden und Präsidenten des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), Dr. Jürgen Gros.

GZ: Herr Dr. Gros, starten wir mit dem alles beherrschenden Thema: Corona mischt die Karten neu. Wie kommen die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken bislang durch die Krise?

Gros: Nach dem 3. Quartal können wir von einem guten Geschäftsjahr für die Volksbanken

erbracht, sondern sind sowohl den Firmen- als auch den Privatkunden weit über ihren eigentlichen Auftrag hinaus zur Seite gestanden. Bei der Frage nach staatlichen Hilfsmaßnahmen waren sie für zahlreiche Firmenkunden erster Ansprechpartner, obwohl dies nicht ihre Kernaufgabe ist. Im Bewusstsein, regi-

onale Hausbank zu sein, halfen sie bei der Beantragung staatlicher Leistungen und Förderkredite. Über die staatlichen Moratorien hinaus haben die Volksbanken und Raiffeisenbanken ihre Moratorien für Firmenkunden und Privatkunden verlängert, um Tilgungsaussetzungen bis ins nächste Jahr hinein gewähren zu können. Dies war im Übrigen gar nicht so einfach, galt es doch zu verhindern, selbst Dokumentations- und Regulationspflichten aufgebürdet zu bekommen.

Ressourcen im Kampf gegen die Folgen der Pandemie

GZ: Wie beurteilen sie den aktuellen Zustand der Finanzierungsbedingungen für Unternehmen?

Gros: Die Finanzierungsbedingungen sind nach wie vor gut und die Kreditablehnungsquoten nach wie vor niedrig. Damit das so bleibt, muss auch die Politik ihren Beitrag leisten. Wegen Corona wurde die Basel-III-Finanzierung, bei der es unter anderem um Rahmenbedingungen für die Mittelstandsfinanzierung geht, verschoben. Das ist zu begrüßen. Die Banken sollen ihre vollen Ressourcen im Kampf gegen die wirtschaftlichen Folgen (Fortsetzung auf Seite 4)



Dr. Jürgen Gros, Vorstandsvorsitzender und Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB). Bild: GVB

und Raiffeisenbanken in Bayern sprechen. Die wichtigen Geschäftsfelder verzeichnen einen weiteren Zuwachs. Dabei ist insbesondere das Kreditgeschäft sowohl im Firmenkunden- als auch im Privatkundenbereich auf Wachstumskurs.

Nicht nur Bankdienstleistungen

GZ: Gibt es einen Bedarf an „Neuen Regelungen“ oder Hilfestellungen von Banken für private Kunden und Firmenkunden?

Gros: Zu Beginn der Corona-Krise im Frühjahr haben die Kreditgenossenschaften nicht nur klassische Bankdienstleistungen

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische GemeindeZeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler in Bayern:

Gesichter der Verschwendung

In seinem neuen Jahrbuch stellt der Bund der Steuerzahler in 100 exemplarischen Fällen dar, wo und wie der Staat sorglos mit unserem Steuergeld umgeht. Bayern ist achtmal vertreten, vor allem mit Bauprojekten, bei denen die Kosten völlig aus dem Ruder laufen. „Baukostenexplosionen sind bei öffentlichen Vorhaben gang und gäbe“, betonte in München Maria Ritch, Vizepräsidentin des Landesverbands Bayern, und listete eine Reihe von Beispielen auf.

Ausfernd sind die Kosten der Stadthalle im unterfränkischen Lohr a. Main: Dort mussten bis 2017 größere Veranstaltungen in Turnhallen stattfinden. Um diesen Zustand zu beenden, wurde eine erforderliche neue Stadthalle errichtet, die eine hohe Akzeptanz und Auslastung sowie sehr gute Besucherzahlen aufweist. Umlanungen und Zusatzwünsche trieben jedoch die Kosten des Neubaus hoch. Eine Konzertmuschel, aufsteigendes Gestühl, bessere Barrierefreiheit, eine erweiterte Tiefgarage, eine Photovoltaikanlage: Schließlich kostete die Stadthalle knapp 20 Mio. Euro, ein Drittel mehr als geplant.

Ausfernde Baukosten

Voraussichtlich 60 statt 37 Mio. Euro kostet der Ausbau der mittelalterlichen Klosterburg Kastl im Landkreis Amberg-Weilburg zu einer modernen Hochschule für den öffentlichen Dienst. Be-

vor im März die ersten 60 Studenten des Fachbereiches Polizei Unterkunft nehmen konnten, verzögerten archäologische Funde, Schadstoffe, Hausschwammbefall und massive Schäden am Dachstuhl die Inbetriebnahme. Aufwand und Verzögerungen trafen auf konjunkturbedingte Mehrkosten – nun wird man sehen, ob trotz Corona-bedingten Ausnahmezuständen der Studienbetrieb wenigstens ab Sommer 2023 beginnen kann. Oder das Projekt noch teurer wird.

Theater in Augsburg und ...

Ein Fass ohne Boden ist laut BdSt das Augsburger Staatstheater: Der Stadtrat hatte 2016 beschlossen, das damals noch städtische Theater für 186 Mio. Euro zu sanieren, die Kosten für einen Erweiterungsbau mit Probebühne und Werkstätten bereits mitgerechnet. Jetzt rechnet die Stadt mit 320 Mio. Euro. BdSt-Vizepräsidentin Ritch zu-



Spitzengespräch zum kommunalen Finanzausgleich 2021. Von links: Markus Pannermayr, Josef Zellmeier, Albert Füracker, Dr. Uwe Brandl, Christian Bernreiter, Joachim Herrmann, Franz Löffler und Hubert Aiwanger. Bild: StMFLH

Kommunaler Finanzausgleich 2021:

Kraftvolles Signal für bayerische Kommunen

Trotz Corona-Krise und massiv sinkender Steuereinnahmen im Staatshaushalt bleibt der Kommunale Finanzausgleich (FAG) in Bayern mit 10,3 Mrd. Euro auf dem Rekordniveau des Vorjahres. Laut Finanzminister Albert Füracker steht der Freistaat damit auch in den aktuell extrem schwierigen Zeiten der Corona-Pandemie als verlässlicher Partner und starke Stütze an der Seite seiner Kommunen. „Unser oberstes Ziel ist, dass die Finanzlage der Kommunen in dieser schwierigen Zeit solide bleibt“, ergänzte Kommunalminister Joachim Herrmann.

„Wir sind eine Schicksalsgemeinschaft und senden mit dem heutigen, für die Kommunen sehr guten Ergebnis ein deutliches Signal gegen die Krise“, erläuterte Füracker. Der Freistaat Bayern schaffe damit die Voraussetzungen, dass seine Kom-

mungsgelder, das den Kommunen überlassen wird.

Förderung des kommunalen Hochbaus

Einen neuen Spitzenwert erreicht die Förderung des kommunalen Hochbaus, insbesondere von Schulen und Kindertageseinrichtungen. Diese Mittel werden um 50 Mio. Euro auf nun 650 Mio. Euro erhöht. Gleichzeitig werden die Mittel für die Krankenhausfinanzierung (643 Mio. Euro) und die allgemeine Investitionspauschale (446 Mio. Euro) auf dem hohen Vorjahresniveau fortgeführt. (Fortsetzung auf Seite 4)

Neues Rekordniveau

Unter anderem umfasst der Finanzausgleich 3,9 Mrd. Euro an Schlüsselzuweisungen, also zweckungebundene Gelder zur allgemeinen Finanzierung der kommunalen Verwaltung. Damit bewegen sich diese noch über dem hohen Niveau des Jahres 2019.

Wie bereits in den vergangenen beiden Jahren erhalten die Landratsämter erneut insgesamt 70 zusätzliche Stellen. Die allgemeinen Finanzzuweisungen nach Art. 7 BayFAG für Aufgaben im übertragenen Wirkungsbereich steigen im Jahr 2021 auf ein neues Rekordniveau von insgesamt fast 850 Mio. Euro. Dazu zählen neben den sog. Pro-Kopf-Beträgen auch das Aufkommen an Gebühren, Geldbußen und Verwar-



In Zeiten von Borkenkäfer, Dürre und Sturm verweist der Bürgermeister darauf, dass „Wald“ mehr ist als ein Wirtschaftsfaktor. Gerade in Deutschland hat man sich früh um Nachhaltigkeit in der Waldbewirtschaftung verdient gemacht. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

| | |
|--|---------|
| Flexibel Flächensparen – keine Verpflichtungen für Kommunen | Seite 2 |
| Tarifeinigung im Öffentlichen Dienst | 2 |
| Stärkung der Integrativen Medizin | 2 |
| GZ-Kolumne Stefan Rößle: Europa und Kommunen in Krisenzeiten stärken | 3 |
| 50 Jahre VBSP | 3 |
| Krisendienste für Menschen in psychischen Notlagen | 3 |
| Kommunikationstechnik • IT • Breitband | 5 - 9 |
| Kommunale Bauwesen | 10 - 12 |
| Kommunalfahrzeuge • GaLaBau | 13 |
| Aus den bayerischen Kommunen | 14 - 16 |



Festakt zur Verleihung der Carl-Orff-Medaille – v. l.: Dr. Thomas Goppel, Präsident Bayerischer Musikrat, Staatsminister Bernd Sibler, Preissträger Reinhard Loechle, VBSM-Präsident Martin Bayerstorfer und Franz Josef Pschierer, Präsident des Allgäu-Schwäbischen Musikbundes. Bild: VBSM

[Bayerischer Musikschultag in Kaufbeuren:](#)

50 Jahre VBSM

Kunstmister Bernd Sibler: „Fundament der bayerischen Musikkultur“

Eine Kombination aus Online- und Präsenzveranstaltungen bot der diesjährige Bayerische Musikschultag, der unter dem Motto „50 Jahre VBSM“ stand. Ein halbes Jahrhundert ist es bereits her, dass 43 Delegierte aus Singschulen und Musikschulen in der Musikhochschule in München zusammenkamen und den Verband Bayerischer Sing- und Musikschulen e. V. (VBSM) gründeten.

Drei Tage lang bot die Veranstaltung ein vielfältiges Programm aus Konzerten, Vorträgen und Austauschforen zu aktuellen musikpädagogischen und bildungspolitischen Themen. Veranstaltungsort war anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der ortsanässigen Ludwig Hahn Sing- und Musikschule die Stadt Kaufbeuren, die auch für den Auftakt im Stadttheater sorgte. Unter dem Titel „Laterna Musica – Bild und Klang“ präsentieren Schüler und Lehrkräfte Formen der Verbindung von Bild und Musik.

[Rückblick und Ausblick](#)

Zudem fand ein Forum für Musikschulleiter und Lehrkräfte statt, das sich im Jubiläumsjahr dem Thema „50 Jahre VBSM – Rückblick und Ausblick“ wid-

mete. Verabschiedet wurde der Musikschultag in gewohnter Weise mit „Musik in der Stadt“. Hierzu verwandelte sich die Innenstadt in eine Bühne für Musikschüler aus der Region und lud Passanten zum Zuhören und Verweilen ein. Darüber hinaus bot der VBSM ein abwechslungsreiches Online-Seminarprogramm für Musikschulleiter, Lehr- und Verwaltungskräfte.

In seiner Festrede gratulierte Staatsminister Bernd Sibler, MdL, Bayerisches Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, dem Verband Bayerischer Sing- und Musikschulen zu seinem runden Geburtstag: „Wir können mit Stolz auf 50 Jahre VBSM zurückblicken. In den vergangenen Jahren ist die Arbeit der Musikschulen im Freistaat zum Fundament der baye-

rischen Musikkultur geworden. Unsere Musikschulen bilden die Musikerinnen und Musiker von morgen aus, denn sie verstehen es, zu begeistern. Sie stärken das kulturelle Leben vor Ort und ermöglichen jungen Menschen einen niederschweligen Zugang zur Musik. Herzlichen Dank an die Verantwortlichen und Mitstreiter der letzten 50 Jahre für ihr großes Engagement!“

[220 Musikschulen](#)

Seit der Gründung des VBSM habe sich das Musikschulwesen in Bayern sowohl quantitativ als auch qualitativ herausragend entwickelt, so Sibler. Von ursprünglich 67 ist die Zahl auf inzwischen rund 220 Musikschulen gestiegen. Der Trend geht dabei zu immer größeren Musikschulen, so dass an diesen 220 Musikschulen tatsächlich mehr als 960 Kommunen beteiligt sind. Während im Jahr 1970 etwa 35.000 Schülerinnen und Schüler unterrichtet wurden, sind es aktuell mit rund 210.000 sechs Mal so viele.

Um den Musikschulen auch in den schwierigen Zeiten der Corona-Pandemie beizustehen, unterstützt das Bayerische Kultministerium die durch das Ministerium geförderten nicht-staatlichen Kunst- und Kultur-einrichtungen einschließlich der Sing- und Musikschulen, die von Einnahmeausfällen aufgrund der Corona-Pandemie betroffen sind, mit insgesamt zehn Millionen Euro.

[Chronik zur Verbandsgeschichte](#)

Anlässlich seines Jubiläums wird der VBSM noch in diesem Jahr eine Chronik zur Verbandsgeschichte veröffentlicht. Das knapp 200 Seiten umfassende Buch beschäftigt sich u.a. mit der Gründung des Verbandes, den Meilensteinen seiner Entwicklung und den damit einhergehenden Herausforderungen. Vorgestellt werden auch zahlreiche Wegbegleiter, deren Engagement die Entwicklung des Verbandes über die Jahre hinweg beeinflusst hat.

Den kulturpolitischen Höhepunkt des Bayerischen Musikschultags bildete der traditionelle Festakt zur Verleihung der Carl-Orff-Medaille für herausragende Verdienste und überraschendes Engagement in der musikalischen Bildungslandschaft. In diesem Jahr wurde Reinhard Loechle, langjähriger 2. Vorsitzender des VBSM und Gründer und Schulleiter a. D. der Kreis-musikschule Erding e. V., ausgezeichnet.

1971 nahm Loechle eine Anstellung an der Volkshochschule des Landkreises Erding zum Zweck des Aufbaus einer Musikschule an, deren Leitung er noch im gleichen Jahr übernahm. Mit zahlreichen Konzerten, Rundfunkaufnahmen, der Gründung mehrerer Ensembles und sei-

GZ

KOLUMNE
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

die Corona-Pandemie und ihre alltäglichen Herausforderungen haben uns alle fest im Griff. Wöchentlich müssen zur Bekämpfung des Virus neue Vorschriften und Gesetze erlassen werden. Das ist ein Stresstest für Politik, Wirtschaft und jeden Menschen in seinem persönlichen Alltag. Andere wichtige Themen und Nachrichten rücken dadurch in den Hintergrund wie z. B. Europa-Politik und die deutsche Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union.

Unter dem Motto „Gemeinsam. Europa wieder stark machen“ will Deutschland die EU stärker, gerechter und nachhaltiger gestalten. Weitere Ziele der Präsidentschaft sind die „dauerhafte Überwindung der Corona-Pandemie und deren wirtschaftlicher Folgen“, ein „innovativeres und sichereres Europa“ sowie ein „starkes Europa in der Welt“. Das sind große Ziele für den sechsmonatigen Vorsitz der Ratspräsidentschaft, der am 31. Dezember 2020 bereits wieder endet. Dann wird zu klären sein, welche Auswirkungen der deutsche Vorsitz für die bayerischen Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke haben wird.

Europa und Kommunen in Krisenzeiten stärken

Bereits seit Jahrzehnten übt die Europäische Union durch Ihren mehrjährigen Finanzrahmen, das Beihilfe- und Vergaberecht sowie



verschiedene Förderprogramme entscheidenden Einfluss auf unsere Politik in den Kommunen aus. So werden zahlreiche Rahmenbedingungen, die wir vor Ort beachten oder umzusetzen müssen, in Brüssel und Straßburg festgelegt.

Die KPVB setzt sich seit Jahren u. a. für die Entbürokratisierung der EU-Förderprogramme ein. Die europäischen Unterstützungsleistungen müssen schnell, einfach und praxisnah, auch für kleinere Kommunen, beantragt werden können. Die derzeit geplanten Vereinfachungen für unsere Verwaltungsbehörden begrüßen wir als KPVB.

Auch darf die europäische Politik die deutschen Kommunen nicht schwächen, nur, weil es innerhalb Europas in anderen Ländern schwächere Kommunen gibt. So sehen wir es als kritisch an, dass Mitgliedstaaten wie Deutschland bei Kohäsionsmitteln benachteiligt oder teils ausgeschlossen werden sollen. Unsere strukturschwachen Regionen brauchen auch weiterhin die Unterstützung der EU, um dem Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse in ganz Deutschland einen Schritt weiterzukommen.

Die Corona-Krise hat es gezeigt: nationale Alleingänge führen nicht zur nachhaltigen Lösung von Krisen. Um eine solche Krise der EU zu verhindern braucht die EU starke Kommunen und die Kommunen ein starkes Europa. Dafür sollten wir uns ebenso stark wie bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie einsetzen. In diesem Sinne: Bleiben Sie gesund!

Ihr Stefan Rößle

Landesvorsitzender der KPVB Bayern
Landrat des Landkreises Donau-Ries

[Krisendienste Bayern für Menschen in psychischen Notlagen:](#)

Erste Hilfe in seelischen Notlagen

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml und Bezirkspräsidenten unterzeichnen Kostenerstattungsvereinbarungen für den Aufbau und den Betrieb der Krisendienste Bayern

Derzeit arbeiten die sieben bayerischen Bezirke mit Hochdruck an einem deutschlandweit einmaligen Beratungs- und Hilfeangebot für Menschen in psychischen Krisen – den Krisendiensten Bayern. Dafür wurde nun ein weiterer wichtiger Grundstein gelegt. Nunmehr unterzeichneten die Bayerische Staatsministerin für Gesundheit und Pflege Melanie Huml und die Bezirkspräsidenten die Kostenerstattungsvereinbarungen für den Aufbau und den Betrieb der Krisendienste Bayern.

Ursprünglich war geplant, die Unterzeichnung am Rande einer Gremiumssitzung des Baye-

ner aktiven Mitwirkung in unterschiedlichen musikalischen Konstellationen begründete und festigte der Preissträger in den folgenden Jahrzehnten den hervorragenden Ruf der Kreis-musikschule Erding. Seit 1976 gehört er dem VBSM als Vorstandsmitglied an, 1989 wurde er zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Reinhard Loechle ist Berater beim Auf- und Ausbau mehrerer Musikschulen in Bayern. Ein besonderes Anliegen ist ihm der Aufbau und die Pflege internationaler Kontakte, um Jugendbegegnungen zu ermöglichen.

[Dank an Loechle](#)

„Reinhard Loechle ist in der Verbandsarbeit immer vielseitig und vielfältig tätig. Er bringt sich ein als Ideengeber, Pionier, Dienstleister und innovativer Geist. 40 Jahre lang steht er dem VBSM mit seinem Wissen, seiner Erfahrung und seinem Engagement zu Verfügung und erweist sich auch nach seiner aktiven Zeit als stets aufgeschlossener, hilfsbereiter Unterstützer und Berater. Lieber Reinhard, du hast mit deinem pflichtbewussten wie freudvollen Wirken das Sing- und Musikschulwesen in Bayern und darüber hinaus in hohem Maße bereichert. Hierfür sprechen wir dir unseren tief empfundenen Dank aus“, unterzeichnet Landrat Martin Bayerstorfer, Präsident des VBSM, in seiner Laudatio. **DK**

rischen Bezirkstags in Regensburg abzuhalten. Aufgrund der Entwicklung der aktuellen Corona-Fallzahlen wurde die Präsenzsitzung abgesagt und als Videokonferenz durchgeführt.

[Flächendeckung](#)

Ein Kernelement des Hilfe-felds des Bayerischen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes (BayPsychKHG), das zum 1. August 2018 in Kraft getreten ist, ist die Errichtung von flächendeckenden psychiatrischen Krisendiensten in ganz Bayern. Über die Finanzierung der Krisendienste bestand von Anfang an Konsens. Der Freistaat Bayern übernimmt die Kosten für die sieben Leitstellen und hat dafür im aktuellen Doppelhaushalt insgesamt über 18 Millionen Euro vorgesehen. Die Bezirke werden die Finanzierung der mobilen Einsatzteams und aller sonstigen Kosten, wie zum Beispiel für den Aufbau von Netzwerken, in mindestens der gleichen Höhe schultern. „Mit den Krisendiensten Bayern erhalten Menschen in psychischen Krisen eine Art ‚Erste Hilfe in seelischen Notlagen‘. Dieses Angebot der Bezirke ist eine wichtige Ergänzung der psychiatrischen Versorgung in Bayern. Deshalb freuen wir uns, dass mit der Unterzeichnung der Kostenerstattungsvereinbarungen nun auch die finanziellen Rahmenbedingungen unter Dach und Fach sind“, so Franz Löffler, Präsident des Bayerischen Bezirkstags.

Die Ministerin unterstrich: „Der Bayerischen Staatsregierung ist es bereits seit Jahren ein wichtiges Anliegen, psychische

Erkrankungen aus der Tabuzone zu holen und Menschen in psychischen Krisen frühzeitig zu helfen. Mit den Krisendiensten wird die Versorgung für Menschen mit psychischem Hilfebedarf im Freistaat weiter gestärkt und mit der Umsetzung des BayPsychKHG ein wichtiger Beitrag zur weiteren Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen geleistet.“

[Über die Krisendienste Bayern](#)

Dieses niederschwellige Angebot, das im Notfall Hilfesuchenden zur Verfügung steht, gibt es bislang nur in den Bezirken Oberbayern und Mittelfranken. Voraussichtlich Anfang des Jahres 2021 werden die Krisendienste in den anderen fünf Bezirken den Betrieb aufnehmen. Ab dem 1. Juli 2021 sind alle Krisendienste dann täglich rund um die Uhr unter einer einheitlichen Rufnummer erreichbar. Die Anruferinnen und Anrufer werden automatisch an den für sie regional zuständigen Krisendienst weitergeleitet. Das Beratungs- und Hilfeangebot ist in allen Bezirken gleich.

[Netzwerk der medizinischen und psychosozialen Versorgung](#)

Die psychiatrischen Krisendienste bestehen aus jeweils einer Leitstelle, die mit Fachkräften besetzt ist. Dort erhalten Betroffene sowie Angehörige und Bezugspersonen Krisenhilfe. In dringenden Fällen kommen mobile Teams zum Einsatz. Diese Leistung wird von den Fachdiensten der Träger der Freien und Privaten Wohlfahrtspflege erbracht. Ein Netzwerk der medizinischen und psychosozialen Versorgung, zum Beispiel zur Vermittlung an eine psychiatrische Praxis oder an die Akutstation einer psychiatrischen Klinik, ergänzt das Angebot. **□**

Das sind die „Orte der Demokratie in Bayern“

Das Präsidium des Bayerischen Landtags hat zwölf „Orte der Demokratie in Bayern“ benannt – nach der Empfehlung des wissenschaftlichen Beirats. So soll sichtbar und erlebbar gemacht werden, wie an diesen Orten die Demokratie in Bayern geprägt wurde.

Damit will das Parlament das Bewusstsein für den Wert der Demokratie schärfen. Regensburg, Nürnberg oder Wohlmuthshüll – so unterschiedlich die Orte sind, haben sie eines gemeinsam: Auf ganz besondere Weise sind sie in die Geschichte der bayerischen Demokratie eingegangen. Doch von manchen ist das nur wenig bekannt – deshalb hat der Bayerische Landtag das Projekt „Orte der Demokratie in Bayern“ ins Leben gerufen.

Landtagspräsidentin Ilse Aigner: „Die vielleicht größte Gefahr für unsere Demokratie liegt in ihrer vermeintlichen Selbstverständlichkeit. Da setzt das Projekt an: Denn Geschichte wird an Orten konkret fassbar. Deshalb hat das Präsidium des Bayerischen Landtages entschieden, Orte der Demokratie in Bayern sichtbar und insbesondere jungen Menschen zugänglich zu machen. Unsere Gedenkstätten leisten überaus wertvolle Erinnerungsarbeit – wir wollen sie ergänzen um Feierstunden für die Demokratie: vor Ort. Diese Schauplätze der Demokratie haben Aufmerksamkeit verdient.“

[Diese Orte wurden ausgewählt:](#)

- München, Maximilianeum: Seit 1949 Sitz des bayerischen Parlaments.
- Memmingen, Haus der Kramerzunft (1525): Bauernvertreter fordern ihre Rechte ein
- Regensburg, Altes Rathaus (1594/ 1663 – 1806): Sitz des Immerwährenden Reichstags, der Ständevertretung im Heiligen Römischen Reich
- Gaibach (1828/ 1832): Verfassungssäule und Gaibacher Fest
- München, Prannerstraße 8 (1818 – 1934): Sitz des Bayerischen Landtags von 1918 bis 1933/34
- Nürnberg, Saalbau des Industrie- und Kulturvereins (1919): Gründungsort des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds
- Bamberg, Spiegelsaal der Harmonie (1919): Verabschiedung der ersten demokratischen Verfassung des Freistaats Bayern
- Vilshofen an der Donau (1919): „Geburtsort“ des politischen Aschermittwochs
- Wohlmuthshüll (1945): Erste freie Wahlen nach dem Ende der NS-Herrschaft
- München, Große Aula der Ludwig-Maximilians-Universität (1946): Tagungsort der „Verfassungsgebenden Landesversammlung“
- Herrenchiemsee, Altes Schloss (1948): Verfassungskonvent
- Passau (1952): Europäische Wochen der Europa-Union
- Ermershausen (1978): Protest gegen die Eingemeindung **□**

Verwaltungsleistungen:

Digitale Abwicklung wird zum neuen Service-Standard

4. AKDB Kommunalforum Digital 2020

Das 4. AKDB Kommunalforum Digital bot mit Video-Chats, Frageunden und Live-Sessions zahlreiche Möglichkeiten zu Interaktion und persönlichem Gespräch. 50 Top-Referenten aus Verwaltung, Politik und Wissenschaft, 25 digitale Messestände und 20 Partner machten die Veranstaltung zu einem großen – diesmal virtuellen – Treffen für die kommunale Familie, für Mitarbeiter und Entscheider aus Städten, Gemeinden, Landkreisen, Bezirken, Ministerien und Behörden in und außerhalb Bayerns gleichermaßen.

Mit 1.300 Vertretern aus Kommunen, Verbänden, Ministerien und Bundesbehörden hat sich das AKDB Kommunalforum auch in seiner virtuellen Ausgabe als etablierter Branchentreff erwiesen, auf dem man sich zu neuesten IT-Lösungen und zukunftsweisenden Trends informieren und austauschen kann. Die Veranstaltung konnte eine Reihe hochkarätiger Referenten und Diskussionssteinehmer für sich gewinnen. Aktive Vertreter der Kommunen waren unter anderem Regens-

burgs Landrätin Tanja Schweiger, Wunsiedels Landrat Peter Berek, der IT-Referent der Landeshauptstadt München Thomas Bönig und der Bürgermeister der Gemeinde Schwangau Stefan Rinke.

Spürbare Entlastungen

Eine Kernbotschaft des Forums: Die digitale Abwicklung von Verwaltungsleistungen wird zum neuen Service-Standard. Nicht nur weil OZG und Auswirkungen der Pandemie dies erforderlich ma-

chen, sondern weil bereits heute täglich tausende Online-Transaktionen zeigen, welche spürbaren Entlastungen für Bürger, Unternehmen und Verwaltungsangestellte dies mit sich bringt.

Wichtige Themen der Veranstaltung waren, neben der aktuellen Frage, wie Covid-19 die Verwaltungsarbeit verändert, zum Beispiel der Einsatz Künstlicher Intelligenz in Kommunen, die unterschiedlichen Digitalisierungsstrategien sowie die Datenschutz- und Datensicherheitslage in Deutschland. „Der digitale Weg zum Amt muss künftig genauso schnell und genauso sicher sein wie das Online-Shopping“, sagte etwa Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach in ihrem Videogrusswort: „Die Digitalisierung macht nicht halt vor Rathäusern und Behörden“. Gerlach bedankte sich bei der AKDB, dass sie auch in Coronazeiten dieses „kommunale Familientreffen“ möglich gemacht habe.

Schon in der Begrüßung betonte AKDB-Vorstandsvorsitzender Rudolf Schleyer, die Corona-Pandemie erhöhe Akzeptanz und Notwendigkeit einer digitalen Verwaltung und verleihe ihr einen kräftigen Schub. „Die digitale Verwaltung wird zur neuen unverzichtbaren Normalität“, sagte Schleyer. Stark gestiegene Nutzungszahlen belegten dies eindrucksvoll. Von September 2019 bis August 2020 erfolgten etwa 2,4 Millionen Vorgänge in den Bürgerservice-Portalen der AKDB, fast das Dop-

pelte als im Vorjahreszeitraum. Außerdem hat der Freistaat die Nutzung internetbasierter Kfz-Dienste erheblich erleichtert, auch hier sind große Zuwachsraten zu verzeichnen.

„Investitionen dürfen nicht erst in Krisenzeiten erfolgen“, warnte Schleyer. Kommunale IT-Dienstleister hätten in den letzten Jahren gemeinsam mit den Kommunen bereits Ansätze und Lösungen zur Verfügung gestellt: „Diese Angebote gilt es nun, mit Hilfe des Konjunkturpakets pragmatisch und zügig in die Fläche zu bringen und sukzessive zu erweitern“, so Schleyer. Im Rahmen der OZG-Umsetzung müssen Verwaltungen von Bund, Ländern und Kommunen ihre Verwaltungsleistungen bis Ende 2022 online anbieten.

AKDB und Freistaat Bayern sind schon sehr weit: 2020 werden bereits 83 Prozent der wichtigsten kommunalen Verwaltungsdienstleistungen angeboten („TOP-Liste“), 2021 werden es dann 96 Prozent sein.

Maßgeschneiderte Online-Dienste

Die AKDB unterstützt Kommunen: Passend zum Förderprogramm „Digitales Rathaus“ – bis zu 90 Prozent der Ausgaben sind förderfähig – bietet sie maßgeschneiderte Online-Dienste und Formular-Pakete an. Im Rahmen dieses Programms lassen sich bayerische Kommunen schon über 1.400 AKDB-Online-Dienste vom Freistaat Bayern fördern (Stand September 2020).

Der Bundes-CIO, Staatssekretär Dr. Markus Richter, bezeichnete Bayern als „Motor der Digitalisierung“ und führte das von der AKDB entwickelte Nutzerkonto Bund als gelungenes Beispiel

für eine systematische Digitalisierung an: „Dieses Nutzerkonto ist ein wesentliches Ankerangebot, über das Menschen Leistungen und Bescheide rechtssicher empfangen können.“ Auf Bundesebene können mit dem Nutzerkonto Bund Verwaltungsleistungen wie die Corona-Überbrückungshilfen oder das Elterngeld Digital in Anspruch genommen werden.

Einen eindringlichen Appell an die Teilnehmer richtete BSI-Präsident Arne Schönbohm in seinem Vortrag über die zentrale Bedeutung der IT-Sicherheit: „Die Informationssicherheit ist Grundvoraussetzung für die Digitalisierung.“ Die Anzahl der Cyberattacken hätte sich seit Beginn der Coronazeit um 15 Prozent erhöht.

„Wenn Sie bestimmte Schwachstellen bei sich nicht geschlossen haben, gehen Sie davon aus, dass Sie angegriffen werden!“, so Schönbohm. Gleichzeitig warb er bei den Kommunen dafür, Mitglied in der Allianz für Cybersicherheit zu werden.

Für digitale Bildungsoffensive

Die SPD-Bundesvorsitzende Saskia Esken forderte in ihrem Beitrag eine digitale Bildungsoffensive, wobei sich nicht jede Softwarelösung für Verwaltungen und Schulen eigne. Jetzt sei die richtige Zeit für nachhaltige Investitionen in den digitalen Wandel: „Nur das garantiert die Handlungsfähigkeit von Verwaltung und Unternehmen.“

Eine zentrale Säule des Onlinezugangsgesetzes ist die Nutzbarkeit von OZG-Diensten über Ländergrenzen hinweg. Hierzu präsentierte Dr. Philipp Richter vom Innenministerium Brandenburg gemeinsam mit Michael Diepold von der AKDB-Stabsstelle

Digitalisierung die Umsetzung des elektronischen Aufenthaltstitels. Dies ist ein für weitere Bundesländer richtungsweisendes Pilotprojekt, das Brandenburg und AKDB vorantreiben und das dem Prinzip „Einer für Alle“ folgt.

Online-Umfrage

Professor Gerhard Hammer Schmid von der Hertie School of Governance und Carsten Köppl von Next:Public stellten erste Ergebnisse der großangelegten Online-Umfrage „Verwaltung in Krisenzeiten“ unter Bürgern und Verwaltungsmitarbeitern vor. Danach schneidet Bayern bei der Beurteilung der Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung durch die befragten Bürger im Bundesländervergleich am besten ab. Zudem haben 18 Prozent der Bürger in den vergangenen Monaten stärker als zuvor auf Online-Dienste der Verwaltung zurückgegriffen, und deutlich über 40 Prozent wünschen sich einen digitalen Zugangsweg zur Verwaltung, und zwar über Online-Portale. Diese Erwartungshaltung der Bürger zeigt, dass sich Digitalisierungsmaßnahmen durchaus lohnen.

In der erhöhten Bereitschaft für die Digitalisierung von Infrastruktur und Verwaltung sieht Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, Chancen in der Krise. Eine Registermodernisierung, der Ausbau von Breitband und eine durchgehende Digitalisierung an den Schulen seien richtige Schritte zu einem digitalisierten Staat, so Dr. Landsberg.

Noch bis 31.12.2020 stehen registrierten Teilnehmern die meisten Veranstaltungsinhalte unter www.akdb.de/kommunalforum zur Verfügung. □



V.l.: Dr. Alexander Greulich, Erster Bürgermeister der Gemeinde Ismaning, und Michael Schneider, Breitbandbeauftragter der Energie Südbayern bei der Vertragsunterzeichnung. Bild: Gemeinde Ismaning

Ismaning:

Startschuss für Breitbandausbau

Dr. Alexander Greulich, Erster Bürgermeister der Gemeinde Ismaning, und Michael Schneider, Breitbandbeauftragter der Energie Südbayern, unterzeichneten den Vertrag für den weiteren Ausbau des Breitbandnetzes im Gemeindegebiet Ismaning. Mit dem Ausbau werden im Gemeindegebiet insgesamt 126 Glasfaseranschlüsse bis zum Grundstück errichtet. Somit können 330 Haushalte mit schnellem Internet bis ins Haus versorgt werden.

Energie Südbayern hat bereits das Neubaugebiet Fischerhäuser mit Glasfaseranschlüssen versorgt. Für den aktuellen Ausbau übernimmt Energie Südbayern die Errichtung der Glasfaser-Infrastruktur. Über den Telekommunikationsanbieter M-net werden die Dienste für leistungsfähige Endprodukte für Haushalts- und Gewerbetreibenden zur Verfügung gestellt: Vom Internetfernsehen und Streaming über Online-Gaming bis hin zu Arbeiten in der Cloud und im Home-Office.

Beste Technologie

„Digitalisierung geht nur mit Breitband. Umso wichtiger ist es, dass wir hier auf die Kompetenz und Zuverlässigkeit der beiden regionalen Anbieter Energie Südbayern und M-net setzen können. Nach dem erfolgreichen Abschluss des Projektes werden über 330 Haushalte bestens versorgt sein“, freut sich Bürgermeister Dr. Alexander Greulich bei der Vertragsunterzeichnung im Rathaus. Michael Schneider ist überzeugt: „Wir freuen uns als Energie Südbayern gemeinsam mit unserem langjährigen Partner M-net eine leistungsfähige Glasfaserinfrastruktur in Ismaning aufzubauen. Eine Lösung, mit der wir unseren Kunden heute und in der Zukunft die ganze Palette digitaler Anwendungen bereitstellen können!“ Energie

Südbayern und M-net investieren insgesamt rund zwei Millionen Euro in das Projekt.

Durch die Breitbandförderung des Freistaats Bayern kann ein leistungsfähiger Breitbandausbau auch in der Gemeinde Ismaning vorangebracht werden. Für den Ausbau des gigabitfähigen Breitbandnetzes stellt der Freistaat Bayern Fördermittel in Höhe von 1.020.000 Euro zur Verfügung. Der kommunale Eigenanteil liegt bei 475.770 Euro. Mit dem Ausbau wird die Breitbandinfrastruktur für die Anforderungen einer Gigabit-Gesellschaft umgesetzt, damit Bürger und Bürgerinnen sowie Unternehmen die digitalen Möglichkeiten der Zukunft optimal nutzen können.

Im Zuge des Projektes sind Tiefbauarbeiten auf einer Länge von über 15 Kilometern notwendig, dabei werden über 18 Kilometer Glasfaserkabel verlegt. Mit dem Abschluss der Baumaßnahmen und der Inbetriebnahme des Netzes wird voraussichtlich im Frühjahr 2022 gerechnet.

„Mit dem Ja zur Glasfaser hat sich die Gemeinde Ismaning für die beste Technologie entschieden, die es auf dem Markt gibt“, so Dr. Oliver Baumann, Abteilungsleiter Expansion der M-net. „Die übertragbaren Datenraten von Glasfaser sind theoretisch nahezu unbegrenzt – das macht die Infrastruktur auch langfristig absolut zukunftssicher.“ □

»Also, ich sehe Hilfe in schwierigen Zeiten.«

Und was sehen Sie? Kommunen, die sich bei Personalmangel und Überlastung Hilfe bei der AKDB holen, sehen plötzlich Lösungen statt Probleme.

z.B. AKDB Servicecenter

Eine plötzliche Kündigung, ein Krankheitsfall, ein Mutterschaftsurlaub, eine unvorhergesehene Krise. Schnell steht man als Kommune vor einem Personalengpass. Vom Fachkräftemangel ganz zu schweigen. Mit den Servicecentern der AKDB bekommen Sie Hilfe. Schnell und unkompliziert. Im Finanzwesen, Bauamt und Personalwesen.

Möglichkeiten überall

AKDB

M-net bringt Highspeed-Internet nach Oberstdorf

Gemeinsamer Ausbau mit den Allgäuer Überlandwerken (AÜW) und der Energieversorgung Oberstdorf (EVO)

Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net errichtet gemeinsam mit den Allgäuer Überlandwerken (AÜW) und der Energieversorgung Oberstdorf (EVO) ein Glasfasernetz in Oberstdorf und versorgt den Markt künftig mit Highspeed-Internet und weiteren Kommunikationsdiensten. Einen entsprechenden Vertrag haben die Anbieter nun mit der Marktverwaltung geschlossen.

Durch die Erschließung mit Glasfaserleitungen bis in die Wohnungen und Büros profitieren Bewohner und ansässige Unternehmen künftig von Bandbreiten von zunächst bis zu 300 Mbit/s. Der Ausbau wird mit Mitteln im Rahmen des bayerischen Förderprogramms unterstützt.

Zeitgleiche Umsetzung

Der Startschuss für den zweiten Glasfaserausbau in Oberstdorf ist gefallen. 40 private und gewerbliche Haushalte werden mit einer zukunftssicheren Glasfaserleitung bis in die Wohnung bzw. bis ins Büro erschlossen. Bereits im Juli 2020 wurde der Ausbau von 218 Privathaushalten und 46 Gewerbeeinheiten beschlossen, nun erfolgte der zweite Schritt. Beide Projekte werden zeitgleich umgesetzt.

Bei dem sogenannten FTTH-

Ausbau (Fiber to the Home) wird komplett auf die Verwendung von Kupferkabeln verzichtet und eine durchgängige Infrastruktur aus Glasfasern errichtet. Auf dieser Basis können Bandbreiten bis zu 300 Megabit pro Sekunde und künftig noch deutlich höhere Bandbreiten bereitgestellt werden. „Für Oberstdorf ist das ein großer Schritt in die Zukunft. Mit der modernen Übertragungstechnologie sichern wir nicht nur die hohe Lebensqualität in unserer Gemeinde, sondern machen uns auch für Unternehmen und Selbstständige attraktiv“, sagt Bürgermeister Klaus King.

Das neue Glasfasernetz baut M-net gemeinsam mit den Allgäuer Überlandwerken (AÜW) und der Energieversorgung Oberstdorf (EVO), wobei der Breitbandausbau zusätzlich mit Mitteln im Rahmen des bayerischen Förderprogramms un-

terstützt wird. Bislang war in Oberstdorf durch M-net nur ein kleiner Teil des Marktes von rund 80 Haushalten mit Glasfaser bis zum lokalen Kabelzweig erschlossen.

Für die Zukunft wappnen

„Glasfaser ist die Zukunft. Mit dem Ausbau der Infrastruktur in Oberstdorf können wir die Bürgerinnen und Bürger der Stadt wie auch die Unternehmen vor Ort für die digitale Zukunft wappnen“, erklärt Michael Lucke, Geschäftsführer Allgäuer Überlandwerk GmbH. „Denn die Glasfasertechnik ist die einzige Übertragungstechnologie auf dem Markt, die auch langfristig die steigenden Anforderungen der Digitalisierung erfüllen kann. In Zeiten von Home-Schooling und Home-Office hat sich gezeigt, wie wichtig eine stabile und schnelle Internet-Verbindung ist.“ Hans-Peter Hagenauer, Werkleiter der EVO ergänzt: „Als lokalem Anbieter vor Ort liegt uns das Wohl und die Zukunftssicherheit des Marktes natürlich besonders am Herzen. Umso mehr freuen wir uns,

dass wir mit dem neuen Hochgeschwindigkeitsnetz dazu beitragen können, den Standort Oberstdorf als Wohnort und Wirtschaftsraum für die Zukunft zu stärken.“

Rasante Up- und Downloads, Surfen ohne Wartezeiten beim Seitenaufbau oder unterbrechungsfreies Videostreaming sind nur einige der vielen Vorteile, die ein leistungsfähiger Internetanschluss mit sich bringt. „Glasfaseranschlüsse bieten hohe und stabile Bandbreiten und sind besonders für datenintensive Anwendungen geeignet. Dazu zählen auch Online-Gaming, das Speichern und Abrufen von Daten in einer Cloud oder die Nutzung des Anschlusses fürs Home-Office“, erklärt M-net Regionalmanagerin Melanie Hundt.

Klare Vorzüge

Auch über den Leistungsaspekt hinaus hat die Glasfaser klare Vorzüge gegenüber herkömmlichen Übertragungstechnologien. So ist die Übertragung von Licht deutlich energieeffizienter als die elektronische Datenübermittlung: Die CO₂-Bilanz von FTTH ist um etwa 90 Prozent besser als bei der Datenübermittlung mit Vectoring-Technologien über die Verteilernetze im gewöhnlichen Kupfernetz. Im Gegensatz zu Kupferleitungen ist das Glasfaser-Netz zudem unempfindlich für äußere Störeinflüsse und ein Vielfaches zuverlässiger und sicherer.

Über das Glasfaser-Netz von M-net können Kunden neben schnellem Internet und günstigen Telefondiensten mit M-net TVplus auch einen vollwertigen TV-Anschluss mit über 100 Sendern und vielen Extra-Funktionen bestellen: Die intelligente Fernsehlösung TVplus bietet neben zeitversetztem Fernsehen und dem Aufzeichnen von Sendungen auch die Möglichkeit, Programme gleichzeitig auf dem Fernsehgerät, Handy und Tablet anzuschauen.

dem erfolgreichen Konzept von deinNachbar e.V. auch andere soziale und gewerbliche Versorger des ambulanten Bereichs integriert.

Das bestehende digitale Helferportal soll gemeinsam mit interessierten Kommunen zu einer Quartiersplattform weiterentwickelt werden. Die Hilfebedarfe werden von den Koordinationsstellen zentral erfasst. Über Matchingfunktionen werden die Profile der angeschlossenen Organisationen mit dem Bedarf abgeglichen, so dass die Kapazitätsabfrage digital per App oder Webanbindung nur an die Versorger gestellt wird, auf die das Profil passt.

Hochwertige Versorgung

Die Auswahl des Dienstleisters wird von den Hilfebedürftigen getroffen und daraufhin ein Auftrag über die Plattform generiert. „Wir müssen nicht nur für eine weitere mögliche Pandemie vorbereitet sein, sondern auch auf die durch den demografischen Wandel auf uns zukommende prekäre Versorgungssituation hilfe- und pflegebedürftiger Menschen“, sagt Thomas Oeben, Logistikexperte und Vorsitzender von deinNachbar e.V. Um das zu erreichen, sei eine enge Zusammenarbeit aller Dienstleister, die Angebote zur Versorgung im häuslichen Bereich in der Region anbieten, notwendig.

Durch das Portal kann die Versorgung durch einen Mix an professionellen Diensten und Ehrenamtlichen schnell und qualitativ hochwertig sichergestellt werden. In Krisenzeiten ist das Portal um nichtgebundene Freiwillige erweiterbar.



Staatsministerin Judith Gerlach mit Landrat Josef Niedermaier bei der Präsentation der Ergebnisse des gemeinsamen Pilotprojekts.

Bild: StM

„Digitaler Werkzeugkasten“:

Landkreise bauen Online-Verwaltung weiter aus

Vom Antrag auf einen Jagdschein bis zur Corona-Registrierung für Reiserückkehrer – mit Hilfe eines neuen „digitalen Werkzeugkastens“ haben sieben bayerische Landkreise in den letzten Monaten zahlreiche Verwaltungsdienstleistungen digitalisiert. Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach und der Leiter des Innovationsrings des Bayerischen Landkreistags und Landrat des Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen, Josef Niedermaier, zogen in Bad Tölz eine positive Bilanz dieses Pilotprojekts.

In den teilnehmenden Landkreisen Aschaffenburg (Unterfranken), Bad Tölz-Wolfratshausen (Oberbayern), Cham (Oberpfalz), Fürth (Mittelfranken), Kulmbach (Oberfranken), Neu-Ulm (Schwaben) und Passau (Niederbayern) stehen jetzt über 120 bisherige Papierformulare zur Online-Eingabe zur Verfügung.

Digitalisierung schnell und aktiv voranbringen

Für Landrat Christian Bernreiter, den Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, steht fest: „Das erfolgreiche Pilotprojekt ist ein Musterbeispiel dafür, wie die bayerischen Landkreise die Digitalisierung anpacken. Sie schöpfen ihre Möglichkeiten voll aus, um die Digitalisierung schnell und aktiv voranzubringen. Das Projekt zeigt aber auch, dass die Digitalisierung ein Kraftakt ist, für den die Landkreise die tatkräftige Unterstützung des Freistaats Bayern benötigen.“

Digitale Verwaltung so bürgernah wie möglich

Judith Gerlach erklärte: „Bayern drückt bei der Digitalisierung der Verwaltung nochmal aufs Tempo. Mit diesem neuen ‚digitalen Werkzeugkasten‘ können die bayerischen Landkreise jetzt selbst ganz einfach Dienstleistungen ins Internet übertragen. Bei den sieben Pilotkreisen hat das hervorragend funktioniert. Ein Großteil der Nutzer hat bei einer Befragung im Rahmen des Projekts angegeben, dass die so erstellten Online-Angebote ‚gut erklärt‘ und ‚einfach zu nutzen‘ seien. Das ist unser Ziel: Digitale Verwaltung so bürgernah wie möglich.“

Das Rad nicht jedes Mal neu erfinden

Josef Niedermaier betonte: „Die Digitalisierung fordert die Landratsämter mit ihren zahlreichen Bürger- und Unternehmenskontakten in ganz besonderer Weise. Die gute Nachricht ist: Das Rad muss nicht jedes Mal neu erfunden werden! Als Innovationsring unterstützen wir die Landratsämter bei ihrer Digitalisierung und stellen die-

sen sämtliche Projektergebnisse zur weiteren Nachnutzung zur Verfügung. Dies gilt auch für den Leitfaden zur nutzerorientierten Formulargestaltung, mit dem wir die Voraussetzungen schaffen, dass die umgesetzten Online-Anträge von den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen bestmöglich genutzt werden können. Gemeinsam werden wir auch diese Herausforderung meistern.“

Gemeinschaftsprojekt

Das Pilotprojekt „Digitaler Werkzeugkasten“ war im Frühjahr 2019 als Gemeinschaftsprojekt des Bayerischen Staatsministeriums für Digitales und des Innovationsrings des Bayerischen Landkreistags gestartet worden. In einer ersten Projektphase wurden mit Hilfe dieser Softwarelösung 21 Verwaltungsdienstleistungen für Bürger und Unternehmen durch die beteiligten sieben Pilotlandkreise bereitgestellt. In einer zweiten Projektphase wurden die erarbeiteten Online-Formulare dann zwischen den Pilotlandratsämtern ausgetauscht.

Leitfaden für alle bayerischen Landkreise

Zudem wurden die mit der Erarbeitung der Online-Formulare beauftragten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landratsämter sowie Bürgerinnen und Bürger befragt, die die erstellten Formulare genutzt haben. Die Empfehlungen aus diesen Nutzertests wurden in einem Leitfaden zusammengefasst, der jetzt allen bayerischen Landkreisen zur Verfügung steht. Dieser Leitfaden soll als Grundlage dienen, um weitere Verwaltungsdienstleistungen möglichst bürgerfreundlich zu digitalisieren.

Erfolgreiche Zusammenarbeit fortsetzen

Digitalministerin Judith Gerlach und Landrat Josef Niedermaier waren sich bei der Vorstellung der Projektergebnisse einig, dass die erfolgreiche Zusammenarbeit fortgesetzt werden soll: „Das Projekt ‚Digitaler Werkzeugkasten 2.0‘ ist schon in Vorbereitung“, lautete das gemeinsame Fazit.

Ein Virus zwingt zum Handeln

Wie eine digitale Koordinierung die Versorgung hilfebedürftiger Menschen und die Entlastung pflegender Angehörige sicherstellen kann

Wir kennen sie alle, die Herausforderungen bei der Unterstützung hilfebedürftiger Menschen und pflegender Angehöriger, die gerade in Krisenzeiten wie der Coronapandemie noch deutlicher in den Vordergrund treten. Leidtragende sind, wie so oft, die Schwächsten der Gesellschaft: hilfe- und pflegebedürftige Menschen, pflegende Angehörige, Behinderte und Alleinerziehende. Während der Coronapandemie haben sich sehr viele Initiativen gegründet, in denen sich Menschen zusammengeschlossen haben, um freiwillig Hilfe zu leisten. Dabei geraten sie jedoch oft an ihre Grenzen, weil Helfer nicht ausreichend für ihre Einsätze vorbereitet sind, oder die aufwändige Koordination völlig unterschätzt wird.

Dass der Bedarf an Alltagsbegleitern ungebrochen ist, ja sogar ständig zunimmt, zeigen die vielen Anfragen, die deinNachbar e.V. täglich erreichen. Das soziale Unterstützungsnetzwerk trägt seit fünf Jahren mit seiner Musterniederlassung in München zur Versorgung hilfebedürftiger Seniorinnen und Senioren und pflegender Angehöriger bei. Mit einem vielfach ausgezeichneten, interdisziplinären Lösungsansatz aus Pflege, modernem Ehrenamt, Logistik und Digitalisierung der aufwändigen Helfersuche und -koordination wird die Hilfe via App so gesteuert, dass sie passgenau und zeit-

nah bei den Hilfebedürftigen und ihren Angehörigen ankommt.

Der Qualitätsaspekt steht dabei immer an erster Stelle. Pflegefachkräfte erlernen den tatsächlichen Unterstützungsbedarf im häuslichen Umfeld, beraten rund um das Thema Pflege, unterstützen bei der Organisation der Pflegesituation und schulen Angehörige. Aber auch ehrenamtliche Helferinnen und Helfer werden durch die Pflegefachkräfte zu Alltagsbegleitern geschult und für ihre Tätigkeiten angeleitet. Dies erfolgt in den Räumen von deinNachbar e.V. oder künftig auch durch das neu eingeführte E-Learning Tool

auf digitalem Weg. Aufgrund der positiven Erfahrungen und Erfolge, bietet deinNachbar e.V. Kommunen Unterstützung beim Aufbau eines koordinierten sozialen Netzwerkes analog zu der Musterniederlassung in München an.

Welchen Mehrwert eine schnelle und unbürokratische Koordination und Vernetzung aller an der Versorgung von hilfebedürftigen Menschen beteiligten Organisationen und Freiwilligen hätte, zeigt die aktuelle Pandemiesituation sehr deutlich.

Weiterentwicklung zu einer Quartiersplattform

Die Bereitschaft, der Bevölkerung zu helfen, ist weiter ungebrochen. Um diese entsprechend zu würdigen und die Kommunen bei der Erfüllung ihres Versorgungsauftrages nachhaltig zu unterstützen, hat der Verein deinNachbar zusammen mit einem Kooperationspartner ein entsprechendes Projekt ins Leben gerufen, das aufbauend auf

**Bayernweit –
Gemeinsam für mehr
Geschwindigkeit**

breitbandausbau@m-net.de

M-net

Neue Impulse für die Digitalisierung:

Erfolgreiche Premiere für virtuelle Fiberweek

Mit der Fiberweek hat der Bundesverband Breitbandkommunikation (BREKO) die Erfolgsmesse Fiberdays erstmals als virtuelles Messe-Event für die Telekommunikations- und Digitalbranche umgesetzt. Im Mittelpunkt standen der Glasfaserausbau und die Digitalisierung in Deutschland.

Mit täglich mehr als 1.000 Besuchern aus 27 Ländern, über 50 Stunden Konferenzprogramm mit mehr als 100 Referenten und einem breitem Themenspektrum endete die Messe mit großem Zuspruch, wichtigen Botschaften für den Glasfaserausbau und einem zufriedenen Veranstalter. „Unser Ziel, der Telekommunikations- und Glasfaserbranche auch in diesen Zeiten eine performante Plattform zu bieten, haben wir erreicht. Während der fünf Messtage wurde deutlich, wie groß der Informations- und Redebedarf zum Thema Glasfaserausbau ist“, machte BREKO-Geschäftsführer Stephan Albers deutlich. Denn eines sei klar: „Wenn wir bei der Digitalisierung und dem Ausbau der digitalen Infrastruktur vorankommen wollen, müssen wir auch in dieser schwierigen Situation, Politik, Verbände und Praxis an einen Tisch bringen. Mit der Fiberweek20 ist es uns gelungen, den Bogen vom Tiefbau über den Netzbetrieb und digitale Produkte bis zur politischen Ebene zu spannen und gemeinsam klare Ziele und nächste Schritte für die Digitalisierung Deutschlands herauszuarbeiten.“

Themen-Höhepunkte

Digitalisierung, Smarte Städte und Regionen und Deutschlands digitale Infrastruktur: Die fünf Messtage waren voll mit Diskussionsrunden, Vorträgen und Interviews zu wichtigen Digitalthemen. So wurden unter anderem der aktuelle Streit um die 450 MHz-Frequenzen, das Breitbandförderprogramm des Bundes sowie der Netzbau von Kupfer- zu Glasfasernetzen im Rahmen der Messe thematisiert. Ergänzt wurden die Themen-Höhepunkte durch Praxisbeispiele wie das Smart City-Projekt rund um den Flughafen Berlin-Tegel, die Glasfaser-5G-Kooperation zwischen 1&1 Versatel und dem BREKO sowie Best Practice Erfahrungsberichten zur Finanzierung und zum Ausbau von Glasfasernetzen.

BREKO-Vizepräsident Alfred Rauscher brachte es im Rahmen einer Diskussionsrunde zur Beschleunigung des Glasfaserausbaus auf den Punkt: „Der Glasfaserausbau ist wie ein Marathonlauf. Du musst mit konstanter Geschwindigkeit voran gehen. Nur dann kommst Du zum Ziel.“ Rauscher bezog sich dabei vor allem auf die nachhaltige Zusammenarbeit vor Ort in den Kommunen, wo mit Hilfe von langfristigen Kooperationen Hand in Hand gearbeitet werden muss.

Auf einem guten Weg

Im Rahmen des Eröffnungskongresses war zuvor über die digitale Infrastruktur als Basis für die Digitalisierung und digitale Geschäftsmodelle diskutiert worden. „Es gibt keine Frage mehr, ob wir Glasfaser bis in die Häuser und Unternehmen brauchen. Deutschland ist beim Glasfaserausbau auf einem guten Weg. Es gilt aber auch die Rahmenbedingungen richtig zu setzen, um den Ausbau weiter zu beschleunigen: Die Genehmigungsverfahren müssen vereinfacht und beschleunigt werden. Zudem sollte sich die Förderung primär auf die Schließung noch vorhandener weißer Flecken fokussieren“, hob BREKO-Präsident Norbert Westfal hervor. **DK**

Dr. Katrin Suder, Vorsitzende des Digitalrats der Bundesregierung, Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU), Felix Falk, Geschäftsführer des Verbands der deutschen Games-Branche (game) sowie Norbert Westfal und Dr. Stephan Albers vom BREKO mit Professor Dr. Jens Böcker über den digitalen Fortschritt und Deutschlands Zukunftsfähigkeit. Wichtigstes Thema dabei war die digitale Infrastruktur als Basis für die Digitalisierung und digitale Geschäftsmodelle.

Starker Mittelstand

Dr. Katrin Suder, Vorsitzende des Digitalrats der Bundesregierung, unterstrich die große Bedeutung der Digitalisierung für die Zukunftsfähigkeit der deutschen Wirtschaft: „Ich glaube, dass wir in Deutschland alle Zutaten dafür haben, um auch digital wettbewerbsfähig zu sein. Was wir brauchen, ist ein offenes Mindset, engagierte Köpfe und Diversity – ob in Wirtschaft oder Verwaltung. Unsere Stärke ist die deutsche Industrie und der Mittelstand. Diese Stärke muss jetzt in Einklang mit der digitalen Welt gebracht werden. Die Botschaft ist in Politik und Wirtschaft angekommen. Wichtig ist es jetzt, dass die Wirtschaft aktiv wird. Da muss jedes Unternehmen, jede Stadt und jede Kommune die eigenen Kräfte mobilisieren. Das gilt auch für den Infrastrukturausbau als Basis.“

Die Mischung macht's

BREKO Geschäftsführer Albers wies darauf hin, dass der Glasfaserausbau auch künftig in erster Linie durch den Markt selbst vorangetrieben wird und deshalb ein kluges Zusammenspiel zwischen eigenwirtschaftlichem und gefördertem Ausbau notwendig sei. „Es ist wie bei einem guten Cocktail. Es kommt auf die richtige Mischung an. Es stehen Finanzinvestoren bereit. Es scheitert nicht am Geld. Es macht keinen Sinn 10 Mrd. Euro in den Markt zu kippen. Die Förderung, die wir ergänzend sicher brauchen, muss dosiert und über einen längeren Zeitraum gestreckt werden und dort ansetzen, wo die Versorgung besonders schlecht ist.“ Mit Blick auf die zunehmende Bedeutung eines stabilen Internetzugangs für die Bürger und Unternehmen unterstrich Albers: „In diesen Zeiten steht FTTH nicht nur für Fiber to the Home sondern insbesondere auch für Fiber to the HomeOffice.“

Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU), sprach über die Rolle der kommunalen Unternehmen bei der Digitalisierung: „Das beste digitale Geschäftsmodell nutzt nichts, wenn der Zulieferer im Funkloch steckt oder Hidden Champions am alten Kupfernetz hängen. Der Ausbau der Glasfasernetze bleibt eine der größten Baustellen, die vor allem die Landwirtschaft und den Mittelstand mit seinen Firmensitzen im ländlichen Raum ausbremst. Daher appellieren wir an die Bundesregierung für gute Rahmenbedingungen mit der TKG-Novelle zu sorgen, damit Glasfaser bis an die letzte Milchkanne ausgebaut und der Wirtschaftsstandort profitieren kann.“ **DK**



Glasfaserausbau neu gedacht.

Bild: Hauff-Technik GmbH

Hauff-Technik führt neue Produktlinie „G-LINE“ ein

Der führende europäische Hersteller von Abdichtsystemen für Kabel, Rohre und Hauseinführungen Hauff-Technik GmbH & Co. KG geht neue Wege, wenn es um den Breitbandausbau in Deutschland geht. Getreu dem Motto „Glasfaserausbau neu gedacht“ versucht Hauff-Technik bestehende Vorgehensweisen und Abläufe im Glasfaserausbau, speziell bei Netzbaumaßnahmen, mit der G-Box zu durchbrechen.

Derzeit werden in Erschließungsgebieten nur zwischen 30 und 40% der möglichen Teilnehmer angeschlossen, teils werden Erschließungsgebiete durch die geringe Anschlussquote sogar schon vor Baustart unwirtschaftlich und gar nicht erst erschlossen. Nachträgliche Hausanschlüsse verursachen einen riesigen Aufwand und kosten Netzbetreiber und deren Kunden daher immense Summen.

Schneller, einfacher und kostengünstiger zu werden sind die drei großen Zielsetzungen, die mit der G-Line verfolgt werden. Mit dem Koalitionsvertrag setzt die Bundesregierung zwei ambitionierte Ziele: die deutschlandweite Versorgung über Gigabit-Netze bis 2025 und den Anschluss aller Schulen, Gewerbegebiete und Krankenhäuser. Um dies zu erreichen muss die herkömmliche Bauweise drastisch beschleunigt werden.

Ressourcen nutzen

An diesem Punkt setzt das neue innovative Anschlusskonzept an und bietet eine Lösung, durch die Aufwand und Kosten für Netzbetreiber und Tiefbauunternehmer stark reduziert werden können. Mit der G-Box kann das Glasfasernetz bis zu einem definierten Übergabepunkt auf dem privaten Grundstück oder im öffentlichen Grund in einem Arbeitsgang fertig gestellt werden. Diese Vorgehensweise hilft dabei, die ohnehin schon begrenzten Ressourcen im Tief- und Netzbau optimal zu nutzen und Baumaßnahmen zu beschleunigen.

Bei der herkömmlichen Erschließung von Neubaugebieten werden die sogenannten Mikrorohre für Glasfasernetze bis an die Grundstücksgrenze verlegt und später ins Haus eingeführt. Für eine spätere Verlegung in das Gebäude muss im schlimmsten Fall der asphaltierte Fußweg oder sogar die Straße wieder aufgedeckt werden. Diese Vorgehensweise verursacht zum einen erhebliche Kosten und führt natürlich auch zu Unverständnis bei den Kommunen und Anliegern.

Durch die Verwendung der G-Box wird es möglich, den Glasfaserausbau vom Netzverteiler bis an das Grundstück fertig zu stellen. Das Mikrorohrnetz kann dabei vor Fertigstellung der Oberflächen auf seine vollständige Durchgängigkeit und Funktion geprüft werden. Eventuelle Nacharbeiten können bereits von Beginn an sondiert und sofort behoben werden. Das macht den Einsatz der Tiefbauarbeiten effizienter und einfacher.

Ein weiteres Problem der heu-

tigen Bauweise wird beim Ausbau im Bestand deutlich. Dort werden in der Regel nur die Gebäude angeschlossen, die einen Anschluss beantragt haben. Dieses Vorgehen verursacht unter anderem viele Terminabstimmungen zwischen Planer, Bauherren und Netzbetreiber. Für den Hausanschluss muss ein Team mit teurem Spezialgerät die Glasfaser vom Netzverteiler bis ins Haus blasen, dort einen Abschlusspunkt (AP) setzen, diesen mit dem ankommenden Kabel verspleißen und die verlegte Strecke auf Funktion prüfen. Kosten im vierstelligen

Über 95 % aller öffentlichen Schulen auf dem Weg zum Glasfaser-Anschluss

„Wir fördern den Breitbandausbau bis in jedes Haus – insbesondere auch an unseren Schulen! Bestmögliche digitale Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Bildung in ganz Bayern zu schaffen, ist eine unserer wichtigsten Zukunftsaufgaben“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker.

Und das bayerische Engagement zahlt sich aus: Nach den Zahlen des Breitbandatlas des Bundes steht Bayern bei seinen Schulen sehr gut da. Bereits jetzt ist an rund 95 % der öffentlichen Schulen in Bayern ein Anschluss mit schnellem Internet von mindestens 30 Mbit/s möglich, bei über 50 % können sogar schon heute Gigabitgeschwindigkeiten erreicht werden. Der jeweilige Schulträger bzw. die jeweilige Schule kann dann entscheiden, welche Geschwindigkeiten jeweils aktuell benötigt und gebucht werden.

Ambitioniertes Ziel

„Aber wir geben uns damit

Bereich sind keine Seltenheit.

Mit der G-Box ist es möglich, die Glasfaser in einem Schritt im ganzen Ausbaubereich auf einmal einzublasen. Danach kann der AP in der G-Box angespleißt und die Strecke zum Netzverteiler auf Funktion geprüft werden. Kommt es nun zur Freischaltung des Anschlusses, reicht ein Monteur, der die Verbindung vom Haus zur G-Box herstellt. In diesem Schritt ist kein teures Spezialgerät nötig, das hohe Kosten verursachen würde.

nicht zufrieden. Unser Ziel ist es, dass jede Schule in Bayern einen Glasfaseranschluss bekommt. Dabei lassen wir die Träger vor Ort nicht allein, sondern unterstützen sie mit bis zu 60.000 Euro je Schule. Hierfür hat Bayern insgesamt schon rund 50 Millionen Euro an staatlicher Förderung investiert“, hob Füracker hervor.

Das Programm bietet Fördersätze von 80 % bis 90 %. Es ist ein voller Erfolg – 1.700 Schulen wurden bereits oder werden aktuell damit an das Glasfasernetz angeschlossen und das Interesse ist weiterhin gewaltig. „Drei von vier öffentlichen Schulen in Bayern nutzen das Programm bereits oder treffen letzte Vorbereitungen.“

Mit einer einfachen Plug-and-Play-Lösung kann die Verbindung von jedem Elektroinstallateur, bestenfalls sogar vom Bauherren selbst, hergestellt werden. Danach genügt ein Anruf beim Netzbetreiber, der den Anschluss freischaltet. Alle für diesen letzten Schritt notwendigen Bauteile werden zukünftig in einem neuen „Bauherrenpaket Glasfaser“ zusammengefasst, das über die vorhandene bundesweite Struktur der Baustoffhändler und Hauff-Partner vertrieben wird. **DK**

Immer. Sicher. Vernetzt.

G-LINE

DIE LÖSUNG FÜR DEN INTELLIGENTEN NETZAUSBAU

Vorteile für Ihre Kommune:

- Stellen Sie ihr Breitbandnetz bis zur G-Box fertig
- Erschließen Sie Neubaugebiete in einem Arbeitsgang
- Sparen Sie die Kosten von nachträglichen Anschlüssen
- Senken Sie die Hausanschlusskosten für Gebäudeeigentümer
- Netzausbau unabhängig von der Anzahl verkaufter Hausanschlüsse
- Bauen Sie günstiger, schneller und effizienter

www.g-line.de

Digitalisierung der Verwaltung:

Normenkontrollrat beklagt geringe Fortschritte

Trotz des engagierten Umgangs aller Verwaltungsebenen bei der Umsetzung des Online-Zugangs-Gesetzes (OZG), konnte Deutschland bisher noch nicht an das Europäische Mittelfeld im Bereich der Digitalen Verwaltung anschließen. Darauf macht der Nationale Normenkontrollrat (NKR) in seinem vierten Monitor „Digitale Verwaltung“ aufmerksam.

Zwar holte Deutschland im aktuellen Digitalranking der Europäischen Union (DESI) drei Plätze auf und liegt damit nun auf Platz 21 von 28 EU-Staaten. Dennoch bleibt es weiterhin deutlich hinter den eigenen Ansprüchen zurück. „Allerdings werden sich die durch die Umsetzung des OZG zu erwartenden Fortschritte auch erst in den nächsten Monaten und Jahren zeigen“, heißt es in dem Bericht.

Der NKR lobt, dass durch die Corona-Pandemie ein digitaler Ideen- und Mentalitätsschub durch viele Verwaltungsgänge gegangen sei. Zwar seien auch zahlreiche Schwachstellen zu Tage getreten, doch habe die Pandemie deutlich gezeigt, was digital alles in kürzester Zeit bewerkstelligt werden könnte. Der NKR verweist hier unter anderem auf den Hackathon #WirVS-Virus, die Corona-Warn-App oder auch die OZG-Expresslabore für Verdienstaufschätzungen.

Kernbotschaften

Der Monitor des Normenkontrollrates formulierte folgende Kernbotschaften:

1. Benötigt wird Transparenz über den Umsetzungsstand des OZG und das Ziel darf nicht aus den Augen verloren werden.

Der NKR kritisiert, dass es aufgrund unterschiedlicher Informationsseiten für Kommunen nicht möglich ist, sich an einer Stelle zu informieren. Für die kommunale Ebene sei es derzeit nicht möglich abzuschätzen, welche Lösungen aus dem OZG-Digitalisierungslaboren wann und wie zur Verfügung stehen, wie sie sich am besten auf eine Übernahme dieser Services einstellen können oder in welchen Punkten es sich lohnt, eigene Angebote zu entwickeln. Gelobt wird, dass dieses Problem erkannt wurde und bis Ende

des Jahres das Monitoring-Dashboard zur Verfügung stehen soll.

Besorgt reagiert der NKR auf Äußerungen, dass nicht einmal OZG-Leistungen der beiden höchsten Prioritäten eins und zwei bis 2023 flächendeckend zur Verfügung stehen könnten. Aus der Single-Digital-Gateway-Verordnung der EU, die eine Umsetzung von digitalen Leistungen bis Ende 2023 festlegt, wird befürchtet, dass Bürger ihre Rechte auf eine Onlineverwaltung womöglich gerichtlich einklagen könnten oder die Europäische Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten könnte.

2. Die Milliarden des Konjunkturpaketes können helfen, lösen aber nicht alle Probleme. Komplexitäten müssen reduziert und wettbewerbsfreundlich standardisiert werden.

Die zusätzlichen Milliarden des Konjunkturpaketes können Investitionsentscheidungen erleichtern und besonders finanzschwache OZG-Projekte unterstützen. Jedoch seien besondere Schwachpunkte im derzeitigen Prozess Ressourcenknappheit auf Verwaltungs- und Herstellerseite. Hier wäre es von Vorteil, die Komplexität des OZG-Prozesses zu reduzieren. Besonders die Maßgabe des Koalitionsausschusses, die drei Milliarden nur dort einzusetzen, wo Lösungen gemeinschaftlich oder zentral entwickelt werden (Einer-für-Alle), ist zwar mit der Hoffnung nach mehr Schnelligkeit verbunden, jedoch bürgt dieser Ansatz auch einige Fallstricke. Derartige Lösungen sind nur überall einsetzbar, wenn sie mit der lokalen Systemlandschaft und den Fachverfahren kompatibel sind und sich auch dem wandelnden Bedarf vor Ort anpassen können. Den Ansatz Einig-für-Viele halten die Verfasser für zielführender.

Um einen besseren Wettbewerb bei Produkten und keine einseitigen Abhängigkeiten

von großen IT-Firmen hervorzurufen, plädiert der NKR für ein stärkeres Maß an Standardisierungen, Modularisierungen und der Verwendung offener Schnittstellen. Der bereits veröffentlichte Servicestandard für die OZG-Umsetzung enthält bereits viele Empfehlungen für diesen Bereich. Der NKR spricht sich dafür aus, diesen weiter zu operationalisieren. Dies könnte den Mittelstand stärken und auch das Angebot durch Start-Ups erhöhen.

Vielfalt und Wettbewerb sind laut Normenkontrollrat die notwendigen Garantien dafür, dass eine möglichst mittelständisch geprägte und durch Start-Ups bereicherte Anbieterlandschaft dauerhaft wirtschaftliche, bedarfsorientierte und innovative IT-Lösungen anbieten kann. Um Vielfalt „ertragen“ zu können und eine Übertrag- und Kombinierbarkeit von Lösungen sicherzustellen, bedürfte es allerdings eines viel stärkeren Maßes an Standardisierung, Modularisierung und der Verwendung offener Schnittstellen.

Steigern ließe sich dieser Ansatz noch durch eine stärkere Verwendung offener Software und die systematische Förderung von Entwicklungsgemeinschaften, die Open-Source-Code gemeinschaftlich pflegen und weiterentwickeln. Der jüngst veröffentlichte Servicestandard für die OZG-Umsetzung enthält bereits verschiedene Empfehlungen in diese Richtung. Er sollte weiter operationalisiert und zum verbindlichen Rahmen und Qualitätssicherungsmaßstab öffentlicher Softwareentwicklung werden.

3. Die Vollzugs- und Digitaltauglichkeit von Gesetzen muss verbessert und mit einem Digital-TÜV systematisch kontrolliert werden.

Eine Ausnahmeregelung des bayerischen Verkehrsministeriums zeigt dem NKR zufolge „sehr schön, was viel häufiger erwogen werden sollte: Um in Zeiten von Corona KFZ im Internet einfacher als bisher an-, ab- oder ummelden zu können, wurde geregelt, dass die Eingabe von Benutzername und

Passwort genügt. Bisher waren KFZ-Onlineverfahren nur mit elektronischem Personalausweis und Lesegerät (oder passendem Smartphone) möglich. Im Ergebnis stieg die Nutzung der KFZ-Onlineservices in Bayern um das Neunzehnfache.“

Die Ausnahme sollte zur bundesweiten Regel werden, sowohl in Bezug auf KFZ-Online (das BMVI sollte die Ausnahmeregel bundesweit verstetigen) als auch in Bezug auf die zügige und breite Umsetzung von rechtlichen Änderungsvorschlägen aus den OZG-Laboren. Gleiches gilt für das weiterhin ausstehende Registermodernisierungsgesetz. Die Kompromissentscheidung des Koalitionsausschusses muss jetzt zügig umgesetzt werden, sonst endet die Legislaturperiode ohne Ergebnis. Das wären vier weitere verlorene Jahre!

Gesetze sollten auf ihre Praktikabilität und digitale Umsetz-

barkeit viel stärker geprüft und danach angepasst werden. Ein Digital-TÜV nach dänischem Vorbild sollte zur Lösung dieses Problems zeitnah eingeführt werden.

Massiver Nachholbedarf

Nach Auffassung des Deutschen Städte- und Gemeindebunds zeigt auch die vierte Auflage des Berichts des Normenkontrollrates zur digitalen Verwaltung, dass in Deutschland massiver Nachholbedarf besteht. Die aufgezeigten Defizite bei der Umsetzung des OZG seien besonders im Bereich der Kommunikation über die Vorhaben und den Stand der Fortschritte signifikant. Mehr Transparenz und bessere Kommunikation gegenüber den Kommunen, die den Löwenanteil der Leistungen umsetzen sollen, seien dringend erforderlich.

Das Ausmaß des durch das OZG ausgelösten Umbaus der

Prozesse und Abläufe sei immens, besonders wenn nicht nur die Schnittstellen im „Front-End“ in den Blick genommen werden, sondern durchgehend digitale Prozesse angestrebt werden. Dies erfordert aktives Veränderungsmanagement und eine gute Prozessbegleitung und setze eine nachvollziehbare und transparente Vorgehensweise zwingend voraus. Hier seien der Bund und die für die Umsetzung verantwortliche FITKO dringend gefordert.

Laut DStGB bleibt abzuwarten, ob die nun durch das Konjunkturpaket zusätzlich verfügbaren Finanzmittel zu einer Verbesserung der Situation und zu einer Beschleunigung der Verwaltungsdigitalisierung beitragen werden. „Dazu müssen die Gelder vor allem dort eingesetzt werden, wo auch die Umsetzung des OZG erfolgt – auf der kommunalen Ebene.“ **DK**

BSI-Lagebericht zur IT-Sicherheit:

Corona verschärft Cyber-Gefährdungslage

Die Lage der IT-Sicherheit in Deutschland bleibt im Berichtszeitraum angespannt. Angreifer nutzten Schadprogramme für cyber-kriminelle Massenangriffe auf Privatpersonen, Unternehmen, Behörden und andere Institutionen, aber auch für gezielte Angriffe auf ausgewählte Opfer. Zugleich hat die Bedrohung durch Daten-Leaks mit der Offenlegung von Millionen von Patientendaten im Internet eine neue Qualität erreicht. Diese und weitere Erkenntnisse zur aktuellen Gefährdungslage hat das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) im neuen „Bericht zur Lage der IT-Sicherheit in Deutschland 2020“ zusammengestellt, den Bundesinnenminister Horst Seehofer und BSI-Präsident Arne Schönbohm in Berlin vorstellten.

Im Zuge der Corona-Pandemie arbeiten viele Menschen im Homeoffice. Bring-your-own-Device wird vielerorts als Mittel zur Arbeitsfähigkeit akzeptiert, viele Videokonferenzen wurden kurzfristig eingerichtet und Unterricht wird als Home-Schooling mit Laptop und Webcam abgehalten. Viele dieser Maßnahmen sind spontan umgesetzt worden. IT- und Datensicherheit spielte dabei oft eine untergeordnete Rolle. „In der akuten Situation habe ich durchaus Verständnis dafür. Jetzt aber, nachdem sich vieles eingespült hat, gilt es, dieses ‚neue Normal‘ nachhaltig und sicher zu gestalten. Tun wir dies nicht, dann werden wir die Folgen in einigen Wochen oder Monaten spüren“, machte BSI-Präsident Schönbohm deutlich.

Risiken wirksam begegnen

Wolle man weiterhin von der Digitalisierung profitieren, dürfe man es Angreifern nicht zu leicht machen. Der neue Lagebericht des BSI mache aber auch deutlich, „dass wir die Cyber-Sicherheit in Deutschland ein gutes Stück vorangebracht haben. Als Cyber-Sicherheitsbehörde des Bundes übernimmt das BSI Verantwortung, indem wir uns mit den Risiken der Digitalisierung auseinandersetzen und aufzeigen, wie wir diesen wirksam begegnen können“, erklärte Schönbohm.

Die aktuelle Gefährdungslage ist weiterhin geprägt von Cyber-Angriffen mit Schadsoftware, die in immer neuen Varianten und mit teils ausgefeilten Methoden eingesetzt wird. Die Zahl der Schadprogramme übersteigt inzwischen die Milliardengrenze. Allein im Berichtszeitraum sind 117,4 Millionen neue Varianten hinzugekommen, somit etwa 320.000 neue Schadprogramme pro Tag.

Weiterhin dominant ist die Schadsoftware Emotet, die das BSI schon vor rund zwei Jahren als gefährlichste Schadsoftware der Welt bezeichnet hatte. Sie bietet Angreifern zahlreiche fortschrittliche Angriffsmöglichkeiten. Daten werden immer öfter nicht nur verschlüsselt, sondern von Cyber-Kriminellen kopiert und ausgeleitet. Die Angreifer drohen zu-

sätzlich damit, die Daten an Interessenten zu verkaufen oder zu veröffentlichen. Damit erhöhen die Angreifer den Druck auf das Opfer, der Lösegeldforderung nachzukommen.

Von Cyber-Angriffen betroffen sind Unternehmen und Institutionen aller Größen und Branchen. So wurden Automobilhersteller und ihre Zulieferer angegriffen, ebenso Flughäfen und Fluggesellschaften. Auch kleine und mittelständische Unternehmen, die sich durch Alleinstellungsmerkmale wie zum Beispiel die Produktion spezieller Komponenten im Maschinenbau auszeichnen, wurden Opfer von Cyber-Angriffen. Außerdem waren kommunale Verwaltungen, Krankenhäuser und Hochschulen von Ransomware-Angriffen betroffen.

Daten-Leaks

Bemerkenswert ist die Bedrohung durch Daten-Leaks, d.h. den Diebstahl oder die unbeabsichtigte Offenlegung personenbezogener Datensätze, zum Beispiel Kundendaten oder Patientendaten. So waren in einem Fall allein in Deutschland im Zeitraum von Juli bis September 2019 etwa 15.000 Patientendaten mit mehreren Millionen medizinischen Bildern öffentlich ohne Passwortschutz zugänglich. Die Informationen lagen auf sogenannten PACS-Servern (Picture Archiving and Communication Systems), die im Gesundheitswesen zur Bildarchivierung genutzt werden. Das BSI hat sowohl die betroffenen medizinischen Einrichtungen in Deutschland als auch 46 internationale Partner informiert.

Nach Ansicht von Bundesinnenminister Seehofer zeigt der Bericht zur Lage der IT-Sicherheit eine nach wie vor angespannte Gefährdungslage. „Wenn wir die Chancen der Digitalisierung voll ausschöpfen wollen, müssen wir die mit ihr verbundenen Risiken beherrschbar machen. Wir müssen uns als Gesellschaft bewusst sein, welche Gefahren für Gesellschaft, Wirtschaft und auch Staat im digitalen Raum bestehen, wie wir uns vor diesen schützen können und welche Angebote der Staat dafür zur Unterstützung anbietet.“

Um dauerhaft ein hohes Schutzniveau im Cyberraum gewährleisten zu können, ist es aus Sicht des Bundesinnenministeriums erforderlich, u.a. das IT-Sicherheitsrecht an die rasanten technischen Entwicklungen anzupassen. Die Fähigkeiten des BSI werden weiter ausgebaut und seine Rolle als Cybersicherheitsbehörde des Bundes gestärkt. Hierfür soll noch in dieser Legislaturperiode das IT-Sicherheitsgesetz 2.0 auf den Weg gebracht werden.

In diesem Zusammenhang stehen auch die Überlegungen zu einem IT-Sicherheitskennzeichen für Produkte insbesondere aus dem Verbrauchersegment. Zudem wird in den nächsten Monaten die Cybersicherheitsstrategie der Bundesregierung fortgeschrieben. Die aus dem Jahr 2016 stammende Strategie führt viele wichtige Ziele der nationalen und internationalen Cyberpolitik auf. Diese Ziele und die damit verbundenen Maßnahmen sollen nun überprüft und zukunftsgerichtet neu formuliert werden.

Sicherheit ist keine Einmülllösung

Nach Auffassung von Susanne Dehmel, Mitglied der Bitkom-Geschäftsleitung, gilt für die Arbeit von Zuhause, die richtige Balance zu finden zwischen dem benutzerfreundlichen Zugriff auf Unternehmensdaten und dem Schutz der eigenen IT – etwa durch Zwei-Faktor-Authentifizierung. Neben technischen Lösungen gehöre zu einem robusten IT-Sicherheitsmanagement aber auch, die eigenen Mitarbeiter zu schulen, Prozesse für den Notfall aufzusetzen sowie das Sicherheitskonzept regelmäßig zu überprüfen. Sicherheit sei keine Einmülllösung, sondern ein kontinuierlicher Prozess.

Viele kleinere Unternehmen hätten aber immer noch Nachholbedarf beim Thema IT-Sicherheit. Zu wenige hielten für möglich, Opfer eines Hackerangriffs werden zu können. Dabei können die Folgen gravierend sein: Im schlimmsten Fall sei die Existenz des Unternehmens gefährdet. Absolute Sicherheit werde es nie geben können. Aber wer die Mittel für eine ausreichende IT-Sicherheit im Unternehmen nicht bereitstellt, handle fahrlässig.

Laut einer Bitkom-Umfrage haben Cyberangriffe in den Jahren 2018 und 2019 bei 70 Prozent der Unternehmen in Deutschland zu Schäden geführt. Im vergangenen Jahr gingen 82 Prozent der Unternehmen davon aus, dass die Zahl der Cyberangriffe auf ihr Unternehmen weiter zunehmen wird. **DK**

Ganz Bayern in einer Stunde

TV BAYERN
LIVE

samstags 17:45 Uhr auf RTL
& sonntags auf allen 14 bayerischen Regional-TV-Sendern

www.tvbayernlive.de



Empfangbar im Kabel, über Magenta TV & via Satellit auf RTL Bayern

Studie des Deutschen Instituts für Urbanistik:

Open Data in Kommunen

Immer mehr Kommunen in Deutschland stellen ihre Daten offen zur Verfügung. Welche Chancen und Herausforderungen Kommunen darin sehen, hat das Deutsche Institut für Urbanistik mit Unterstützung des Deutschen Städtetags untersucht. Über 200 Kommunen mit mehr als 10.000 Einwohnern beteiligten sich an der Befragung.

Zentrales Ergebnis: Über 90 Prozent der vom Difu befragten kommunalen Daten-Experten befürworten die politischen Bestrebungen, offene Daten verstärkt zur Verfügung zu stellen – sehen sich aber großen Hürden gegenüber. Mangelnde personelle Ressourcen und ein fehlender gesetzlicher Auftrag zählen zu den zwei wesentlichen Gründen, warum häufig noch keine offenen Daten bereitgestellt werden. Aber auch die Angst vor Datenmissbrauch und datenschutzrechtliche Bedenken bremsen die Kommunen bei der Bereitstellung offener Daten aus.

Die bisher vergleichsweise wenig standardisierten Prozesse sowie der generell geringe Grad der Digitalisierung der Verwaltungsvorgänge in den Kommunen erschweren die Bereitstellung. Dabei sieht rund die Hälfte der Daten-Experten gerade in der aktuellen Corona-Pandemie einen Mehrwert, wenn offene Daten bereitgestellt werden können, zum Beispiel wenn es um Gefährdungslagen vor Ort geht. Ein weiterer Vorteil offener Daten hat mit der Information der Bürger und einem vereinfachten Austausch zwischen den unterschiedlichen Ämtern zu tun. Kaum einen Vorteil sehen die Fachleute dagegen in der Entwicklung innovativer Geschäftsfelder für private Dritte.

Professionelles Datenmanagement ist unerlässlich

Rund ein Drittel der befragten Kommunen stellt bereits offene Daten bereit. Von denen, die dies bislang nicht tun, hat ein Viertel bereits Maßnahmen ergriffen, um künftig offene Daten zu veröffentlichen. Ein professionelles Datenmanagement ist hierfür eine unerlässliche Grundlage und ermöglicht oftmals erst die datenbasierte Steuerung kommunaler Maßnahmen und Projekte.

Mehr als die Hälfte der Städte und Gemeinden hat bereits Prozesse, Strukturen und Verantwortlichkeiten für das Datenmanagement etabliert. Doch während dies bei über 90 Prozent der Großstädte (über 100.000 Einwohner) der Fall ist, trifft dies

nur auf weniger als die Hälfte der kleineren Kommunen (bis 20.000 Einwohner) zu. Nur jede sechste Kommune besitzt eine direkte Kontaktperson für das Thema Open Data – kleine Kommunen sind auch hier seltener vertreten.

Für knapp drei Viertel der befragten Kommunen ist für das Gelingen von Open Data der Zugriff auf eine gute technische Infrastruktur wichtig. Auch klare gesetzliche und regulative Vorgaben auf Bundes- oder Landesebene, wie beispielsweise Transparenzgesetze, sowie eine einschlägige Beschlussfassung, um auf kommunaler Ebene offene Daten bereitzustellen, sind wichtige Voraussetzungen für die Datenbereitstellung.

Viele kommunale Daten-Experten wollen offene Daten bereitstellen, in der jeweiligen Kommune sind entsprechende Diskussionsprozesse aber noch nicht so weit gediehen. Praktische Handreichungen und ein überregionales Datenportal würden die Bereitstellung offener Daten erleichtern, insbesondere für kleinere Städte und Gemeinden, die keine eigene technische Infrastruktur aufbauen und warten können.

Handlungsempfehlungen

Insgesamt lassen sich aus der Studie vier Handlungsempfehlungen für eine stärkere Bereitstellung von offenen Daten in Kommunen und mögliche Wertschöpfungseffekte ableiten: **Empfehlung 1: Klare Rechtsgrundlage für die Bereitstellung offener Daten schaffen.**

Mit Blick auf die Umsetzung der PSI-Richtlinie in nationales Recht ist eine möglichst zeitnahe und präzise Ausgestaltung der nationalen Rechts- und Verwaltungsstandards für die Bereitstellung und Nutzung offener Daten nicht nur in den Kommunen wünschenswert. Bestehende Rechtsunsicherheiten sollten abgebaut werden. Gefragt sind übergeordnete Regelungen und klare Vorgaben. Damit innovative Lösungen mit den offenen Daten von Kommunen und kommunalen Unternehmen entwickelt werden können, sollten den potenziellen Nutzern Möglichkeiten eingeräumt werden, diese Daten

von den Datenbereitstellern verbindlich einfordern zu können. Gleichzeitig muss die Datensouveränität der Kommunen sichergestellt werden. Insofern sind die Bundesländer gefordert, proaktiv einen geeigneten Rechtsrahmen für ihre Kommunen auszugestalten. **Empfehlung 2: Insbesondere**

„Landleben unlimited“:

Wie Künstliche Intelligenz das Leben in der EMN bereichert

Platz für Vereinfacher: Neues Motiv der Imagekampagne kommt aus dem Landkreis Neustadt an der Waldnaab

Nicolas Götz redet nicht lange, er packt an: Der Unternehmer aus Parkstein im Landkreis Neustadt an der Waldnaab hat mit „Nix-wie-weg.de“ eines der ersten deutschen Online-Reisebüros gegründet. Heute erleichtert der 46-Jährige mit seinem Startup-Unternehmen Adigi die Urlaubsberatung mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz (KI). Der engagierte Unternehmer ist ein Vereinfacher und neuer Botschafter der Imagekampagne „Platz für...“. Bei einem Pop-up Netzwerktreffen mit KI-Akteuren stellten die Europäische Metropolregion Nürnberg und der Landkreis Neustadt an der Waldnaab das neue Motiv „Platz für Vereinfacher“ vor.

„Ich hatte gehört, dass man mit diesem neuen Internet tolle Sachen machen kann – zum Beispiel eine Reise buchen“, erinnert sich Nicolas Götz an den Gründungsimpuls für sein Reisebüro im Jahr 1996. „Ich war Student und wollte das ausprobieren.“ Die neue, einfache Methode, eine Reise zu buchen, hat funktioniert: Heute hat das Unternehmen neben dem Standort in Parkstein einen zusätzlichen in Weiden. Nicolas Götz beschäftigt etwa 40 Mitarbeiter und bildet selbst Fachkräfte aus. Über sein 2018 gegründetes Start-up Adigi tüftelt er zusätzlich an innovativen KI-Lösungen in der Urlaubsberatung.

Landleben neu interpretiert

Der Gründer mit den innovativen Ideen passt perfekt nach „NEW“, wie sich der Landkreis Neustadt an der Waldnaab abkürzt. Hier denkt und interpretiert man „Landleben“ neu. Der Landkreis unternimmt alles, um seinen Bewohnern ein uneingeschränktes Leben – ein „Landleben unlimited“ – zu ermöglichen. Das zählt sich aus: Der Landkreis gehört gemäß einer aktuellen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft – gemessen an Wirtschaftsstruktur, Arbeitsmarkt- und Lebensqualität – zu den dynamischsten ländlichen Regionen in Deutschland.

NEW unter den Top 10

In einem entsprechenden Ranking gehört NEW bundesweit zu den Top 10. „Der Landkreis Neustadt an der Waldnaab ist gerne Mitglied der Metropolregion Nürnberg. Deshalb beteiligen wir uns an der „Platz für...“-Kampagne. Unser Protagonist Nicolas Götz steht mit seinem KI-Unternehmen stellvertretend für viele helle Köpfe und innovative Geschäftsmodelle in NEW“, sagt Andreas Meier, Landrat des Landkreises Neustadt an der Waldnaab. Nicolas Götz hat sich ganz bewusst für den Standort Parkstein entschieden: „Es gibt keinen besseren Ort für ein Unternehmen, das sich mit Künstlicher Intelligenz beschäftigt“, betont Nicolas Götz.

Gegenentwurf zur Großstadt

Sein Geschäft profitiert von einer sehr guten Infrastruktur und den Vorteilen des Landlebens. „Die Region hier ist ein erfolgreicher Gegenentwurf zur Großstadt. Kein Stau, wenig Hektik, dafür viel Ruhe und Zeit“, schwärmt Götz. „Solche heterogenen Strukturen, wie es sie im Landkreis Neu-

finanzschwache und kleinere Kommunen bei der Umsetzung von Open Data unterstützen.

Es ist wichtig, sicherzustellen, dass alle Kommunen, auch unter angespannter Haushaltslage, über finanzielle und personelle Ressourcen verfügen, den digitalen Wandel in der Verwaltung voranzutreiben. Die Folgen der Corona-Pandemie bergen die Gefahr, dass die Kommunen nun ihre Investitionen weiter zurückfahren, denn auch bei der Digitalisierung der Ver-

waltung handelt es sich um eine freiwillige Aufgabe, die – im Gegensatz zu Pflichtaufgaben, wie Sozialleistungen – aufgeschoben werden kann. Dadurch wird sich der Investitionsstau weiter vergrößern. Auch Zukunftsinvestitionen, mit denen Anstöße für die Transformation der Städte gerade in einer solchen Krisensituation angesprochen werden müssten, werden vertagt.

Empfehlung 3: Open Data bedingt eine moderne, professionelle Organisationskultur.

Für eine erfolgreiche Umsetzung von Open Data in den Kommunen muss das Thema in den Verwaltungen mit dem notwendigen Engagement aufgenommen und von den Stadt- und Verwaltungsspitzen unterstützt werden. Um die Wertschöpfung aus offenen Daten zu fördern, reicht zudem eine alleinige Orientierung am bereits verfügbaren Datenangebot nicht aus. Vielmehr sollten Datenveröffentlichungen gezielt aus Nachfragersicht ergänzt werden.

Die Standardisierung von Prozessen bei der Speicherung offener Daten in der kommunalen Verwaltung ist ein wichtiger Meilenstein für die organisationale Verankerung von Open Data und stellt gleichzeitig eine der größten Herausforderungen bei der Umsetzung von offenen Daten dar.

Empfehlung 4: Den Mehrwert offener Daten für Kommunen stärker kommunizieren.

Anknüpfungspunkte für die Kommunikation bieten hier kommunale Leistungen, die von der Digitalisierung und Open Data im Rahmen einer „digitalen Daseinsvorsorge“ profitieren. **DK**

beim Pop-up-Treffen bei BHS Cologated in Weiherhammer in lockerer Atmosphäre aus und gaben Einblicke in ihre Projekte mit Künstlicher Intelligenz. Die Veranstaltung wurde live übertragen und ist auch nachträglich auf der Facebookseite www.facebook.com/newperspektiven abrufbar.

Kampagnenvideo

„Platz für Vereinfacher“ ist das 24. Cobranding-Motiv, mit dem Unternehmen, Kommunen und Institutionen ihre Geschichte mit der Metropolregion Nürnberg erzählen. Sie unterstreichen, dass die Region ein guter Platz zum Leben und Arbeiten ist und Platz für die Verwirklichung unterschiedlicher Lebensentwürfe bietet. Die Story über Nicolas Götz und sein KI-Unternehmen wird auf den Web-

sites des Landkreises NEW und der Metropolregion veröffentlicht und auf den dazugehörigen Social Media-Kanälen promotet. Das Kampagnenvideo „Platz für Vereinfacher“ ist auf den Youtube-Kanälen von NEW und der Metropolregion Nürnberg zu sehen. Seit ihrem Start hat die „Platz für...“-Kampagne eine Reichweite von über 96 Mio. erzielt.

Die komplette Story von „Platz für Vereinfacher“ ist nachzulesen unter: www.platzfuer.de/vereinfacher **□**

Datenschutz für bayerische Gemeinderatsmitglieder

Bayernweit haben die neu gewählten Stadträte, Marktgemeinderäte und Gemeinderäte im Frühjahr ihre Arbeit aufgenommen. Nicht wenige Mitglieder der Gremien konnten erstmals ein kommunales Mandat übernehmen. Für eine erfolgreiche Arbeit braucht es Wissen über den rechtlichen Rahmen – auch im Datenschutzrecht. Deshalb hat der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz, Prof. Dr. Thomas Petri, die Informationsbroschüre „Datenschutz für bayerische Gemeinderatsmitglieder“ neu veröffentlicht.

Das kleine Buch erläutert wichtige datenschutzrechtliche Vorgaben für die Gemeinderatsarbeit beispielhaft anhand von 25 typischen Situationen aus der Praxis. Die Handlungsempfehlungen sind auch für Nichtjuristinnen und Nichtjuristen verständlich.

Zur Sprache kommt etwa die Verschwiegenheitspflicht der Mandatsträger, die auch dem Schutz personenbezogener Daten dient. Die Nutzung von Smartphones bei der Gemeinderatsarbeit ist ebenso Thema wie der Einsatz von Ratsinformationssystemen. Weiterhin geht es beispielsweise um den Datenschutz bei Personalentscheidungen oder den Zugang zu Adressdaten von Bürgerinnen und Bürgern.

Die Informationsbroschüre kann kostenfrei in gedruckter Form bei der Geschäftsstelle des Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz bezogen werden. Zudem steht die Publikation unter <https://www.datenschutz-bayern.de> als PDF-Datei kostenfrei zum Download bereit. **DK**



WIR FÖRDERN OBEN UND UNTEN

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Als Förderbank für Bayern finanzieren wir klassische kommunale Projekte genauso wie Investitionen in höhere Energieeffizienz. Gerne beraten wir Sie kostenfrei über unsere Förderangebote. Tel. 089 / 21 24 - 10 00

www.lfa.de

Beratung.
Finanzierung.
Erfolg.



Bayern – gebaut aus heimischen Bau- und Rohstoffen

Mitgliederversammlung des Bayerischen Industrieverbandes Baustoffe, Steine und Erden e.V. (BIV) feiert 75-jähriges Bestehen

Seit Gründung im Jahr 1945 hat der BIV das Baugeschehen im Freistaat maßgeblich begleitet und beeinflusst. Mit dieser Botschaft empfing der Verband am 16. Oktober 2020 in Rottach-Egern neben den anwesenden Mitgliedern die Bayerische Bauministerin Kerstin Schreyer zur Jubiläums-Mitgliederversammlung. Natürlich unter strengen Corona-Auflagen.

Das Fundament unserer modernen Gesellschaft

BIV-Präsident Georg Fetzter zur aktuellen Situation: „Die Bau- und Rohstoffbetriebe in Bayern haben auch im Corona-Jahr 2020 die Bauindustrie mit den benötigten Grundstoffen versorgt. Hier kommt der große Vorteil der regionalen Gewinnung und Produktion zum Tragen. Kurze Transportwege und eine von Importen unabhängige Versorgung stellen immer noch die schnelle und ausreichende Belieferung der Baustellen sicher. Wir haben daher die Entscheidung des Bayeri-

schen Bauministeriums, die Baustellen weiter zu betreiben, begrüßt.“ Der Bau hat sich in Krisenzeiten zum Wirtschaftsmotor entwickelt.

Baustellen offen halten

Bauministerin Kerstin Schreyer dankte der Branche für ihr Durchhaltevermögen: „Sie haben in den letzten Monaten die Bauwirtschaft am Laufen gehalten. Das war wichtig. Wir werden auch weiterhin dafür arbeiten, die Baustellen offen zu halten und ein verlässlicher Auftraggeber zu sein. Ich freue

mich, wenn wir an unserem guten Austausch weiterhin festhalten.“

Lebensräume für bedrohte Tier- und Pflanzenarten

Schon seit jeher haben regionale Bauprodukte Bayern geprägt und ganze Regionen vom Rohstoffreichtum Bayerns profitiert. In einer in Jahrhunderten gewachsenen Kulturlandschaft sind Gewinnungsstätten längst keine bloßen Einschnitte in die Landschaft. Heute schafft die Industrie durch die natürlichen Gegebenheiten vor der Haustüre Lebensräume für bedrohte Tier- und Pflanzenarten – Lebensräume, wie sie heute in Bayern kaum mehr zu finden sind. „Wir sind eine der wenigen Branchen, die sichtbar und umfänglich mehr zurückgibt als sie nutzt. Die

Flächen werden im Vergleich zur Ausgangssituation in vielen Fällen sogar aufgewertet“, betont Präsident Fetzter.

Die Herausforderungen der Zukunft liegen vor allem in der nachhaltigen Produktion und dem nachhaltigen Einsatz. Dafür arbeiten die Mitgliedsfirmen des BIV an energieeffizienten, kreislauforientierten und klimaneutralen Massivbaustoffen. Diese sind schon jetzt im Vergleich zu Konkurrenzbaustoffen in Sachen Nachhaltigkeit gleichwertig – Stichwort Lebenszyklus – in einigen Bereichen sogar besser – Brandschutz, Dämmung, Wiederverwertung.

Plädoyer für ein lokales Miteinander

Bauen und die Annehmlichkeiten einer funktionierenden Infrastruktur ja, die Grube oder den Steinbruch vor der Haustüre aber nicht? Wer Nachhaltigkeit ernst nimmt, kommt an einer regionalen Rohstoffversorgung nicht vorbei. Diese große Stärke Bayerns in den vergangenen Jahrhunderten muss die Stärke des künftigen Bauens bleiben. □



V.l.: Dr. Bernhard Kling (Geschäftsführer BIV), Kerstin Schreyer (Bayerische Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr), Georg Fetzter (Präsident BIV).
Bild: BIV/Armin Weigel

Schwere Zeiten für die Förderung von Wohnraum?

An der Spitze des bayerischen Bauministeriums hat es in den vergangenen Jahren mehrere Wechsel gegeben, bei der Wohnraumförderung hat sich aber leider nur wenig getan. Letztmals im Jahr 2015 konnte der damalige Bauminister Joachim Herrmann mit dem Wohnungspakt ein deutliches Signal für den geförderten Wohnungsbau aussenden: Der Wohnungspakt setzte eine klare Struktur, gab ein definiertes Ziel vor und formulierte eine verbindliche politische Absichtserklärung zum Mitteleinsatz über vier Jahre hinweg.

Im Jahr 2015 sind auch erstmals Zuschüsse in der staatlichen einkommensorientierten Förderung und im kommunalen Wohnraumförderungsprogramm gewährt worden. Fünf Jahre später ist der Wohnungspakt ausgelaufen. Das kommunale Förderprogramm wurde zwar verlängert, aber eine Anpassung der Wohnraumförderung auf aktuelle Herausforderungen ist nicht erfolgt. Vielmehr noch: Staatsministerin Kerstin Schreyer stellte sogar in einem Interview die Zuständigkeit des Freistaates Bayern in Frage. Rückläufige Mittel von Bund und BayernLabo sollen nicht mehr durch neue Mittel des Freistaates abgedeckt werden.

In einem Hörfunk-Interview mit dem Bayerischen Rundfunk hat Staatsministerin Kerstin Schreyer mehrfach betont, dass allein die Kommunen für den Wohnungsbau zuständig seien. Die bislang überschaubare Zahl an neu entstandenen Wohnungen durch die Bayernehmung sei ein freiwilliger Beitrag des Freistaats dort, wo die Stadt es nicht geschafft habe, ge-

nügend Wohnungen zu errichten. Die Zuweisung von Zuständigkeiten an die Kommunen überrascht, steht doch eindeutig formuliert in der Bayerischen Verfassung: „Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden“.

Hellhörig machte schließlich die Aussage der Ministerin, wonach soziale Wohnungen nicht entscheidend seien, sondern kostengünstiges Bauen im Vordergrund stehe. Mit solchen Aussagen entfernt sich die Ministerin deutlich von dem bisher gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft und den Kommunen beschrittenen Weg, mit Hilfe des geförderten Wohnungsbaus besonders einkommensschwachen und weniger begüterten Menschen auch in Wachstumsregionen Wohnraum zu sichern.

Obwohl es nicht vorrangige Aufgabe der Städte und Gemeinden ist, bezahlbare Wohnungen selbst zu bauen, vielmehr „nur“ zu fördern, investieren die Städte und Gemeinden und deren kommunale Wohnungsunternehmen viel Geld.

Zeichen setzen

Sie engagieren sich mit hohem finanziellen Aufwand, um selber dort geförderte Wohnungen zu bauen, wo private Wohnungsunternehmen sich zurück ziehen, weil sie auf Grund besserer Renditechancen lieber in den freien Wohnungsbau investieren. Gerade jetzt, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Haushaltsverhandlungen im Bayerischen Landtag, wäre es wichtig, ein klares Zeichen für mehr geförderten Wohnungsbau zu setzen. Der Vorstand des Bayerischen Städtetags hat aktuell zur Wohnraumförderung einen Beschluss gefasst. Der Vorstand fordert den Freistaat auf, die Mitteleinsatzplanung für die Wohnraumförderung auf einem planbaren und hohen Niveau zu halten.

Als Vorbild dafür könnte der Wohnungspakt 2015 dienen, der die Ziele des Freistaats über einen Zeitraum von vier Jahren definierte. Die Erfahrungen mit dem Wohnungspakt und das Resultat dürfen rückblickend als Erfolg bezeichnet werden. Die Wohnungswirtschaft braucht eine klare und über mehrere Jahre verlässliche Strukturierung der Wohnraumförderung durch den Freistaat mit klaren Zieldefinitionen. Darüber hinaus erfordern weiterhin steigende Baukosten und Grundstückspreise eine Anhebung der Zuschüsse beispielsweise in der am Einkommen orientierten Förderung von bislang bis zu 300 Euro pro Quadratmeter auf mindestens 500 Euro pro Quadratmeter. IdBSt

Historische Bausubstanz erhalten

Verleihung des Förderpreises der Kulturstiftung des Bezirks Unterfranken

Den in diesem Jahr mit insgesamt 175.000 Euro dotierten „Förderpreis der Kulturstiftung des Bezirks Unterfranken zur Erhaltung historischer Bausubstanz“ hat Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel in Schweinfurt an die Eigentümer der in diesem Jahr sieben ausgezeichneten Gebäude überreicht.

Zu den Preisträgern zählen die Gemeinde Bergheinfeld für die Generalsanierung der „ehemaligen Vogtei“ des Juliusspitals (Landkreis Schweinfurt), die Aschaffener Versorgungs-GmbH (AVG) für das Digitale Gründerzentrum „Alte Schlosserei“ und die Stadt Schweinfurt für die Sanierung des „Zeughaus“.

Aufwändige Restaurierung

An prominenter Stelle in Bergheinfeld steht die ehemalige Vogtei des Juliusspitals, in dem sich heute das Rathaus befindet. Dotzel lobte die Gemeinde Bergheinfeld für die aufwändige Restaurierung des Gebäudes. „Mit dieser Generalsanierung hat die Gemeinde Bergheinfeld ein wichtiges Zeichen für die Zukunft des Ortskerns und für eine erfolgreiche Innenentwicklung gesetzt.“

Auch das Digitale Gründerzentrum „Alte Schlosserei“ in Aschaffenburg sei heute ein echter Hingucker. Dotzel sprach von „einer genialen Mutation, die das einstige Apparatehaus

des Aschaffener Gaswerks erlebt hat“. Dem ehemaligen Gas- und Kohlewerk bescheinigte er eine „zukunftsweisende Nutzung“. Denn nachdem das Gebäude jahrzehntelang als Schlosserei und Ausbildungswerkstatt der Aschaffener Stadtwerke gedient habe, wurde es nun zum Digitalen Gründerzentrum ausgebaut. „Durch die Aufarbeitung vorhandener historischer Einbauten wurden inspirierende Arbeits- und Begegnungsräume geschaffen“, unterstrich der Bezirkstagspräsident.

Identifikationspunkt

Auf eine lange Geschichte blickt auch das Zeughaus in Schweinfurt zurück. „Das Anwesen mitsamt dem umgebenden Platz prägen das Stadtbild und bilden einen Identifikationspunkt der nördlichen Altstadt“, stellte Dotzel fest. Umso schöner sei es, dass dieses Gebäude jetzt als offener Begegnungsort für Kinder, Jugendliche und Familien aus dem ganzen Stadtgebiet diene. DK



Ging pünktlich zu Beginn des neuen Schuljahres in Betrieb: Die neugebaute Dreifach-Turnhalle der Maisacher Orlando-di-Lasso-Realschule. Sie verfügt über Induktionsschleifen für Hörgeschädigte und eine in der Wand versenkbare Teleskoptribüne. Bild: LRA Fürstentfeldbruck

Neue Dreifach-Sporthalle in Maisach

Die neu errichtete Dreifach-Sporthalle an der Orlando-di-Lasso-Realschule Maisach ist pünktlich zum Schuljahresbeginn in Betrieb gegangen. Als Pilotprojekt ist die Halle auf die besonderen Bedürfnisse hörgeschädigter Schülerinnen und Schüler eingerichtet. Die alte, sanierungsbedürftige Halle wird abgebrochen. An deren Stelle entsteht ein neuer, deutlich größerer Pausenhof.

„Ich freue mich, dass die Abwicklung des Projekts so gut geklappt hat und die Turnhalle planmäßig fertiggestellt werden konnte“, betonte Landrat Thomas Karmasin anlässlich der Inbetriebnahme. Der Spatenstich fand im März 2019 statt. In der Bauzeit bis September 2020 entstand eine zeitgemäße und moderne Sporthalle, die auch als Versammlungsstätte genutzt werden kann. Zum Schuljahresbeginn 2020/2021 konnte die lang ersehnte neue Sporthalle nun

an die Schulfamilie der Realschule und an die Gemeinde Maisach für den Breitensport und die Vereinsnutzung übergeben werden.

„Mit der Inbetriebnahme der neuen Turnhalle kann die Gemeinde Maisach im guten Miteinander mit dem Landkreis ihren Vereinen wieder zuverlässig nutzbare Räumlichkeiten für Sportangebote und Veranstaltungen bieten“, erklärte Maisachs Bürgermeister Hans Seidl. Das Projekt sei eine Bereicherung sowohl für die Schule als auch die Gemeinde.

Sinnvolle Kooperation

Der Neubau wurde seit geraumer Zeit freudig von den Nutzern erwartet, da die alte Dreifach-Turnhalle aus den 1970er Jahren aufgrund ihres maroden Dachtragwerks seit Jahren sanierungsbedürftig war, wodurch es in den Wintermonaten immer wieder zu Hallensperrungen kam. Beim jetzigen Neubau gab es wie bereits Mitte der 1970er Jahre erneut eine Kooperation zwischen dem Landkreis und der Gemeinde Maisach. So beteiligte sich die Gemeinde anteilig an den Errichtungskosten für die Versammlungsstätte. Des Weiteren ist das neue Beachvolleyballfeld auf dem Freibadgelände Maisach errichtet worden und die neuen Lehrerparkplätze konnten auf einer Grundstücksfläche der Mittelschule entlang der Schulstraße entstehen. Durch die Verlagerung des Standorts der Lehrerparkplätze und des Beachvolleyballfeldes kann der künftige Pausen-

Wussten Sie schon?

Wir bauen auch Ihren Kindergarten



✓ Zeitnahe und wirtschaftliche Umsetzung Ihrer Projekte und Ideen

✓ Umfangreiche Entlastung der Verwaltung und Spielräume in Ihrem Haushalt

✓ Wir sind Ihr „Baum auf Zeit“ bei allen kommunalen Hoch- und Tiefbauprojekten

✓ Wir arbeiten für Sie selbstverständlich nach den Vergabe- und Fördermittelrichtlinien



www.bayerngrund.de

Bayer Grund

Aus Teistung Buntsandstein:

Der Tondachziegel für Generationen

Natürlich, nachhaltig, für ewig: ERLUS Tondachziegel, aus dem 250 Millionen Jahre alten Teistung Buntsandstein, sind ein natürliches Bauprodukt für Generationen.

Im Jahr 2001 hat ERLUS das ehemalige Ziegelwerk Bernhard mit dem Rohstoffvorkommen im thüringischen Teistungen gekauft und die Produktionsstätte 2009 für die Dachziegelproduktion umgebaut. Rund 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten dort und setzen die traditionelle Ziegelproduktion der Region fort.

ERLUS setzt keramische Tradition am Standort Teistungen fort

Unter dem Motto „Für ewig dein!“ (www.fuer-ewig-dein.de) präsentiert ERLUS seinen Standort Teistungen in Thüringen und die Dachziegel, die dort aus dem 250 Millionen Jahre alten Mittleren Buntsandstein gefertigt werden. Durch das aufwändige Aufbereitungs- und Fertigungsverfahren entstehen aus dem lokalen Rohstoff Dachziegel von besonderer Qualität und feiner, keramischer Oberfläche. Diese Tondachziegel überdauern Generationen. Wer sein Steildach damit eindeckt, entscheidet sich bewusst nachhaltig: für ein natürliches, langlebiges, ressourcenschonendes und vor allem wartungsfreies Dach.

Für ewig dein! ERLUS greift damit das globale Thema Nach-

haltigkeit auf. Die aktuelle Lebenszyklusanalyse Steildach der Technischen Universität Wien zeigt, ökologisch und ökonomisch schneidet das Steildach mit Dachziegeln sehr gut ab. Betrachtet man etwa einen Lebenszyklus von 50 Jahren ist das Steildach gegenüber dem Flachdach 70 Prozent kostengünstiger und spart rund 13 Prozent CO₂ ein. Darüber hinaus ist das Steildach mit Dachziegeln praktisch wartungsfrei und einfach zu verarbeiten. Nach seiner Nutzung kann der Dachziegel zu 100 Prozent recycelt und im Wege- und Sportplatzbau oder als Pflanzensubstrat wieder verwendet werden.

Ökologischer Produktionskreislauf

Wie nachhaltig ist mein Gebäude? Diese Frage gewinnt für viele Bauherren immer mehr an Bedeutung. ERLUS hat sich vom Institut für Bauen und Umwelt e.V. (IBU) zertifizieren lassen und die Umweltproduktdeklaration (EPD) erhalten. Sie bildet die Datengrundlage für die ökologische Bewertung der ERLUS Tondachziegel und beschreibt den gesamten Produktionsprozess vom Abbau bis zur Nachnutzung.

Die ERLUS Managementsysteme



Das natürliche Bauprodukt für Generationen: Der Karat® XXL wird aus Teistung Buntsandstein hergestellt. Bild: ERLUS

me für Energie und Umwelt sorgen dafür, den Energiebedarf so gering wie möglich zu halten und den spezifischen Energiebedarf fortwährend zu verbessern. Alle Abläufe werden kontinuierlich im Hinblick auf ihre Umweltverträglichkeit überprüft: vom Rohstoffeinsatz bis hin zur Verpackung.

Umweltverträglichkeit

ERLUS Dachziegel werden auf Holzpaletten gesetzt und sehr kompakt in Folie verschweißt. So ist die keramische Ware bestmöglich geschützt, kann kaum scheuern oder verrutschen. Das erleichtert das Handling auf der Baustelle, verhindert teure Transportschäden und damit verbundene, aufwändige Nachlieferprozesse. Die Palettenfolien sind chlor- und schwefelfrei aus reinen Kohlenstoffverbindungen und zu 100 Prozent recyclingfähig.

Respekt vor der Natur

Der Teistung Buntsandstein wird direkt am Produktionsstandort abgebaut, das Ökosystem bleibt erhalten. Denn nach dem Abbau werden die Areale nach den Vorgaben des Naturschutzes mit heimischen Laubgehölzen aufgeforstet und in Biotope umgewandelt. Bedrohte Tierarten finden dort Schutz und ideale Lebensbedingungen.

Der Rohstoff wird mit einer Schürfkübelraupe schichtweise vom Hügel abgetragen und zwischengelagert. In einer Pendelmühle wird er dann zu pudrigem Tonpulver vermahlen und mit Wasser vermengt. Für eine homogene, keramische Masse wird das Material im Sumpfhäus durchfeuchtet und rund 70 Tage eingelagert. Dann besitzt es die beste Plastizität für den nachfolgenden Form-, Trocken- und Brennprozess.

Vier Modelle, vielfache Möglichkeiten

Aus dem Teistung Buntsandstein entstehen vier von insgesamt 25 ERLUS Modellen: Der E 58 SL-D, der E 58 PLUS®, der Hohlhalb SL und der Karat® XXL.

Der E 58 SL-D ist das universelle Modell mit durchgefärbter Masse. In Graphitgrau engobiert sieht der Ziegel nicht nur edel aus, der durchgefärbte Scherben ist auch sehr praktisch. Bei Schneidarbeiten sind die Schnittkanten dunkel und kaum sichtbar.

Erster Flachdachziegel Europas

Der E 58 PLUS® ist das größte Modell unter den 25 ERLUS Dachziegeln und ideal für große Dachflächen. Der Quadratmeter Dach ist blitzschnell verlegt und extrem robust. Als erster Flachdachziegel Europas wurde er mit der Hagelwiderstandsklasse (HW) 5 ausgezeichnet und hält 50 mm großen Hagelkörner stand.

Der Hohlhalb SL hat die regional-typische sanfte Wellenform mit der für den Teistung Buntsandstein charakteristischen Oberfläche. Der Klassiker ist ideal für die traditionelle Dacheindeckung und in den vier Farben Naturrot, Rot, Schwarz Matt und Saphirschwarz erhältlich.

Der Karat® XXL ist der moderne Designziegel und perfekt für ein zeitlos schönes Dach. Die klaren Kanten und geraden Linien werden mit dem feinen Teistung Buntsandstein besonders gut ausgeformt. Das Modell ist mit dem „red dot award“ ausgezeichnet und in seiner Form am Markt einzigartig.

Die ERLUS Nachkaufgarantie

Das Dach wird nach ein paar Jahren durch einen Anbau erweitert? Kein Problem – ERLUS kann den baugleichen Dachziegel liefern. ERLUS garantiert den Nachkauf der Modelle Karat® XXL, E 58 SL-D und Hohlhalb SL aus dem ERLUS Werk Teistungen – über einen Zeitraum von 20 Jahren, gültig ab dem Tag der Auslieferung.

Die ERLUS AG gehört zu den führenden Herstellern von Dachkeramik und Schornsteinsystemen in Deutschland. Das mittelständische Unternehmen produziert an den Standorten Neufahrn und Ergoldsbach (Niederbayern) sowie in Teistungen (Thüringen). Die Tondachziegel von ERLUS zeichnen sich vor allem durch Premiumqualität und hochwertiges Design aus. Gleich mehrere Dachziegel erhielten u.a. den begehrten iF Design Award. Der photokatalytisch aktive Tondachziegel ERLUS Lotus air® wurde in der Kategorie Nachhaltigkeit von Baustoffmarkt und Baustoffwissen als Produkt des Jahres 2020 ausgezeichnet.

Gelebte Nachhaltigkeitsstrategie

Die vom Institut Bauen und Umwelt e.V. verliehene Umwelt-Produktdeklaration (EPD) für die Dachziegelherstellung bestätigt die bereits seit Jahren gelebte Nachhaltigkeitsstrategie des Unternehmens in Entwicklung und Produktion. Neben hochwertiger Dachkeramik und zukunftsorientierten Schornsteinsystemen bietet ERLUS mit Via Vento S zudem ein universelles Lüftungsnetzwerk für Einfamilienhäuser an, welches auch für Passivhäuser bestens geeignet ist. □

ALLES
GUTE
für Ihr Haus!

DACH
SCHORNSTEIN
LÜFTUNG

schützt
wärmt
atmet

ERLUS 

Qualität aus Deutschland

www.erlus.com



Reform der Bauordnung:

Weg frei für effektives Bauen

Der Bauausschuss hat der Novelle der Bayerischen Bauordnung zugestimmt. Beschleunigte Baugenehmigungen, vereinfachtes Abstandsflächenrecht und die Möglichkeit, den Baustoff Holz in allen Gebäudeklassen einzusetzen, soll Bauen künftig einfacher, effektiver und nachhaltiger machen. Der Opposition geht die Reform allerdings nicht weit genug. Sie kritisieren vor allem die Ausnahmeregelung für München, Nürnberg und Augsburg bei der Neuregelung des Abstandsflächenrechts.

Staatsregierung, Kommunen und die Bau- und Wohnungswirtschaft wollen in der Wohnungspolitik stärker an einem Strang ziehen – so lautete die Vereinbarung des Wohnungsgipfels im vergangenen Jahr. Dazu hat der Bauausschuss jetzt der Reform der Bayerischen Bauordnung zugestimmt, die Verfahren deutlich entschlackt und dadurch die Umsetzung sämtlicher Bauprojekte beschleunigen soll.

Genehmigungsfiktion: schneller Bauen

Einer der Hauptpunkte der Novelle ist die sogenannte Genehmigungsfiktion. Damit sollen Bauvorhaben im Bereich des Wohnungsbaus deutlich schneller genehmigt werden können. Für die meisten geplanten Wohngebäude soll künftig gelten: Wenn sich die Baugenehmigungsbehörde drei Monate nach dem Einreichen des Bauantrags nicht meldet oder

Staatsminister Füracker:

Neuer Glanz für Feldherrnhalle und Kloster Plankstetten

Die Münchner Feldherrnhalle soll für die Münchner und ihre Gäste aus aller Welt optimal erhalten werden. Daher ist geplant, das berühmte Denkmal erstmals seit 70 Jahren umfassend zu sanieren und in neuem Glanz erstrahlen zu lassen. „So bleibt das Gebäude auch in Zukunft ein markantes Monument zwischen Residenz, Theatinerkirche und Hofgarten sowie als Startpunkt der historischen Ludwigstraße“, hob Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Vorstellung der geplanten Maßnahmen in München hervor.

Direkt an der Feldherrnhalle informieren bereits neue Infotafeln über die umfangreichen Sanierungspläne und die Geschichte des Bauwerks. Aus Fürackers Sicht „ist dies auch für Ortskundige eine gute Gelegenheit, das vermeintlich vertraute Monument neu zu entdecken“.

Konkret soll die Gebäudehülle aus Naturstein und Putz wieder erstrahlen und das bemalte Gewölbe sowie die Rückwand erneut in vollen Farben leuchten; das Hallenpodium bekommt seinen historischen Belag zurück. Zudem werden die großen bronzenen Standbilder im Halleninneren und die markanten Steinlöwen, die die Zugangstreppe flankieren, restauriert und erhalten ihren ursprünglichen Glanz. Aber auch das Innenleben der Feldherrnhalle wird auf seine Statt hin überprüft, um ggf. erforderliche Maßnahmen zur Gebäudesicherung durchzuführen.

Die zahlreichen Einzelschritte der umfangreichen Maßnahmen an dem historisch einmaligen Bauwerk werden jetzt mit Fachleuten und Historikern geplant und dann dem Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags vorgelegt. Die eigentlichen Bauarbeiten werden nach Abschluss der Planungen und Freigabe durch den Bayerischen Landtag in etwa zwei Jahren beginnen und voraussichtlich bis 2025 dauern.

Leuchtturm der Nachhaltigkeit

Szenenwechsel. Als „Leuchtturm der Nachhaltigkeit“, der sich perfekt in das denkmalgeschützte Ensemble einfügt, bezeichnete Füracker beim Richtfest den Neubau St. Wunibald im Kloster Plankstetten. St. Wunibald sei jetzt das größte Holz-Stroh-Haus Süddeutschlands. Mit der Verwendung von Bio-

Stroh aus der klostereigenen Landwirtschaft und Bauholz aus dem eigenen Klosterforst sowie Lehm aus der Umgebung würden eigene Ressourcen vorbildlich genutzt und Transportwege minimiert.

Das fast 900 Jahre alte historische Benediktinerkloster sei „ein erhaltenswerter und traditionsreicher Bestandteil unserer Heimat Bayern, der zugleich Fortschritt und Nachhaltigkeit vorlebt. Der traditionelle Baustoff Stroh erfüllt zahlreiche Kriterien eines modernen und nachhaltigen Dämmstoffs und gewinnt heute wieder zunehmend an Bedeutung“, stellte der Minister fest.

Mehrere Bauabschnitte

Das neue Gebäude, das am Standort der ehemaligen Turnhalle errichtet wurde, erfüllt künftig mehrere wichtige Funktionen, nicht nur für das Kloster. Es wird neben Büroräumen der Pfarrei auch den Abt-Maurus-Kindergarten der Stadt Berching sowie 30 Einzelzimmer für Gäste des Klosters beherbergen. „Durch die Besinnung auf benediktinische Traditionen steht das Kloster Plankstetten heute nicht nur wirtschaftlich auf eigenen Füßen“, merkte Füracker an, „es lebt auch vor, in welchem Geiste Nachhaltigkeit steht.“

Die klösterlichen Betriebe wurden in den vergangenen Jahrzehnten konsequent auf ökologischen Landbau umgestellt und ein regionaler Wirtschaftskreislauf aufgebaut. Bildung steht mit dem Bildungshaus und der zum Teil öffentlichen Klosterbibliothek weiterhin im Mittelpunkt des Klosterlebens. Seit 1998 läuft eine Gesamtsanierung der Klosteranlagen in mehreren Bauabschnitten mit Kosten von fast 50 Millionen Euro mit Förderung von Freistaat, Bund und EU. DK

vorhaben werden derzeit im vereinfachten Verfahren behandelt.

Auch das Abstandsflächenrecht soll durch die Novelle vereinfacht werden. Die Abstandsflächen werden von 1 H auf 0,4 H gesenkt, also auf 40 Prozent der Wandhöhe reduziert, in Gewerbe- und Industriegebieten sogar noch weiter – was den Flächenverbrauch zurückfahren soll. Gemeinden können wie bisher auch größere Abstandsflächen in einer Satzung festlegen. Es bleibt dabei ein Mindestmaß von drei Metern. Dies soll allerdings nicht für Gemeinden ab 250.000 Einwohner gelten, München, Nürnberg und Augsburg bleiben also von der Regelung ausgeschlossen.

Kritik am Abstandsflächenrecht

Von den Oppositionsparteien wurde die Ausnahmeregelung stark kritisiert, denn gerade hier sei die Wohnungsnot besonders hoch und daher platzsparendes Bauen am dringendsten notwendig. „In Bayern leiden 162 Kommunen unter dem angespannten Wohnungsmarkt. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, was das Abstandsflächenrecht betrifft, wenn man die drei großen Städte von der Mindestmaßregelung herausnimmt. Eine Sonderregelung schafft ein eigenes Abstandsflächenrecht auf Basis einer willkürlich gewählten Einwohnerzahl und widerspricht zugleich dem Ziel des Gesetzentwurfes einer baurechtlichen Vereinfachung“, sagte Natascha Kohlen (SPD).

Einen „Konstruktionsfehler“ sieht auch Bauausschussvorsitzender Sebastian Körber (FDP) in der Regelung. Er möchte der Behörde erst vier Wochen Zeit geben, um alle Unterlagen auf Vollständigkeit zu prüfen. Danach sollen die drei Monate Genehmigungsfrist beginnen. „Alles andere ist nicht praxistauglich“, sagte Körber. Ursula Sowa (Bündnis 90/Die Grünen) warf den Regierungsparteien vor: „Mit der Reform der Bauordnung drehen Sie nur an kleinen Schrauben und ändern nicht das große Ganze!“

Dachausbau: Privilegien für Städte

So beschrieb Sowa die Privilegien für große Städte im Bereich des Dachausbaus als „unmöglich“. Eigentümer sollen ein Dachgeschoss bald ohne Genehmigung ausbauen können, wenn die Gemeinden ihre Satzungen entsprechend anpassen. Dabei bleiben die Giebelflächen im Bereich des

Positionspapier der Bundes-SGK zum Baulandmobilisierungsgesetz:

Nur mit Umwandlungsschutz verabschieden!

Mit Blick auf das vom Bundesinnenministerium in die Ressortabstimmung gegebenen Gesetzentwurfs für ein Baulandmobilisierungsgesetz hat der Vorstand der Bundes-SGK ein Positionspapier verabschiedet, in dem aufgrund der aktuellen Entwicklung der Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen in den Städten darauf gedrängt wird, einen besseren Umwandlungsschutz für die Mieter zu schaffen.

Laut Frank Baranowski, Vorsitzender der Bundes-SGK und Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, „haben wir auch im Herbst 2020 in vielen Städten und Gemeinden eine Wohnungsknappheit, insbesondere im Teilmarkt preiswerter Mietwohnungen. Deshalb gilt nach wie vor, dass alle Maßnahmen, die dazu beitragen diese Wohnungsnot zu begrenzen und ihr entgegen zu wirken, dringend erforderlich sind.“

Deshalb sei die Zielsetzung des Baulandmobilisierungsgesetzes zurecht mit einer Stärkung der Handlungsmöglichkei-

täten der Kommunen begründet. Sie sollen leichter auf Flächen für den Wohnungsbau zugreifen und sie sollen Mieter besser vor Verdrängung schützen können. Dazu war u.a. vorgesehen, dass in § 176 BauGB normierte Baubereiche in seinem Anwendungsbereich für Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt zu erweitern. Zudem sollte ein neuer § 250 BauGB geschaffen werden, in dem die Kommunen ermächtigt werden, der Verdrängungsgefahr von Mietern aufgrund der Umwandlung von Mietwohnhäusern zu Einzeligentum mit einem Geneh-

Nachhaltigkeit: Holz als Baustoff

Das Bauen mit Holz soll erleichtert werden und der Baustoff künftig in allen Gebäudeklassen verwendet werden dürfen. „Somit gewinnt Holz als Baustoff an Attraktivität und Bauherren haben nicht nur die Möglichkeit effektiver, sondern auch nachhaltiger zu bauen. Mit der Novelle sind wir ein sehr gutes Stück weitergekommen, um die Wohnungsnot in ganz Bayern zu lindern“, sagte der stellvertretende Ausschussvorsitzende Manfred Eibl (Freie Wähler).

Stellplatzpflicht: Flexibilität für Kommunen

Die neue Bayerische Bauordnung sieht auch vor, dass Kommunen die Stellplatzpflicht flexibler regeln können, weil sie zum Beispiel alternative Mobilitätskonzepte berücksichtigen können. Außerdem soll die Pflicht zum Einbau eines Aufzugs wegfallen, wenn der Aufwand dafür unverhältnismäßig groß wäre. Auch beim Brandschutz sind Erleichterungen geplant. So entfallende zweite Fluchtweg bei ebenerdigen Veranstaltungsstätten, wenn ausreichend Fenster vorhanden seien und auf die Prüfung des Brandschutznachweises und die entsprechende Bauüberwachung bei Mittelgaragen soll künftig verzichtet werden.

Novelle im Landtag

In der Bayerischen Bauordnung sind das Verfahrensrecht und die Sicherheitsanforderungen an bauliche Anlagen geregelt. Die Bauordnungsnovelle geht zurück auf den Wohnungsgipfel vom 11. September 2019. Sie berücksichtigt wesentliche Ergebnisse einer Abfrage unter den Verbänden des Wohnungsbaus, der Bauwirtschaft und der kommunalen Spitzenverbände. Nachdem die Staatsregierung den Gesetzentwurf im Juni 2020 in einer ersten Lesung in den Landtag eingebracht hatte, hat nun der Bauausschuss des Gesetzentwurf und die 52 Änderungsanträge beraten und beschlossen. Die zweite Lesung und Verabschiedung des Gesetzentwurfes im Landtag soll voraussichtlich am 02.12.2020 stattfinden. red



Konnten sich selbst von der Wirksamkeit der Raumlufsanlagen überzeugen: Die Heimatabgeordnete Petra Högl (Landtag) und Florian Oßner (Bundestag) mit Wolf-Geschäftsführer Christian Amann (rechts) und Bernhard Stepe, Geschäftsführer Vertrieb (links).

Lüftungstechnik gegen Corona

MdB Florian Oßner besucht Lüftungsgeräte-Produktion der WOLF GmbH in Mainburg

Lüftung ist eines der zentralen Elemente, um die Verbreitung des Coronavirus einzudämmen. Vor diesem Hintergrund informierte sich der CSU-Bundestagsabgeordnete Florian Oßner bei der WOLF GmbH, einem der führenden Systemanbieter von Heizungs- und Lüftungssystemen, über technische Lösungen und deren Anwendungsmöglichkeiten in Pandemie-Zeiten. Zugleich erhielt der Bundestagsabgeordnete bei einem Werksrundgang Einblicke in die Serienproduktion des neuen Luftreinigers „AirPurifier“.

Im Gespräch mit Bernhard Stepe, Geschäftsführer Vertrieb bei der WOLF GmbH, tauschte sich der Direktabgeordnete für die Region Kelheim und Landshut sowie Mitglied im Bundesausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen über die Einsatzmöglichkeiten von Lüftungssystemen gerade in Zeiten der Corona-Pandemie aus. Besonders in Bereichen, wo sich viele Menschen auf relativ engem Raum befinden wie in Schulen, Kitas, Pflegeeinrichtungen, Büros oder Restaurants ist eine hygienische Raumluft zwingend erforderlich, um Ansteckungen zu vermeiden.

Hohe Luftqualität, gesundes Raumklima

Die WOLF GmbH produziert an ihrem Standort in Mainburg hochwertige und professionelle Raumluftechnische (RLT)-Anlagen. Korrekt geplante und ordnungsgemäß betriebene RLT-Anlagen sorgen für einen ausreichenden Austausch von ver-

brauchter Raumluft durch Frischluft und eine effiziente Filterung. Damit tragen sie entscheidend zu einer hohen Luftqualität und somit zu einem gesunden Raumklima im Gebäude bei. Des Weiteren startete WOLF Ende Oktober die Serienfertigung ihres neuen Luftreinigers „AirPurifier“, ein platzsparendes und sofort einsatzfähiges Luftgerät zur Filterung von Aerosolen, und damit auch von Viren, Bakterien, Staub und Pollen. Das Gerät eignet sich für Innenräume mit unzureichender Lüftung in öffentlichen und gewerblichen Gebäuden.

Erforderliche Planungs- und Investitionssicherheit

„Wir haben uns intensiv auf die Produktion großer Stückzahlen unseres neuen Luftreinigers vorbereitet, um möglichst viele Klassenräume noch vor dem Winter ausrüsten zu können. Für einen flächendeckenden Einsatz braucht die Industrie Planungs- und Investitionssicherheit. Der Freistaat Bayern hat hier vorgelegt und als erstes Bundesland Gelder bereitgestellt, um schlecht zu belüftete Klassenräume mit Luftreinigungsgeräten auszustatten. Auch andere Bundesländer haben mittlerweile nachgezogen. Es ist wichtig, dass die Politik klare Signale setzt, damit wir unsere Produktion rechtzeitig auf die erwartenden hohen Bedarfe ausrüsten können. Sonst rennt uns die Zeit davon. Deshalb ist der Austausch zwischen Hersteller und Politik wichtig“, erklärt Bernhard Stepe, Geschäftsführer Vertrieb bei der WOLF GmbH.

Zeichen setzen

Akuter Nachbesserungsbedarf

Nun aber habe das BMI in seinem aktuellen Gesetzentwurf diese beiden Maßnahmen komplett wieder gestrichen und damit den bisher gefundenen Kompromisspfad zwischen den Koalitionspartnern verlassen. Deshalb bestehe akuter Nachbesserungsbedarf, betonte Baranowski. Er mahnte eine zügige Verabschiedung der Planungsrechtsnovelle an. Dabei sei es notwendig, das Instrument des Baugebotes durch Erweiterung des Anwendungsbereichs nutzbar zu machen. DK

Bundestagsabgeordneter Florian Oßner sagte dem Raumluftexperten bei seinem Besuch seine Unterstützung zu: „Die Corona-Pandemie stellt die Bildungseinrichtungen vor extreme Herausforderungen. Oberste Priorität hat die Gesundheit der Kinder und des Personals. Es ist jetzt an der Zeit, zu handeln. Die Firma Wolf ist nicht nur der größte Arbeitgeber in der Region, sie sorgt durch ihre Lüftungslösungen gleichzeitig auch für gesunde Raumluft.“

Lindner Traktoren:

2. Virtuelle Werksausstellung

Der Tiroler Traktoren- und Transporterhersteller Lindner erweitert seine Lintrac-LS-Serie. Bei der 2. Virtuellen Werksausstellung, die im Oktober auf www.lindner-traktoren.at startete, gab es die ersten Einblicke in den neuen Lintrac 75 LS, den dritten Lintrac mit Lastschaltung. Mit der Lintrac LS-Reihe löst Lindner die erfolgreiche Geotrac-Serie ab.

„Der Lintrac 75 LS spielt seine Stärken als Allroundtraktor in der alpinen Berg- und Grünlandwirtschaft aus“, betont Geschäftsführer Hermann Lindner. Wie bei allen LS-Modellen kommt ein Perkins-Syncro-Motor der Stufe 5 mit vier Zylindern zum Einsatz (Leistung: 76 PS (55 kW)). Lindner verbaut ein 16/16-Gang-Getriebe von ZF Steyr. Der Traktor ist besonders wendig und überzeugt mit seiner leistungsstarken Hydraulik von Bosch-Rexroth. Komfort verspricht die Kabine mit mechanischer Kabinenfederung.

12.000 Besucher online mit dabei

Das nationale und internationale Interesse an der virtuellen Werksausstellung war bereits am ersten Wochenende groß, bilanziert Marketing- und Exportleiter David Lindner: „Wir zählten am ersten Wochenende 12.000 Online-Besucher. Sie informierten sich vor allem über den neuen Lintrac 75 LS, aber auch über weitere Neuheiten wie den stufenlosen Unitrac 122 LDrive und den Unitrac 72 P5.“ Die Facebook-Fragestunde am Eröffnungstag nutzten 2.000 Traktoren- und

Transporterprofis. „Die 2. Virtuelle Werksausstellung läuft noch bis Ende November unter anderem mit einer Video-Führung durch das Lindner-Werk in Kundl. Die wurde am ersten Tag bereits 10.000 Mal auf dem Lindner-YouTube-Kanal angeschaut“, so der Marketingchef.

Herbstaktion 2020

Für alle neuen Lintrac- und Unitrac-Modelle bietet Lindner in seiner Herbstaktion 2020 3.000 Euro Eintauschhilfe. Außerdem erwarten die Kunden das Werkzeugset der Kärntner Firma Offner und das TraLink Mobile, die Telematik-Lösung für unterwegs. Stufenlos und made in Austria sind die Kommunalprofi-Modelle. Der stufenlose Lintrac 130 und der Unitrac 112 LDrive sind zu attraktiven Preisen mit Top-Ausstattung erhältlich. Alle neuen Lintrac- und Unitrac-Modelle sind mit modernsten Stufe5-Motoren ausgerüstet.

Landwirtschafts-Simulator

Auch Spielbegeisterte kommen bei der virtuellen Werksausstellung auf ihre Kosten. Ab

7.11.2020 kann der Geotrac Supercup gratis in den Landwirtschafts-Simulator geladen und gespielt werden. Der Landwirtschafts-Simulator ist eines der

Innovationspreis Gartenbau 2020

Der Gartenbaubetrieb Blumen Schwarz aus Schwabach hat in Zusammenarbeit mit der Firma Innok Robotics, Regensburg, für ihren Friedhofs-Gießroboter den „Innovationspreis Gartenbau 2020“ des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft erhalten. Die mit 7.500 Euro dotierte Ehrung wurde den Preisträgern in der Kategorie „Technik“ zuteil.

Laut Jury steigt der Gießaufwand für Friedhofsgärtnereien auf Friedhöfen durch die infolge des Klimawandels wärmeren Sommer rapide. Ein Gießroboter kann hier eine große Hilfe sein. Blumen Schwarz hat seine Idee für einen Gießroboter für den Friedhof in die Tat umgesetzt. Zusammen mit der Fa. Innok Robotics erfolgte die Entwicklung und der Bau des Gießroboters Rainos, der seit Sommer bereits auf zwei Friedhöfen im Bundesgebiet im Einsatz ist.

Mit GPS durch die Nacht

Das Gerät fährt mit Hilfe von GPS in der Nacht selbstständig über den Friedhof und bewässert bis zu 180 voreingestellte Grabstellen. Die Voreinstel-

meistverkauften Videospiele weltweit. Ab Mitte November gibt es eine Erweiterung „Alpine Landwirtschaft“. Dort kommen der Lintrac 130 und der Unitrac 122 LDrive spielerisch zum Einsatz.

Die 2. Virtuelle Lindner-Werksausstellung im Internet: www.lindner-traktoren.at



V.l. Frieder Füllemann, Verkauf Henne GmbH, und Johannes Roth, Bauhofleiter Gemeinde Gauting, mit dem neuen Unimog U 219.

Bild: Henne Nutzfahrzeuge GmbH

Ein Unimog für Gauting

Übergabe eines U 219 an den Bauhof

Der U 219 ist ideal für den Garten- und Landschaftsbau und auf die Bedürfnisse von Kommunen und kleineren Unternehmen zugeschnitten. Er ist der ideale Nachfolger der heute noch verbreiteten Modelle U 1200, U 1400 und U 1600, die bis 2002 hergestellt wurden.

In seiner Kompaktheit, Nutzlast, Kraft, Robustheit und Zuverlässigkeit bietet der U 219 ähnliche Werte wie die früheren Modelle, kann aber den aktuellen Stand an Komfort, Sicherheit und Effizienz für sich verbuchen. Mit 190 PS ist er noch effizienter, leistungsfähiger und zugleich wendiger als seine Vorgänger.

Nicht nur Winterdienst

Der neue Unimog, den die Gemeinde Gauting von Frieder Füllemann, Verkaufsleiter bei Hen-

ne Nutzfahrzeuge, in Empfang genommen hat, ersetzt einen U 1400. Vorwiegend soll das neue Fahrzeug im Winterdienst im Einsatz sein. Daher wurde es mit einem Keilschneepflug von Aebi Schmid ausgestattet. Bauhofleiter Johannes Roth erklärt, dass die Arbeitsbereiche immer enger werden: „Größer dürften die Abmessungen des Unimogs deshalb nicht mehr sein.“ Im Sommer übernimmt der Unimog Transportaufgaben und erleichtert den Bauhofmitarbeitern die tägliche Arbeit.

Früheres Wackersdorfer Braunkohle-Südrevier:

Erfolgreiche vorzeitige Beendigung der Rekultivierung

Die Rekultivierungsarbeiten von Uniper im rund fünf Hektar großen nördlichen Bauabschnitt 02 des Westfelds zwischen Wackersdorf und Steinberg unterhalb des Geotops sind beendet. Nach der offiziellen Endabnahme erklärte Andreas Stake, Gesamtprojektleiter von Uniper für das Projekt Oberpfälzer Seenland zur Rekultivierung des ehemaligen südlichen Wackersdorfer Braunkohle-Tagebaus, zufrieden: „Wir freuen uns, dass wir in der Firma Kassecker einen Partner hatten, der das anspruchsvolle Rekultivierungsprojekt nicht nur in einer ausgezeichneten Qualität, sondern auch innerhalb des Budgetrahmens und rund drei Monate früher als geplant umgesetzt hat.“

Auch das ausgefeilte Arbeitssicherheitskonzept für alle vor Ort Tätigen, an dem die Firma Kassecker entscheidend mitgewirkt hat, habe sich voll und ganz bewährt, so dass es während der gesamten Bautätigkeit auf dem Gelände keinen einzigen Arbeitsunfall gegeben habe und auch keinen Ausfall durch die Sars-CoV-2-Pandemie“, so Stake.

In rund 15 Netto-Arbeitsmonaten (ohne Winterpause zwischen November 2019 und März 2020) schufen die beteiligten Baufirmen in rund 50.000 Arbeitsstunden mit modernsten Arbeitsgeräten rund um die mit gut 30 Metern tiefste Stelle des Westfeldgeländes eine grüne Hügellandschaft samt wieder hergestelltem Irlacher See.

Dabei wurden die ehemals intensiv industriell und bergmännisch genutzten Flächen abgedichtet und die Oberfläche durch einen in Schichten angelegten Aufbau des Rekultivierungsbodens neu gestaltet mit dem Ziel, der Region ökologisch wertvolle Landschaften zurückzugeben zu können.

Forschungsprojekt

Der wieder erstandene Irlacher See dient als Sickerwassersammler. Diese Wässer werden mit Hilfe der vier hochmodernen, neuen Saugpumpen in die Wasseraufbereitungsanlage gepumpt und von dort entsprechend den behördlichen Vorgaben gereinigt in den Knap-

pensee weitergeleitet. In einem vom Umweltconsultingbüro Base Technologies initiierten Forschungsprojekt wird erprobt, diese energieintensive, chemische Wasseraufbereitung langfristig durch ein energiesparendes und CO₂-vermeidendes, biologisch passives Reinigungsverfahren zu ersetzen.

Insgesamt mussten aus der Region rund 240.000 Tonnen Rekultivierungsböden per LKW antransportiert werden. Die Transportwege konnten im Sinne von Klimaschutz und Ressourcenschonung kurzgehalten werden. Die Böden wurden vor dem Einbau entsprechend der behördlichen Auflagen systematisch geprüft und gegebenenfalls zusätzlich aufbereitet.

Die Rekultivierungsflächen des Westfeld-Bauabschnitts 02 wurden inzwischen begrünt und entwickeln sich schneller als erwartet zu einem naturschutzfachlich wertvollen Magerrasen, durchsetzt mit Totholz- und Steininseln. „Unsere Leute konnten täglich beobachten, wie gut das Gebiet nach und nach von Flora und Fauna angenommen wird“, so Paul Zant, Gesamtprojektleiter der Firma Kassecker für den Rekultivierungsabschnitt rund um den Irlacher See.

Rund zehn Millionen Euro investierte Uniper allein in diesen zweiten Rekultivierungsabschnitt. Neben diversen regionalen Zulieferfirmen waren durchschnittlich rund 20 Mitarbeiter von Kassecker, Uniper sowie den Gutachter-, Planungs- und Überwachungsbüros mit den Arbeiten vor Ort beschäftigt. Mit der Beendigung der technisch sehr anspruchsvollen Arbeiten im Bauabschnitt 02 folgt in den kommenden Wintermonaten intensive Büroarbeit. Die Planungen für den flächenmäßig mit rund 30 Hektar sechs Mal so großen Bauabschnitt 03 (Westfeld-Damm) im Südosten des Westfelds laufen auf Hochtouren. □



Henne Nutzfahrzeuge liefert acht Hansa-Geräteträger (viermal APZ 1003 L und viermal APZ 1003 K) an die AHD Sitzberger GmbH. Die werden in München und Umgebung im Einsatz sein. Das Bild zeigt v.l.: Christian Sitzberger, Hans Sitzberger, Clarissa Schellong von AHD, Patrick Palmeyer und Norbert Palmeyer von Hansa und Werner Ottl, Henne Nutzfahrzeuge.

Bild: Henne Nutzfahrzeuge



Saubere Leistung.

Der Unimog hat auf zahlreiche Reinigungsanforderungen die passende Antwort. Mit dem Unimog Geräteträger lassen sich öffentlicher Raum und Betriebsflächen schnell und einfach säubern. Frontkehrbesen halten beispielsweise Baustellenbereiche sauber, Hochdruckreinigungsbalken entfernen Staub und Schmutz flächendeckend und Spezialgeräte wie Tunnelwasch-

geräte ersetzen eine ganze Flotte an Spezialfahrzeugen. Mit der ab Werk lieferbaren Vorrüstung für Aufbaukehrmaschinen ist selbst ein Kehraufbau in kurzer Zeit auf- und wieder abgebaut. Der schnelle Gerätewechsel ermöglicht, dass in einer Arbeitsschicht gleich mehrere Geräte eingesetzt werden können. Mehr unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz

Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Aus bei Kulturhauptstadt-Wettbewerb:

Nürnberg verfolgt Projekte weiter

Nürnberg ist nicht Kulturhauptstadt Europas 2025. Den Titel hat die Stadt Chemnitz erhalten. Die Entscheidung einer europäischen Jury verkündete die Vorsitzende des Gremiums, die Österreicherin Sylvia Amann, bei einer Pressekonferenz der Kulturstiftung der Länder. Kulturschaffende, Bürgerinnen und Bürger, das Bewerbungsteam und die Stadtspitze haben die Entscheidung mit großem Bedauern aufgenommen. Zeitgleich herrscht Aufbruchsstimmung: Nürnberg will die zentralen Projekte der Bewerbung konzentriert weiterverfolgen.

In seiner ersten Reaktion sagt Nürnbergs Oberbürgermeister Marcus König: „Ich bin sehr enttäuscht und traurig. Nürnberg hat sich, vom Bewerbungsbüro über den Stadtrat und die Stadtspitze bis in die freie Szene hinein, viele gute Gedanken gemacht. Ich danke Bürgermeisterin Prof. Dr. Julia Lehner für ihren überragenden Einsatz für dieses Projekt, ebenso danke ich dem Leiter des Bewerbungsbüros, Prof. Dr. Hans-Joachim Wagner, dem Team und allen, die sich in den vergangenen Jahren wahn-sinnig engagiert eingebracht haben. Wir haben eine Bewerbung eingereicht, auf die wir stolz sein können, auch wenn es nicht geklappt hat. Der Titel Kulturhauptstadt Europas 2025 wäre einfach klasse für die Stadt gewesen, aber es sollte nicht sein. Jetzt werden wir all die Dinge, die wir als richtig, wichtig und zukunftsweisend identifiziert haben, anschauen. Vieles ist es sicher wert, weiterverfolgt zu werden.“

Größter Dank und höchste Anerkennung

Die Bürgermeisterin, Geschäftsbereich Kultur der Stadt Nürnberg, Prof. Dr. Julia Lehner, kommentiert: „Bereits durch die Teilnahme am Wettbewerb fühlt sich Nürnberg als Sieger. Am Prozess der Bewerbung haben sich tausende Nürnbergerinnen und Nürnberger mit großer Leidenschaft und Intensität beteiligt. Explizit gilt allen Menschen in Stadt und Metropolregion, die die Nürnberger Bewerbung unterstützt und daran teilgehabt haben, größter Dank und höchste Anerkennung. Die Stadt Nürnberg will Kernprojekte weiterverfolgen, etwa die Kongresshalle am ehemaligen Reichsparteitagsgelände zu einem Ort der Kunst und Kultur entwickeln, das Haus des Spielens etablieren und die soziokulturellen Zentren zukunftsorientiert interpretieren. Auf dem Fundament der Bewerbung sollen nachhaltige Strukturen entstehen, die die Stadt in den kommenden Jahren prägen werden. Nürnberg hat die Zukunft freigeschaltet.“

Andreas Starke, Ratsvorsitzender der Metropolregion Nürnberg und Oberbürgermeister der Stadt Bamberg, sagt zu der Entscheidung: „Auch wenn die Entscheidung heute bedauerlich ist, bin ich überzeugt, dass Nürnberg und die Metropolregion durch den Bewerbungsprozess viel gewonnen haben. Die Dynamik und der Elan mit der regions- und institutionsübergreifend an wegweisenden Kulturprojekten gearbeitet wurde, hat unserer Kulturregion frischen Wind gegeben. Nun müssen wir uns genau anschauen, wo wir anknüpfen und welche Projekte in der Region trotzdem weitergeführt werden.“

Mehr Gewicht auf Kunst und Kultur

Prof. Dr. Hans-Joachim Wagner, Leiter des Bewerbungsbüros, sagt zum Ausscheiden Nürnbergs: „Ich bedauere sehr, dass Nürnberg die Ernennung zur Kulturhauptstadt Europas nicht glücklich ist. Ich habe diese Stadt kennen und lieben gelernt und sehe in ihr nach wie vor großes Potenzial. Der immense Einsatz, den die Menschen in der Stadt und der Region für die Kultur-

hauptstadt gebracht haben, ist aber nicht umsonst gewesen. Wichtige Impulse wurden gesetzt und es hat ein Umdenken in Hinblick auf Kunst und Kultur in Nürnberg und der Region begonnen. Mit dem nun in Kraft tretenden ‚Plan B‘ werden die entscheidenden Prozesse in Zukunft fortgesetzt. Sei es die Internationalisierung der Kunst- und Kulturszene, seien es internationale Kunstprojekte oder die Erschließung neuer Räume für künstlerische Produktion: Nürnberg geht in jedem Fall mit neuen Perspektiven aus dem Bewerbungsprozess hervor.“

Der Bewerbungsprozess hat in Nürnberg und der Metropolregion große Dynamik entwickelt. Innovative Projekte wurden angestoßen und neue interdisziplinäre Netzwerke haben sich gebildet. Zahlreiche Projekte wurden mit dem Rückenwind der Bewerbung auf den Weg gebracht und sollen weiterverfolgt werden. Dazu zählen insbesondere nachhaltige Strukturprojekte.

• **Kongresshalle:** Im Torso der Kongresshalle auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände soll ein Teilstück für Kunst und Kultur nutzbar gemacht werden. Diese Nutzung ermöglicht die zukunfts-

orientierte Weiterentwicklung der erinnerungskulturellen Arbeit Nürnbergs. Mit Beteiligung von Kunst- und Kulturschaffenden konnte eine umfassende Bedarfsanalyse bereits erfolgen. 2021 wird in einem partizipativen Prozess die detaillierte Konzeptentwicklung beginnen.

• **Haus des Spielens:** Im Pellerhaus entsteht ein internationales Zentrum der Spielkultur, das die Entwicklung des Spielens insbesondere in der digitalen Dimension fortschreibt. Ziel ist kein klassisches Museum, sondern ein GamesLab, ein Ort für Würfel und Joysticks, für Konferenzen, Hackathons, gemeinsames Spielen und spannende Experimente. Der hierfür nötige Ausbau des Gebäudes wird 2021 in Angriff genommen.

• **Weiterentwicklung der Kulturläden:** Die Nürnberger Kulturläden sind weit über die Stadt hinaus bekannt und sollen nun für das Publikum der Zukunft neu gedacht und konzeptionell mit den Bewohnerinnen und Bewohnern vor Ort weiterentwickelt werden. Das Pilotvorhaben „KommVorZone“ ist seit kurzer Zeit in der Nürnberger Südstadt angelaufen.

• **The Garage Project:** die Nürnberg2025-Initiative für die Kultur- und Kreativwirtschaft: In einem mehrstufigen Prozess wird die Alte Feuerwache 1 zum Ort für digitale Transformation in Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft und für die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, mit einem Fokus auf Medien, Design und Digitales. □

„Leuchtende Beispiele“ für die Region

Umweltfreundliches Bauen mit Grüner Hausnummer belohnt

Seit 1999 gibt es im Landkreis Amberg-Weizsach die Grüne Hausnummer. Mehr als 80 Nummernschilder wurden seitdem verliehen, bei der aktuellen Sitzung des Umwelt- und Nachhaltigkeitsausschusses des Landkreises Amberg-Weizsach wurde diese Zahl um sechs Haushalte erweitert.

Familie Geppert (Ebermannsdorf), zweimal Familie Wenkmann (Hohenkernath/Ursensollen), Familie List/Meuler-List (Hahnbach), Familie Meier/Schober (Hahnbach) und Familie Steindl (Hohenburg) erhielten die Auszeichnung für ihr umweltfreundliches, nachhaltiges, energieeffizientes und ökologisches Bauen, Wohnen und Handeln. Unter anderem, weil sie ökologische Baustoffe verwenden, Regenwasser auffangen und Wasser schonen, Lebensräume für Insekten schaffen oder auf Photovoltaik setzen.

Auszeichnung als Ansporn

Hierdurch sind sie Vorbilder eines umweltbewussten Agie-

rens in unserem Landkreis, lobte stellvertretender Landrat Stefan Braun das Engagement der Preisträger. „Ein nachhaltiger Lebensstil beginnt in den eigenen vier Wänden“, so Braun. Zudem soll die Auszeichnung auch ein Ansporn sein, dass möglichst viele Haushalte im Amberg-Weizsacher Land diesen „leuchtenden Beispielen“ folgen.

Auch künftig wird die Grüne Hausnummer verliehen. Interessierte Hausbesitzer oder Hausbesitzer können Informationen und die Bewerbungsunterlagen beim Zentrum für erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit in Ens Dorf anfordern oder auf der ZEN-Homepage unter www.zen-ensdorf.de/gruene-hausnummer.html herunterladen. □



Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des ZEN-Fördervereins, Florian Junkes (1.v.li.) überreichte der stellvertretende Landrat Stefan Braun (4.v.li.) die Grünen Hausnummern an (v.li.) Tobias List, Konrad Meier, Anneliese Wenkmann (in Vertretung ihres Sohnes Andreas), Alfred Steindl und Hans Wenkmann. Familie Geppert bekommt die Hausnummer zu einem späteren Zeitpunkt ausgehändigt.

Bild: Christine Hollederer

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Welch herrliche Zeit – jetzt wenn das Laub sich in alle Schattierungen von Gelb und Rot verfärbt, die Blätter langsam zur Erde schweben und man wie in Kindertagen in die Laubhaufen treten und die ganze Pracht hochwirbeln lassen kann.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hatte sich am Wochenende auf in den Wald gemacht.

Der Wald hat ja für uns Deutsche eine ganz besondere, fast mythologische Bedeutung. Kaum ein anderes Volk kennt so viele Gedichte rund um den Wald, so viele Geschichten, Märchen und Erzählungen, die in einem Wald spielen oder in denen der Wald eine tragende Rolle inne hat. Begonnen haben dürfte alles mit Tacitus, der eigentlich nichts anderes als ein römischer Propagandist war, allerdings gesegnet mit literari-

können. Die große Zeit des Baus von Holzschiffen fand also ohne die Deutschen statt, die sich in der Zeit lieber in endlosen Konfessions- oder Erbfolgekriegen verstrickten.

Dennoch ist es auch uns und unseren Vorfahren gelungen, einen großen Teil der ursprünglichen Wälder abzuholzen oder zu roden. Was wir heute noch haben, ist nur ein Bruchteil dessen, was zur

Zeit Tacitus unsere Heimat bedeckte.

Aber ein Alleinstellungsmerkmal haben wir noch: Das sehr frühe Bewusstsein um den wirtschaftlichen Wert des Waldes und der Notwendigkeit, ihn nachhaltig zu bewirtschaften, will man kontinuierlich Ertrag aus ihm ziehen. Nicht umsonst wurde die erste Forstordnung in einem deutschen Bistum, in Speyer anno 1442 erlassen. Und schon 1713 verwendete der kur-sächsische Oberberghauptmann Hans Carl von Carlowitz den Begriff der Nachhaltigkeit im Zusammenhang mit der Waldbewirtschaftung. Durch sich häufende Sturmschäden, breitflächigen Käferbefall und günstige Importpreise aus Mittel- und Osteuropa ist Holz heute freilich nur mehr sehr bedingt ein Geschäft, jedenfalls für die privaten Waldeigentümer. Hier sind neue Konzepte und ein neuer Mix im Baumbestand gefragt.

Eine ganz andere Idee zum Thema Wald hatte der Freistaat Bayern vor 50 Jahren. Mit dem Nationalpark Bayerischer Wald wurde ein riesiges Waldareal unter strengen Schutz gestellt und sich bzw. der Natur selbst überlassen. Ein gigantischer Erfolg im Hinblick auf die Vielfalt der Flora und Fauna dort und ein schönes Zeichen, dass Wald halt doch mehr ist, als ein Wirtschaftsfaktor. Wenn man sich den Wald der Germania des Tacitus vorstellen will, ist man im Nationalpark Bayerwald eher richtig am Platz, als in einem Fichtenstangerwald, wie es ihn noch häufig gibt.

Mein Chef, der Bürgermeister, erholt sich gerne im Stadtwald und will ihn als Naherholungsgebiet stärken. Ganz im Sinne des Literaturnobelpreisträgers Elias Canetti: „Die Deutschen suchen den Wald, in dem ihre Vorfahren gelebt haben, noch heute gerne auf und fühlen sich eins mit den Bäumen.“

ihre Sabina

Homeoffice und Datenschutz sind gefragte Themen

1. Bayerisch-Tschechischer BusinessTalk mit 120 Teilnehmern

Freyung. Der Bayerisch-Tschechische Unternehmertag, der sich immer größerer Beliebtheit unter deutschen wie tschechischen Firmen erfreut und der im März hätte stattfinden sollen, musste wegen Corona ausfallen. Doch Jaroslava Pongratz, die Netzwerkmanagerin Bayern-Böhmen und Christina Tanosova, die neue Geschäftsführerin des Niederbayern-Forums hatten bereits ein alternatives Ass im Ärmel; denn sie wollten ohnehin die Themen Datenschutz und Homeoffice und was es dabei in Deutschland und Tschechien zu beachten gilt, demnächst aufgreifen.

„Wir dachten uns, das passt jetzt gut in die Zeit und haben uns für ein Online-Format entschieden“, so Pongratz. Der 1. Bayerisch-Tschechische Business-Talk war geboren. Das Webinar ging via Zoom-Konferenz über die Bühne. „Technisch einwandfrei“, freut sich die Netzwerkmanagerin der Europaregion Donau-Moldau, die zusammen mit dem Niederbayern-Forum den Talk organisierte.

120 Teilnehmer verfolgten die Fachvorträge von deutschen und tschechischen Experten, die ganz einfach mit einem Klick für den Zuhörer simultan übersetzt wurden. Den Anfang machten Thomas Greiner und Nadja-Maria Becke von der „aigner business solutions GmbH“ in Huthum. Sie gingen auf die Themen IT-Sicherheit im Homeoffice ein – eine Herausforderung sowohl für die Arbeitgeber wie die Arbeitnehmer. Während der Corona-Zeit waren die Aufsichtsbehörden recht nachsichtig, wenn Firmen angesichts der rasanten Umstellung noch

(auf der Grundlage des Wettbewerbsrechts) Verstöße gegen die DSGVO abmahnen können oder nur die zuständigen Behörden. „Doch selbst wenn es nur über den Umweg der datenschutzrechtlichen Aufsichtsbehörden läuft, rate ich allen Firmen, lieber das strenge, grausame deutsche Recht zu beachten“, so der Fachanwalt. Ärger drohe immer, wenn die DSGVO nicht eingehalten werde. Da sich immer häufiger tschechische Firmen an ihn wenden, die „schockiert über die Komplexität des deutschen Rechts und die harten Strafen sind“, sei er hochmotiviert gewesen, diesen Vortrag beim 1. Bayerisch-Tschechischen BusinessTalk zu übernehmen.

Die Teilnehmer richteten während des Webinars ihre Fragen an Jaroslava Pongratz, die im Anschluss an geklärt wurden. „Wir haben viel positives Feedback bekommen“, freut sich die Netzwerkmanagerin, die sich bestätigt fühlt, dass die Themen dies- und jenseits der Grenze die Firmen beschäftigen. Deshalb wird der BusinessTalk im YouTube Netzwerkmanagement Bayern und unter www.niederbayern.de veröffentlicht. Im kommenden Jahr soll das Format fortgesetzt werden – wann und wie der Bayerisch-Tschechische Unternehmertag stattfinden kann, ist derzeit noch offen. – ml –



Oberbürgermeister Christian Schuchardt gemeinsam mit einer Delegation der Schülerfirma „Care to go“. Bild: Georg Wagenbrenner

Schülerfirma besucht Oberbürgermeister:

Handreinigungsgel, das Gutes tut

In Corona-Zeiten etwas Gutes tun“, so lautet das Motto der Schülerfirma „Care to go“ der Fachakademie für Ernährungs- und Versorgungsmanagement der Klara-Oppenheimer-Schule in Würzburg. Unterstützt und gefördert wird die Firma von JUNIOR – Ein Schülerfirmenprogramm des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln JUNIOR gGmbH.

Ziel der Schülerfirma ist es, mit ihrem Produkt, einem hygienischen Handreinigungsgel, die Welt ein kleines bisschen besser zu machen. Unter vielen weiteren positiven Gesichtspunkten ist dieses Gel vegan, enthält kein Mikroplastik und ist tierversuchsfrei. Außerdem kooperiert „Care to go“ mit Share, einer deutschen Konsumgütermarke mit Produkten in den Bereichen Lebensmittel, Getränke und Körperpflege, und spendet mit jedem verkauften Handreinigungsgel für Hygienepakete für Flüchtlingsfamilien in Flüchtlingslagern in Bangladesch.

Das Konzept der Schüler überzeugte schon einige Kommissi-

onspartner. In Würzburg kann man das Handreinigungsgel im Edeka Trabold, im Kupsch in der Domstraße und im Burkardushaus für 3,95 € pro Tube erwerben.

Bevor jedoch Geld verdient werden kann, wird Startkapital benötigt. Dieses soll durch den Verkauf von 90 Anteilscheinen zu je zehn Euro erreicht werden. Auch Oberbürgermeister Christian Schuchardt überzeugte das Konzept. Er erwarb einen Anteilsschein der Schülerfirma.

Beim Besuch im Rathaus wurde dieser durch die Verantwortlichen überreicht und das Konzept der Schülerfirma kurz vorgestellt.

Chiara Wischer

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt unser Sonderdruck Wasserkraft bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Neuwahlen beim Städtetag in Mittelfranken

In der Bezirksversammlung Mittelfranken des Bayerischen Städtetags wurde am 22. Oktober 2020 in Erlangen der Erste Bürgermeister Karl-Heinz Fitz, Gunzenhausen, zum Bezirksvorsitzenden der kreisangehörigen Verbandsmitglieder in Mittelfranken gewählt. Fitz tritt als Bezirksvorsitzender die Nachfolge des Ersten Bürgermeisters a. D. Alfons Brandl, Herrieden, an, der nun Abgeordneter im Bayerischen Landtag ist. Oberbürgermeister Dr. Florian Janik, Erlangen, wurde als Bezirksvorsitzender der kreisfreien Verbandsmitglieder in Mittelfranken wiedergewählt.

Die Vorsitzenden der Bezirksversammlung üben ihr Amt gleichberechtigt aus: Ein Oberbürgermeister einer kreisfreien Stadt und ein Stadtoberhaupt einer kreisangehörigen Stadt oder Gemeinde stehen gleichberechtigt an der Spitze. Die Bezirksvorsitzenden sind Ansprechpartner für die Mitglieder im Regierungsbezirk und sie repräsentieren den Verband bei regionalen Anlässen. In jedem der sieben Regierungsbezirke im Freistaat Bayern treffen sich die Mitglieder des Bayerischen Städtetags zweimal pro Jahr. Behandelt werden regionalspezifische Anliegen und aktuelle kommunalpolitische Grundsatzfragen. Die Gremien des Bayerischen Städtetags werden jeweils nach den allgemeinen Kommunalwahlen alle sechs Jahre neu gebildet. □

Vorschau auf GZ 22

In unserer Ausgabe Nr. 22, die am 19. November 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunale Energiethemen
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Schulungen für kommunale Entscheider
- Ausstattung und Einrichtung kommunaler Gebäude
- Sicherheit · Arbeitsschutz · Brand- und Katastrophenschutz
- Freizeitanlagen · Tourismus

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahren-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Das GZ-Netzwerk
Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
www.etbs.de

Etschel Brunnenservice GmbH · Rudolfstr. 112 · 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 · Fax: +49 (0) 89 420 496-55 · info@etbs.de

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

LASSEN SIE UNS DER FORSTWIRTSCHAFT EINE ZUKUNFT GEBEN **juwi**
Windenergieprojekte generieren verlässliche Einnahmen für den anstehenden Waldumbau. Sie möchten uns Ihre Forstfläche für Windenergieprojekte verpachten? Melden Sie sich.
juwi AG · Simone Brunswig · 06732/9657-2328 · energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahren-koch.de

Fahren Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerberg 23 · D-84069 Schierling
Tel. 09451 9313-0 · www.fahren-koessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung
seit 1910

PP
Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg
www.pp-service.com

Gewerbepbau

Fertigteilbau in Holz und Beton

Maschinenhallen · Technikräume · Wertstoffhöfe · Mehrzweckhallen · Sporthallen · Kindergärten
Herstellung im eigenen Werk in Massing

Laumer
Laumer Bautechnik · 84323 Massing · Tel.: 08724/88-0 · www.laumer.de

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

f i+ t g

Hydraulik Hochdruckreinigung

DYNASET POWERED BY HYDRAULICS

Hydraulische Hochdruckwasserpumpen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Generatoren, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen

PT-Hydraulik Vertrieb OHG
Untereggrstr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.

DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning

www.Mein-Datenschutzberater.de

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de
Schweitzer
Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de
Bayern Grund

Notify-Newsletter
Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Kommunale IT

www.**AKDB**.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Multifunktionale Wärmerückgewinnung

SEW

Kosteneinsparung und Energiewende unter einem Dach

mit der Wärme- / Kälterückgewinnung von SEW® für Ihre Lüftungs- und Klimaanlagen (ab 3.000 m³/h Luftleistung)

- Ersatzleistung für Heizkessel, Kältemaschine und Rückkühlwerk
- Kurze Amortisation, sicherer Betrieb
- Keimfreie Rückgewinnung - hygienisch einwandfrei
- Neubau oder Sanierung im Bestand
- Wegfall von Rückkühlwerken möglich (siehe 42. BImSchV)

Vorbildprojekte in Bayern (Auswahl):
Augsburg: Klinikum · Aschaffenburg: Fachhochschule · Bamberg: Klinikum · Bayreuth: Klinikum · Ingolstadt: Saturn Arena · München: Baureferat, Dt. Flugsicherung, Klinikum Großhadern, Muffathalle, O2-Tower, The Charles Hotel, TUM, Villa Stuck · Murnau: BG Unfallklinik · Regensburg: Universität · Schweinfurt: Leopoldina-Krankenhaus · Würzburg: Universität · div. Polizeistationen etc.

SEW® GmbH | 47906 Kempen | Tel. 02152 91560
www.sew-kempen.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

deko-jochum

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshändler für **plüsch.de**

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!



V.l.: Rupert Speer, Bürgermeister Saulgrub; Arno Nunn, Geschäftsführer Ammer-Loisach Energie; Landrat Anton Speer, Landkreis Garmisch-Partenkirchen und Andreas Rödl, Bürgermeister Oberammergau.

Foto: CH



Passion für Wasserkraft

Von einer touristischen Werbemaßnahme über den technischen Fortschritt bis zur wirtschaftlichen Entwicklung einer Region

Dass bayerische Kommunen Wasserkraft nach wie vor als ökologisch und ökonomisch sinnvolle Energiequelle verstehen, hat Großweil in der Nähe des Kochelsees bewiesen. Unterstützt durch die Gemeindewerke Garmisch-Partenkirchen und einen privaten Investor entstand an der Loisach ein modernes, fischfreundliches Schachtkraftwerk. Die Inbetriebnahme dieser Anlage hätten wir gerne mit unserem 8. Bayerischen WasserkraftForum gewürdigt. Mit einem Besuch des nahegelegenen Walchenseekraftwerks hätten wir so unseren Besuchern neueste Technik und Wasserkraftpionierleistung gemeinsam präsentiert. Leider hat uns das derzeitige Virusgeschehen einen Strich durch die Rechnung gemacht. Wir mussten die Veranstaltung absagen. Einen Wasserkraft-Sonderdruck halten Sie heute trotzdem in den Händen, denn das Thema hat viele berichtenswerte Facetten. Ein paar davon dürfen wir Ihnen in dieser Sonderausgabe präsentieren.

Die Ammer-Loisach-Energie beispielsweise lud – nur ein paar Kilometer von Großweil entfernt – zufällig am Vortag der geplanten und dann abgesagten Veranstaltung zu einem Spatenstich für ein neues, kommunales Wasserkraftwerk an der Halbammer ein. Der regionale Energieversorger ist ein Zusammenschluss aus zehn Gemeinden (Bad Bayer-soien, Saulgrub, Bad Kohlgrub, Schwaigen, Eschenlohe, Grainau, Oberau, Ettal, Oberammergau, Unterammergau) und dem Energieversorger Energie Südbayern. Das Gelände für die neue Anlage stellen Bayerische Staatsforsten und die Gemeinde Saulgrub. In der Nähe befindet sich das historische Wasserkraftwerk Kammerl. Oberammergaus Bürgermeister Andreas Rödl berichtete, dass Kammerl eigentlich den Strom hätte liefern sollen, mit dem die Gäste im Jahr 1900 per Bahn zu den Passionsspielen kommen sollten. Aber das Kraftwerk war nicht rechtzeitig fertig geworden.

Für die Idee, die Bahn mit Strom statt mit Dampf zu betreiben, soll Thomas Cook verantwortlich gewesen sein, der so den Tourismus (und damit auch die technische und

wirtschaftliche Entwicklung) in der Region ankurbeln wollte. Aufgrund verschiedenster technischer Schwierigkeiten fuhr die Bahn aber erst ab 1905 elektrisch von Murnau nach Oberammergau. Trotzdem ist diese Strecke weltweit die erste, die mit einphasigem Wechselstrom betrieben wurde. Das Wasserkraftwerk Kammerl zählt heute deutschlandweit zu den bedeutendsten Denkmälern für erneuerbare Energien.

„Wasserkraftwerke werden in Bayern nicht oft gebaut, obwohl sie ein Zukunftsthema mit langer Tradition sind“, erläuterte der Geschäftsführer der Ammer-Loisach-Energie, Oberammergaus ehemaliger →

TERMINHINWEIS
8. BAYERISCHES WASSERKRAFTFORUM
am 16.09.2021
www.bayerisches-wasserkraftforum.de

DOKUMENTATION IM INTERNET

Die Beiträge aus dem Sonderdruck stehen auch im GZ-Netzwerk unter www.anmelden.gemeindezeitung.bayern zum Download in der Gruppe „Wasserkraft“ bereit.

Bürgermeister Arno Nunn. „Dieses neue Kraftwerk an der Halbammer dient dem Klimaschutz und der Wertschöpfung vor Ort, denn mit den Bauarbeiten werden regionale Firmen beauftragt.“ Das Wasserkraftwerk soll ab Ende 2021 mit einer Leistung von 135 KW jährlich etwa 500.000 KWH Ökostrom erzeugen – genug, um den Jahresverbrauch von etwa 300 Haushalten zu decken. Landrat Anton Speer wünschte dem Projekt den verdienten Erfolg und bekräftigte das Bekenntnis des Landkreises Garmisch-Partenkirchen zur Wasserkraft: „Circa 10 Prozent der Energie im Landkreis wird mit Wasserkraft erzeugt und wir sind auf der Suche nach weiteren Möglichkeiten.“

Da die Halbammer wegen Hochwasserschutzmaßnahmen sowieso nicht durchgängig ist, hält sich der ökologische Eingriff in Grenzen. Sollte sich an der Durchgängigkeit etwas ändern, müssten auch am Kraftwerk entsprechende Maßnahmen nachgerüstet werden.

Die Begeisterung für Energie aus Wasserkraft war bei den zahlreich anwesenden kommunalen Vertretern deutlich spürbar. Saulgrubs Bürgermeister, Rupert Speer, berichtete über technische Visionen, die das Ammertal schon früh beflügelten: „Als selbst in Berlin noch die Gaslaternen

leuchteten, gab es im Bereich des Kraftwerks Kammerl schon elektrisches Licht.“ Vom neuen Kraftwerk erhofft sich die Gemeinschaft jetzt Synergieeffekte. Mit dem e-ALOIS, dem eCarsharing-Programm der Ammer-Loisach Energie, sind erste Ideen, den klimafreundlichen und CO2-freien Strom zu nutzen, auch schon in der Umsetzung.

Vielleicht bekommt die Bayerische GemeindeZeitung doch noch eines Tages die Gelegenheit das Bayerische WasserkraftForum in oder um Großweil abhalten zu dürfen, um gute Beispiele vor Ort und Lösungsmöglichkeiten im Bereich der Wasserkraft zu präsentieren. Wir haben den 16 September 2021 für die nächste Veranstaltung eingeplant, aber wir brauchen wohl einen größeren Veranstaltungsort. Das Freizeitheim in Großweil wäre in Laufnähe zum Kraftwerk gewesen, aber für unsere Anforderungen – momentan – leider zu klein.

Wenn Sie sich schon jetzt mit Wasserkraft-Interessierten vernetzen wollen, dann registrieren Sie sich im GZ-Netzwerk unter www.anmelden.gemeindezeitung.bayern und treten Sie der Gruppe Wasserkraft bei. Wir freuen uns auf den Austausch. Hoffentlich sehen wir uns in naher Zukunft wieder. ■

Kommentar zur deutschen Energiepolitik | Anne-Marie von Hassel

Physikalische Grundkenntnisse sollten das politische Handeln prägen

Echte Energiewende gelingt nicht in der Kristallisation politischen Wunschenkens



Anne-Marie von Hassel

Die zwei bestimmenden Themen unserer Tage sind die sogenannte Corona-Krise und die schon etwas länger diskutierte Klima-Krise. Letzterer wollen wir in Deutschland mit einer Energiewende begegnen, an der sich der Rest des Universums unausweichlich ein Beispiel nehmen muss, denn wie stellte Ex-Umweltminister Jürgen Trittin 2004 fundamental fest: „Es

bleibt dabei, dass die Förderung erneuerbarer Energien einen durchschnittlichen Haushalt nur rund 1 Euro im Monat kostet - so viel wie eine Kugel Eis.“

So kleidete dieser Politiker sein ideologisches Wunschenken, seine Behauptung und sein Gesetzeskonstrukt in ein Umfeld, das er den Bürgern als Wahrheit verkaufte. Bei dieser Gelegenheit erinnere ich gerne an die Uhrzeitumstellung am 6.4.1980, die ein messbares Instrument zur Energieeinsparung sein sollte, was sich allerdings als Rohrkrepierer herausstellte.

Heute kostet die Umverteilung von arm nach reich per EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) -Umlage (2020: 6,756 ct/kWh zuzgl. MwSt.) jeden Stromkunden bei einem durchschnittlichen Stromverbrauch von 3.000 Kilowattstunden pro Jahr gut 17 Euro (zuzgl. MwSt.) im Monat (das sind bei derzeitigen durchschnittlichen Eiskugelkosten von einem Euro pro Kugel gut 17 Kugeln. Mit der Apanage eines Ex-Bundesministers und für den guten Zweck ist das sicher-

lich ein Leichtes zu stemmen, für Geringverdiener und Hartz IV-Empfänger ist das eher eine unsägliche Belastung.

Und in Sachen CO2-Einsparung sieht es ja bekanntermaßen eher mau aus, wobei von den Regenerativ-Lobbyisten mit Verve und Medienhilfe massiv bestritten wird, dass das irgendetwas mit einer Energiewendepolitik zu tun hat, die stets den zweiten Schritt vor dem ersten macht.

Dazu stellt Dr. Rupert Pritzl vom Bayerischen Wirtschaftsministerium sinnigerweise fest, dass die deutsche Klimapolitik auf dem EEG basiert. Das EEG aber ist nach Ansicht des Sachverständigenrats¹ teuer und ineffizient und trägt fast nichts zur erwünschten Verringerung der CO2-Emissionen bei.

Inzwischen gibt es einen „Wildwuchs“ unterschiedlicher Steuern, Abgaben und Umlagen, der eine wirksame Klimapolitik verhindert. Um dem entgegenzuwirken, sollte die Klimapolitik als internationales Koordinationsproblem erkannt und behandelt werden. In Deutschland ist ein Strategiewechsel in Richtung Kosteneffizienz, Technologieoffenheit und einer stärkeren Förderung von Forschung und Entwicklung erforderlich.

Dass wir eine ökologisch vertretbarere Energiebedarfsdeckung brauchen, die aber auch sozialverträglich und ökonomisch verantwortbar bleiben muss, ist unbestritten. Allein die Herangehensweise an das Wie ist allerdings gerade auch bei uns in Deutschland eher von politischem Wunschenken als von nüchternem, an Fakten und Naturgesetzen der Physik orientiertem Handeln geprägt.

Mit der Obszönität der wirtschaftlichen Stärke und übervoller Kassen (vor Corona) hat sich Deutschland ohne Not oder aus Lust am Untergang auf die Astspitze seines →

starken (Energie-) Baumes gesetzt und mit Wollust begonnen, eben diesen Ast der gesicherten, autarken Energieversorgung am Baumstamm abzusägen.

Als Ersatz hat man sich, vermeintlich dem Wahlvolkwillen gehorchend, aber eher auf Umfragewerte und Medienkampagnen schielend, der sogenannten Energiewende verschrieben, die da heißt:

Abwicklung einer gesicherten und bezahlbaren Grundlast-Energieversorgung, Umbau zu einer ausschließlich volatilen (Wetter und Tageszeit abhängigen), unsicheren und letztendlich vom Wohlwollen der europäischen Atom-Partner abhängigen Energieversorgung.

Ist man boshaft, wenn man derartiges Vorgehen als deutschen Energie-Imperialismus bezeichnet?

Unsere Nachbarländer werden ungefragt gezwungen, die Auswüchse unserer Energiewende zu ertragen. Um größere Schäden in ihren eigenen Energienetzen zu vermeiden, müssen sie unseretwegen erheblichen zusätzlichen technischen Aufwand betreiben. Unsere Nachbarn im Westen wie im Osten mussten teure Phasenschieber errichten, damit die deutsche Ökostromflut (oftmals zu Unzeiten) nicht deren Stromnetze kollabieren lässt.

Eine rühmliche Ausnahme bilden unsere österreichischen Freunde, die sich dank großer (Pump-) Speicherkraftwerke gegen ein entsprechendes Salär bereifinden, zum Beispiel den überbordenden Sonnenstrom in Bayern, der an arbeitsfreien Tagen schon mal dem unregelmäßigen Einspeisen von mehr als 10 Kernkraftwerken mit über 13.000 Megawatt entspricht, in ihren Speicherseen zu bunkern, um ihn dann abends bzw. an Werktagen oder bei unsönigem Wetter für Apothekenpreise uns wieder zur Verfügung zu stellen.

Ich darf betonen, es geht nicht darum, die fossile und/oder atomare Energieversorgung eines hochindustrialisierten Landes zu zementieren; aber immerhin verdankte Deutschland seinen Reichtum vor allem seiner starken Wirtschaft, die immer auf eine hochqualitative, unterbrechungsfreie, unabhängige Energieversorgung angewiesen war.

Das scheint obsolet – ist es aber nicht. Vielmehr geht es doch darum, außerhalb politischer Instrumentalisierung vernunftbetont und faktenorientiert Schritt für Schritt eine ökologisch vertretbarere Energieversorgung (Deutschland 4.0) aufzubauen. Aus meiner Sicht könnte hier – neben den hochvolatilen Energiequellen Sonne und Wind – eine achtsame und nachhaltige Nutzung der Wasserkraft ebenso wie der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft einen spürbaren und deutlichen Beitrag zu einer CO₂-armen und sicheren Energieversorgung leisten.

Die deutsche CO₂-Bilanz pro Kopf ist viel zu hoch, aber was wir durch teilweise diskutierte Deindustrialisierung, durch Abschalten der Grundversorgung aus Kohle, Gas und Atom bezogen auf die CO₂-Bilanz weltweit einsparen, bewegt sich im Promillebereich und ist für die Rettung der Welt komplett irrelevant.

Letztendlich bleibt der Appell,

- *politisches Wunschdenken und Taktieren hintanzustellen,*
- *naturgesetzliche Einflüsse auch bei der Elektrizitäts-Versorgung zu berücksichtigen,*
- *den von gewinnmaximierenden Lobbyisten lautstark geforderten, ungehemmten Zubau von Leistung aus Wind- und Photovoltaik-Kraftwerken zu bremsen und dessen Rendite-Garantien in vernünftige, markt-orientierte Bahnen zu lenken*
- *lösungsorientiert an einer menschen- und umwelt-verträglichen Energieversorgung Schritt für Schritt gemeinsam und international zu arbeiten*
- *den erhobenen deutschen Zeigefinger gegenüber dem Rest der Welt wieder einzuklappen*
- *sich angesichts nach wie vor exponentiell steigender Bevölkerungszahlen in den Rest der Menschheit hineinzusetzen*
- *und den Wunsch dieser Menschen nach ausreichend Energie zu respektieren*
- *bzw. ihnen zu helfen. Oberlehrerallüren sind dabei fehl am Platz. ■*



**Energie für heute
und morgen**

**Mein GünstigStrom –
100 % aus Wasserkraft**

Echt fair für Ihre Zukunft
erdgas-schwaben.de

 **erdgas
schwaben**
sicher, günstig, nah



Seit Anfang des Jahres ist das Schachtkraftwerk in Großweil in Betrieb.

Foto: Frank Becht / TU München

Weltneuheit Schachtkraftwerk produziert erste Million kWh klimafreundlichen Strom

Das weltweit erste Schachtkraftwerk, das seit Jahresanfang in Großweil im Landkreis Garmisch-Partenkirchen in Betrieb ist, hat die erste Million Kilowattstunden CO₂-freien Strom produziert. Auch mehrere Hochwasser hat die Pilotanlage mit der von einem Team der Technischen Universität München entwickelten Wasserkraft-Technologie bereits standgehalten. „Wir sind sehr zufrieden mit den ersten Betriebsmonaten“, sagt Günther Rösch, Technischer Leiter der Gemeindewerke Garmisch-Partenkirchen. „Wenn das Schachtkraftwerk in diesen schwierigen Umgebungsbedingungen funktioniert, dann funktioniert es überall.“

Der neue Kraftwerkstyp wurde nach einer Idee von Dipl.-Ing. (FH) Albert Sepp von diesem und Professor Peter Rutschmann am Lehrstuhl für Wasserbau und Wasserwirtschaft an der TU München entwickelt. Mit finanzieller Unterstützung des Freistaats Bayern wurde es an einem bestehenden Querbauwerk in Form einer Rauhen Rampe an der Loisach errichtet. Nachdem der erste Antrag auf ein konventionelles Buchtenkraftwerk an dem Standort abgelehnt worden war, entwickelten Rutschmann und Sepp das Schachtkraftwerk weiter, mit dem ein Folgeantrag gestellt wurde. Die innovative Technologie erfüllte die strengen ökologischen Kriterien.

Gemeinde Großweil durch Schachtkraftwerk fast CO₂-neutral

Unterstützung fand das Vorhaben durch die oberbayerische Gemeinde Großweil, die mit ihren rund 1.400 Einwohnern durch das Wasserkraftwerk rechnerisch fast CO₂-neutral ist. Die Kommune schloss sich mit den Gemeindewerken Garmisch-Partenkirchen und der Kraftwerk Farchant, A. Poettinger & Co. KG zusammen. Sie gründeten die Wasserkraftwerk Großweil GmbH für die Finanzierung, den Bau und Betrieb der Anlage.

Die Wasserkraftanlage mit einer maximalen Ausbauleistung von ca. 420 kW wird rund 2,5 Mio. kWh Strom pro Jahr produzieren. Die erste Turbine ging Ende Januar in Betrieb, die zweite drei Wochen später. Zwei Monate dauerte die Testphase. „Jetzt lernen wir die Anlage im Dauerbetrieb kennen“, sagt Markus Poettinger von Kraftwerk Farchant, der die Anlage technisch überwacht und für die optimale Steuerung sorgt. Die beiden Turbinen werden derzeit mit maximal 380 kW im Parallelbetrieb gefahren.

Die Stromerzeugung von einer Million Kilowattstunden im ersten halben Jahr entspricht seinen Erwartungen.

Barrierefreier Strömungsweg – Turbinen arbeiten unter Wasser

Für das Schachtkraftwerk muss der Flusslauf nicht umgebaut werden. Stattdessen wird vor dem bestehenden Wehr ein Schacht in das Flussbett eingebaut. In Großweil sind es zwei Schächte mit jeweils einer Turbine und einem Generator, die unter der Wasseroberfläche arbeiten und nicht sichtbar sind. „Das Wasser fließt durch eine großflächige horizontale Rechenebene in die Schächte zu den Turbinen, wodurch eine anspruchsvolle Anströmungsqualität mit geringen Fließgeschwindigkeiten geschaffen wird“, erläutert Albert Sepp, Leiter des abgeschlossenen Forschungsvorhabens, die Besonderheiten des Schachtkraftwerks. „In Kombination mit der stauhaltenden, multifunktionalen und vertikal beweglichen Verschluss tafel mit permanenter Über- und Durchströmung wird ein barrierefreier Strömungsweg gewährleistet, der von den Fischen für einen gefahrlosen Abstieg genutzt wird.“

Darüber hinaus lassen sich Hochwasser, Treibholz und Geschiebe effizient abführen, da im abgesenkten Verschlusszustand eine mächtige Überfallströmung mit großer Spülwirkung generiert wird und durch die Restenergie auch im Unterwasser Ablagerungen vermieden werden.

Horizontaler Rechen schützt Technik und Fische

Die besondere Anordnung der Rechengitter stellt technisch und fischbiologisch eine Innovation dar. Zudem ist der Rechen durch die 2 cm großen Abstände der Metallstäbe ohnehin von Fischen kaum passierbar. Zahlreiche Untersuchungen an der Versuchsanstalt in Oberrach haben bereits gezeigt, dass die meisten Fische über den Schacht schwimmen. Ab Mitte September 2020 werden in der Pilotanlage in Großweil weitere Untersuchungen im Rahmen eines fischökologischen Monitorings durchgeführt. Zusätzlich wurden zu beiden Seiten Fischwanderhilfen gebaut. So ist die Anlage für Fische in beide Richtungen durchgängig. ■

*Ökologische Wasserkraft:
So funktioniert das neue Schachtkraftwerk
<https://youtu.be/2neTrcoUV-8>*

AMServ Wasserkraft

Reparatur, Instandhaltung und Optimierung der elektrischen Maschinen von Wasserkraftwerken im In- und Ausland gehören seit Jahrzehnten zu unserer Kompetenz. Wir, von der AMServ-Service-Dienstleistungsgruppe, sind Ihre Ansprechpartner, wenn es um den effektiven Betrieb, Zustandserfassung, Wartung, Reparatur und Neulieferung von elektrischen rotierenden Maschinen aller Art geht. Wir sind die Spezialisten, die Ihre Komponenten auf Herz und Nieren prüfen, eine Fehleranalyse durchführen und anschließend kompetent instand setzen. Wir sind herstellerunabhängig tätig. Schnell, effizient, qualitäts- und umweltbewusst, in Deutschland und im Ausland!

Mit der Instandhaltung und Reparatur alter Anlagen werden kostbare Ressourcen geschont und ungewollte Emissionen verhindert. Zudem tragen wir durch die Verlängerung der Lebensdauer eines Generators zur Verbesserung der Rentabilität des Kraftwerks bei und stärken damit die erneuerbaren Energien.

Wir bieten Ihnen folgende Leistungen für Ihre Generatoren und Motoren:

Zustandserfassung, Wartung, Neublechung und Neuwicklung von Stator und Rotor, auch Teilreparaturen der Wicklungen vor Ort, Reinigungen der Wicklungen vor Ort, Überarbeitung von Erregermaschinen, Lagertausch, Wuchten und Betriebswuchten an eingebauten Maschinen, Vorfertigung von Rotorwellen und Neubelegen von Kollektoren,

Neuaufbau von Schleifringkörpern, Einbau von Thermofühlern in Wicklungen und zur Lagerüberwachung, Anbau von Klemmkästen, Leistungserhöhung z.B. durch Erhöhung der Isolationsklasse, Modernisierung und Wirkungsgradverbesserungen.

Gerade beim Betrieb von elektrischen Maschinen lassen sich viele Ausfallzeiten vermeiden, wenn alle Möglichkeiten der Wartung ausgeschöpft werden. ■

Für Stellantriebe bieten wir einen kompletten Service der bekanntesten Hersteller, wie z.B. Auma.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.amserv.de. Wir freuen uns auf Sie.



STARKER SERVICE FÜR ELEKTRISCHE MASCHINEN

www.amserv.de

AMServ Süd GmbH & Co. KG
Oskar-von-Miller-Straße 2
86356 Neusäß

ISO 9001 ISO 14001 SCC Ex

Reparatur Montage Um-/Nachbau Diagnose/Messtechnik Inbetriebnahme Modernisierung Vor Ort Service Neue Maschinen und Drives



Erneuerbare Energien sind unsere Passion

Reparatur, Instandhaltung und Optimierung der elektrischen Maschinen von Wasserkraftwerken in Bayern gehören seit 60 Jahren zu unserer Kompetenz.

Wasserkraft im Einklang mit der Natur.

Kraftwerk Langweid mit freundlicher Genehmigung von LEW

VWB e.V. und LVBW eG

Bayerische Wasserkraftverbände weisen WWF-Studie entschieden zurück

Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V. und Landesverband Bayerischer Wasserkraftwerke eG üben scharfe Kritik an WWF-Studie „Lasst den Flüssen ihren Lauf“. In einem Hintergrundbericht zum Zustand der Fließgewässer in Bayern verurteilen sie den auf falscher Interpretation von Tatsachen basierenden Frontalangriff auf die für den Klimaschutz notwendige Wasserkraft-Technologie.

„Wir sind fassungslos ob der einseitigen Darstellung und der pauschalen Schuldzuweisung durch den WWF“, kommentiert Fritz Schweiger, 1. Vorsitzender der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB) e.V., die Studie „Lasst den Flüssen ihren Lauf“. Der „Hintergrundbericht zum Zustand der Fließgewässer in Bayern“ wurde im August der Öffentlichkeit vorgestellt. Auf Basis dieser Studie fordert der WWF den Stopp des Neubaus von Wasserkraftwerken und den Rückbau bestehender Anlagen. „Nicht nur basiert diese Forderung auf falschen Ausgangsvoraussetzungen und Interpretationen, es ist auch eine sehr kurzsichtige Forderung mit Blick auf den Naturschutz in Zeiten des Klimawandels“, ergänzt Hans-Peter Lang, Vorstandsvorsitzender des Landesverbandes Bayerischer Wasserkraftwerke (LVBW) eG. „Energieerzeugung aus Wasserkraft ist eine notwendige Säule des Klimaschutzes und sorgt dafür, dass die Lebensgrundlagen für Menschen und Tiere - auch für Fische - langfristig erhalten bleiben.“

In dieser ersten Stellungnahme zu der WWF-Studie weisen die Bayerischen Wasserkraftverbände VWB und LVBW auf folgende Sachverhalte hin.

Nur 4.000 Wasserkraftwerke an 57.000 Querbauwerken - Auch der Bayerische Staat ist in der Verantwortung

Als Fazit der Studie teilt der WWF in der Pressemitteilung vom 19.08.20 mit: „Knapp 57.000 Querbauwerke wie Abstürze, Wehre und Staudämme zerschneiden Bayerns Flüsse. Nur 11 % dieser Barrieren sind ‚frei durchgängig‘, können also problemlos von Fischen überwunden werden.“

„Von diesen 57.000 Querbauwerken befinden sich lediglich an 4.000 von ihnen Wasserkraftanlagen“, stellt Fritz Schweiger von der VWB klar. „Das ist ein Bruchteil, und außerdem sind viele von ihnen in den vergangenen Jahren ökologisch verbessert worden. Dazu sind wir schon allein aufgrund strenger gesetzlicher Auflagen verpflichtet.“ Die Wasserkraftanlagen könnten somit nicht die alleinige Ursache für die vom WWF konstatierte mangelhafte Qualität und Durchgängigkeit von 85 Prozent der bayerischen Flussgewässer sein, so Schweiger.

Rund 60 Prozent der Wasserkraftbetreiber, die Mitglied in den beiden Wasserkraftverbänden sind, haben in den vergangenen Jahren Maßnahmen zur ökologischen Aufwertung der Standorte durchgeführt, zum Beispiel, indem sie Fischtreppe gebaut haben.

Die übrigen Querbauwerke, immerhin rund 93 Prozent der Wehre in Bayern, befinden sich im Eigentum des Bayerischen Staates, fährt Schweiger fort. „Hier ist der Staat in der Verantwortung, für die Durchgängigkeit zu sorgen.“ Zudem wurden die Wehre nicht ohne Grund gebaut, sondern erfüllen wichtige Funktionen. Sie dienen beispiels-

weise dem Hochwasserschutz und der Grundwasserstabilisierung.

Unterschiedlichste Akteure verunreinigen Gewässer

Auf einen weiteren Sachverhalt weist Hans-Peter Lang vom LVBW hin: „Es gibt sehr viele, sehr unterschiedliche Umgebungsbedingungen, die einen negativen Einfluss auf die Wasserqualität haben“. Als Beispiele nennt er die Begräbung von Flüssen, das Eintragen von diffusen Stoffen, Ausleitungen aus Kläranlagen und Reifenabrieb auf Straßen, die in Gewässer geschwemmt werden. Und nicht zuletzt verunreinigt und verstopft der Wohlstandsmüll, der achtlos weggeworfen wird, die Flüsse. „Man macht es sich sehr einfach, wenn man nur den Wasserkraftanlagen die Schuld für alle Defizite in die Schuhe schiebt“, resümiert Lang.

Zudem wurden kaum neue Anlagen im Zuge der Energiewende gebaut. Wenn sich die Zustände der Flüsse in den vergangenen Jahren, wie vom WWF konstatiert, deutlich verschlechtert haben, so könne es kaum an diesen bis zu 100 Jahren bestehenden Anlagen liegen. Denn im Jahr 1920 gab es noch rund dreimal so viele Wasserkraftanlagen wie heute.

Kleine Wasserkraft ist nicht klein - Kleine bayerische Anlagen decken Strombedarf aller Haushalte in der Oberpfalz

Der WWF kritisiert weiterhin den geplanten Ausbau der Wasserkraftleistung angesichts des Stromertrags. „Gerade einmal 1,5 % des bayerischen Stroms werden derzeit von den rund 4.000 Kleinwasserkraftwerken (Leistung < 1MW) erzeugt“, schreibt der WWF in der Pressemitteilung. „Die sogenannte Kleine Wasserkraft wird gern klein geredet - zu Unrecht“, kommentiert Fritz Schweiger von der Vereinigung Wasserkraftwerke in Bayern (VWB). „Immerhin erzeugen die Anlagen über eine Milliarde Kilowattstunden Strom im Jahr. Damit kann rechnerisch der Strombedarf aller Haushalte in der Oberpfalz gedeckt werden. Darüber hinaus ist Strom aus Wasserkraftanlagen CO₂-frei, er wird regional erzeugt und vermeidet damit Energieverluste und trägt zur Stabilisierung örtlicher öffentlicher Stromversorgungsnetze bei.“

„Wir fordern eine sachliche Auseinandersetzung mit der Wasserkrafttechnologie und keine ideologiegetriebene Fehlinterpretation von Tatsachen, um eine für die Energiewende und den Klimaschutz notwendige Technologie zu verunglimpfen“, appellieren Fritz Schweiger und Hans-Peter Lang im Namen ihrer Verbände. „Umwelt- und Naturschutz muss langfristig zusammen mit dem Klimaschutz gedacht werden, und hierfür ist die Wasserkraft essenziell.“ ■

Zur Pressemitteilung und Studie des WWF:
<https://bit.ly/37Q8N2i>

SÜC Energie & H2O GmbH

Effizientere Turbine im Wasserkraftwerk Oberwallenstadt



Außenansicht WKW Oberwallenstadt. Foto: SÜC Energie

Das Kraftwerk Oberwallenstadt im bayerischen Lichtenfels gibt es im seit 1922. Die Nutzung der Wasserkraft am Mühlbach lässt sich urkundlich bis 1242 zurückverfolgen. Der Fürstbischof zu Bamberg hatte einem Müller das Wassernutzungsrecht für die sogenannte Obermühle verliehen. Später entstanden mehrere Mahl- und Schneidmühlen an dem Mühlbach. Letztendlich veräußerte der letzte Schneidmühlenbesitzer 1921 das Wasserrecht an den lokalen Energieversorger. Dieser errichtete in 1922 das Wasserkraftwerk, in dem zwei doppelstöckige Francisturbinen eingebaut wurden. Bereits 20 Jahre später war die größere Turbine so beschädigt, dass sie durch eine Kaplan-turbine ersetzt werden sollte. Wegen der Kriegswirren gelang dies erst 1948. Im Jahre 2000 übernahmen die SÜC Energie und H2O GmbH aus Coburg das Wasserkraftwerk. Die andere Turbine – Turbine 1- wurde bis 2006 eingesetzt und ab 2007 durch eine neue strömungsoptimierte Kaplan-turbine ersetzt.

Turbine 2 aus 1948 lief bis 2017 bis auf kleinere Schäden und normalem Unterhalt fehlerfrei. 2017 bemerkte das Betriebspersonal, dass der in der Hohlwelle verbaute Hydraulikzylinder eine Leckage zwischen den Kammern hatte. Um den Fehler beheben zu können hätte die gesamte Turbine mit Getriebe zerlegt werden müssen. Die zu erwartenden hohen Kosten nahm die SÜC zum Anlass über eine Modernisierung der gesamten Turbine nachzudenken. Zusammen mit der Fa. Kochendörfer und der TU Graz wurde ein Konzept entwickelt, welches eine Verbesserung des Wirkungsgrades und damit der Jahreserzeugung von 12,8 % versprach. Das Saugrohr sollte unverändert bleiben. Der Leitapparat wurde generalüberholt. Der Turbinenläufer wurde gegen einen neuen strömungsoptimierten ausgetauscht. Auf Wunsch der SÜC prüfte Fa. Kochendörfer aus Pleystein, ob auch ein Vielpolgenerator, ein sogenannter Permanent-Magnet-Generator (PMG), eingesetzt werden könnte. Die Entscheidung fiel auf einen 30 polpaarigen PMG der Fa. Oswald aus dem unterfränkischen Miltenberg, so dass die Generator-drehzahl gleich der Drehzahl der Turbine war. Der Vorteil ist, dass kein Getriebe mehr notwendig ist.

Im Juli 2018 wurde die Turbine, Getriebe und Generator zurückgebaut und der Leitapparat zur Überholung demontiert. Nach der exakten Vermessung des Saugrohres und des Abschlusses des iterativen Berechnungsvorgangs des

neuen strömungsoptimierten Läufers, konnte dieser zur Fertigung frei gegeben werden. Zwischenzeitlich wurden die Leitschaufeln, der restliche Leitapparat und der Turbinendeckel überholt.

Mit Verzögerung wurde Ende April 2019 die neue Turbine in Betrieb genommen. Im Mai erlaubte das Wasserdarbot den ersten Test der neuen Anlage. Bereits jetzt kann gesagt werden, dass die berechneten Leistungswerte erreicht werden.

Betreiber setzt auf Wasserkraft

Die SÜC (SÜC Energie und H2O GmbH) gilt seit circa 160 Jahren als verlässlicher Energieversorger in der Region. Heute bietet das Unternehmen ein breites Spektrum von Service und Dienstleistungen für Strom, Erdgas, Fernwärme, Energiedienstleistungen, Wasser, Internet und Mobilität. Die SÜC betreibt mit dem KW Hausen seit der Inbetriebnahme 1934 auch ihr erstes Wasserkraftwerk. Um das Jahr 2000 erwarben die Coburger mit dem KW Kirschbaum-mühle am Schützenanger und dem KW Oberwallenstadt zwei weitere Wasserkraftwerke am Obermain. Damit versorgen die SÜC heute mit insgesamt rund 8 Mio. kWh circa 2.300 durchschnittliche Haushalte mit der Energie des Mains. ■



WASSERKRAFT Ja bitte!

Wasserkraft -
Bayerns erneuerbare
Stromquelle Nr. 1

www.wasserkraft-ja-bitte.com

Wasserkraft - Ja bitte! eine Initiative der Wasserkraft-
unternehmen in Bayern im Verband der Bayerischen
Energie- und Wasserwirtschaft e. V. - VBEW

Wir sind Partner:



www.wasserkraft-ja-bitte.com

Bleiben Sie gesund!

Terminhinweis

8. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

16.09.2021

www.bayerisches-wasserkraftforum.de

IMPRESSUM:

Sonderdruck Nr. 21/2020
der Bayerischen Gemeindezeitung

Redaktion: Constanze von Hassel,
Anne-Marie von Hassel,
Doris Kirchner, Jan Kiver

Gestaltung: Michael Seidl
Fotos: wie angegeben

Verantwortlich: Constanze von Hassel

Anzeigenleitung: Monika Steer

Veranstaltungen: Theresa von Hassel

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

www.gemeindezeitung.de

info@gemeindezeitung.de

Druck: Creo-Druck
Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg

BAU INDUSTRIE
Bayern

GESTALTER DER ZUKUNFT

Du willst die Welt verändern?
Du möchtest etwas bewegen?
Du suchst einen **#Beruf** mit Sinn?

Werde **#Gestalter der Zukunft!** Werde **#Bauingenieur!**
Denn als Bauingenieur gestaltest du die Zukunft mit!

Folge uns auf Instagram **@bybauindustriebayern** und informiere dich
über die Chancen einer Karriere als Bauingenieur! **#gestalterderzukunft**

